PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37.753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 5.8.1975, fertiggestellt.

7. August 1975 Jg. 3 Nr. 31 50 Pfennig

33.000 neue Arbeitslose im Juni

Neues Konjunkturprogramm – Noch mehr Arbeiter auf der Straße

Um weitere 33.000 ist die Zahl der Arbeitslosen im Juli gestiegen. Sie ist damit auch in den Hochsommermonaten über der Millionen-Grenze geblieben. Für den Winter wird mit 1,5 Millionen Arbeitslosen gerechnet. Die Bundesregierung hat angekündigt, daß sie für Ende August ein neues Konjunkturprogramm vorbereitet. Beträge zwischen 4 und 10 Milliarden Mark werden genannt, die den Kapitalisten zugeschustert werden sollen, um deren Gewinne zu erhöhen.

Uneinig sind sich die Koalitionsparteien noch über die Höhe des neuen Krisenprogrammes und wie man den Kapitalisten die Milliarden zuschustern soll. Klare Vorstellungen haben da schon die Kapitalisten, die Steuererleichterungen für sich und obendrein noch mehr öffentliche Aufträge verlangen. Zu eigen gemacht hat sich auch der Wirtschaftsminister Friderichs diese Vorschläge der Kapitalisten: *"Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs (FDP) ist anscheinend entschlossen, bei der Beratung des nächsten Konjunkturprogrammes den steuerlichen Verlustrücktrag, eine Senkung der Vermögenssteuer und eine Begrenzung der Sozialausgaben anzusteuern."* (Frankfurter Rundschau, 30.7.) Damit entspricht er voll den Wünschen, die die Kapitalisten geäußert haben: *"Unter steuerlichem Verlustrücktrag versteht man die Möglichkeit für Unternehmen, Verluste aus vergangenen Jahren auf die zu zahlenden Steuern anzurechnen."* (Frankfurter Rundschau, 30.7.)

Noch nicht festgelegt hat sich die SPD, wie sie die Gelder den Kapitalisten zukommen lassen will. Ihren Verlautbarungen nach will sie dies über öffentliche Aufträge vor allem für die Bauindustrie tun, damit nicht allzu deutlich werden soll, daß solche Krisenprogramme nur den Kapitalisten nützen, während sie für die Arbeiter nicht mehr Arbeitsplatzsicherheit, sondern verstärkte Lohndrückerei und Arbeitshetze mit sich bringen. Um dies zu erkennen, braucht man aber nur das Ende Juni abgelaufene Konjunkturprogramm zu untersuchen, das die SPD als ihren Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze ausgab.

So sah dieser Beitrag aus: Die Kapitalisten erhielten für alle Investitionen 7,5 % der Kosten dieser Investitionen aus Steuergeldern ersetzt. 8,4 Milliarden wurden dafür bereitgestellt. Aus den Geldern der Bundesanstalt für Arbeit erhielten sie Lohnzuschüsse von bis zu 80 % der Lohnkosten, wo sie Arbeitslose einstellten. Was mit diesen Geldern passiert ist, kann man an wenigen Beispielen sehen.

1. Bei den Stahlwerken Peine und Salzgitter (P + S) waren für dieses Jahr Investitionen für 330 Millionen geplant, für die Investitionsprämie in Anspruch genommen werden sollte. "So soll zum Beispiel ein Konverter B und der Hochofen 2 neu gebaut werden. Der neue Hochofen wird aber mindestens die dreifache Kapazität eines Hochofens älterer Bauart haben ... Ältere Hochöfen werden dann stillgelegt und die Arbeiter von diesen Öfen bekommen 'neue' Arbeitsplätze zum Beispiel am Hochofen 2. Es werden aber nicht mehr

Fortsetzung S. 2



In zahlreichen Städten finden derzeit Kundgebungen und Aktionen gegen den § 218 statt und für einen Volksentscheid. Hier eine Kundgebung des Komitees gegen den § 218 in Bremen am vergangenen Sonnabend.

Das Polengeschäft der Bundesregierung

Während der KSZE-Konferenz in Helsinki einigte sich Bundeskanzler Schmidt mit dem polnischen Parteichef Gierek auf ein Abkommen, das Gelder für Polen und verstärkte Ausreisemöglichkeiten für Polen deutscher Abstammung in die BRD vorsieht.

Was ist davon zu halten? Im einzelnen und soweit bekannt sieht das Abkommen folgendes vor: 1,3 Milliarden will die Bundesregierung als "pauschale Abgeltung von Rentenansprüchen für in Polen lebende Leute, die in Deutschland rentenberechtigt wären", bezahlen. Das ist nicht mehr als recht und billig, denn es handelt

so, daß es gerade die Bundesregierung war, die ihre wirtschaftliche Macht nützte, um diesen "Menschenhandel" zustandezubringen.

Der Oppositionsführer Carstens sagte dazu, die Zahl derer, die ausreisen dürften, sei "weitaus zu niedrig" (Frankfurter Allgemeine Zeitung,

Möglichkeit für Unternehmen, Verluste aus vergangenen Jahren auf die zu zahlenden Steuern anzurechnen." (Frankfurter Rundschau, 30.7.)
Noch nicht festgelegt hat sich die SPD, wie sie die Gelder den Kapitalisten zukommen lassen will. Ihren Verlautbarungen nach will sie dies über öffentliche Aufträge vor allem für die Bauindustrie tun, damit nicht allzu deutlich werden soll, daß solche Krisenprogramme nur den Kapitalisten nützen, während sie für die Arbeiter nicht mehr Arbeitsplatzsicher-
geplant, für die Investitionsprämie in Anspruch genommen werden sollte. "So soll zum Beispiel ein Konverter B und der Hochofen 2 neu gebaut werden. Der neue Hochofen wird aber mindestens die dreifache Kapazität eines Hochofens älterer Bauart haben ... Ältere Hochöfen werden dann stillgelegt und die Arbeiter von diesen Öfen bekommen 'neue' Arbeitsplätze zum Beispiel am Hochofen 2. Es werden aber nicht mehr
Fortsetzung S. 2

Das Polengeschäft der Bundesregierung

Während der KSZE-Konferenz in Helsinki einigte sich Bundeskanzler Schmidt mit dem polnischen Parteichef Gierek auf ein Abkommen, das Gelder für Polen und verstärkte Ausreisemöglichkeiten für Polen deutscher Abstammung in die BRD vorsieht.

Was ist davon zu halten? Im einzelnen und soweit bekannt sieht das Abkommen folgendes vor: 1,3 Milliarden will die Bundesregierung als *"pauschale Abgeltung von Rentenansprüchen für in Polen lebende Leute, die in Deutschland rentenberechtigt wären"*, bezahlen. Das ist nicht mehr als recht und billig, denn es handelt sich hierbei um Rentenansprüche von polnischen Lohnabhängigen, die früher Beiträge zur Rentenversicherung in die deutschen Kassen zahlten.

Von einem Zugeständnis kann hier keine Rede sein, und die Bundesregierung hat sich damit von einem Haufen anstehender Rentenprozesse freigekauft. *"Ein deutsches Gericht hat nämlich kürzlich die Rentenansprüche eines polnischen Staatsbürgers, der auf dem ehemaligen Gebiet des Deutschen Reiches lebte, anerkannt. Dieses Präzedenzurteil drohte eine Lawine von individuellen Ansprüchen auszulösen."* (Frankfurter Rundschau, 4. August)

Weiterhin sieht das Abkommen vor, einen Kredit der Bundesregierung an Polen von einer Milliarde Mark, der zu einem Zinssatz von 2,5 Prozent Polen für 30 Jahre gewährt werden soll. Das hört sich, glaubt man dem Geschrei der CDU, nach geschenktem Geld und Entwicklungshilfe an. Das ist freilich auch nicht falsch, denn wie stets bei der Entwicklungshilfe, will die Bundesregierung mit diesem Kredit ihren Einfluß auf fremden Märkten, hier dem polnischen, erweitern. Zwar soll, soweit bekannt, dieser Kredit ohne Auflagen vergeben werden, *"doch geht man davon aus, daß Polen diese Kredite für Aufträge an deutsche Firmen verwendet"* (Frankfurter Rundschau, 4. August).

Als Gegenleistung Polens sieht das Abkommen vor, daß rund 125 000 Polen deutscher Abstammung in den nächsten vier Jahren in die BRD auswandern können, und die Bundesregierung hat dies zur Bedingung des Kredits und der Bezahlung der Rentenansprüche gemacht. Das bedeutet nichts anderes als daß die Bundesrepublik die Rentenansprüche polnischer Staatsbürger und den Kreditbedarf der polnischen Regierung zum Anlaß genommen hat, sich in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen, um für insgesamt 2,3 Milliarden Mark Zigtausende Arbeitskräfte einzukaufen. Wenn Oppositionspolitiker in Bonn von einem "Menschenhandel" der polnischen Regierung lamentieren, so ist es doch so, daß es gerade die Bundesregierung war, die ihre wirtschaftliche Macht nützte, um diesen "Menschenhandel" zustandezubringen.

Der Oppositionsführer Carstens sagte dazu, die Zahl derer, die ausreisen dürften, sei *"weitaus zu niedrig"* (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. August). Es ärgert ihn offensichtlich, daß die Bundesregierung für ihr Geld nicht mehr erhielt und daß sie nicht noch mehr Druck auf die polnische Regierung ausgeübt hat.

Was die polnische Seite betrifft, so hatte sie sich bislang geweigert, die Ausreisegenehmigung zum Gegenstand eines formalen Abkommens zu machen, da *"die Erteilung von Ausreisegenehmigungen eine interne Angelegenheit Polens sei und daher nicht Bestandteil einer bilateralen Abmachung sein könne"* (Frankfurter Rundschau, 4. August).

Aber diesen richtigen Standpunkt eines souveränen Staates hatte die polnische Regierung schon im Warschauer Vertrag mit der BRD 1970 teilweise aufgegeben, indem sie in einem Anhang zum Warschauer Vertrag, der sogenannten "Information", festlegte, wie sie die Ausreisebedingungen handhaben will. Jetzt hat die polnische Regierung diesen richtigen Standpunkt ganz aufgegeben, weil die polnische Wirtschaft in Schwierigkeiten steckt und auf Geld, besonders auf westliche Devisen, angewiesen ist.

Offensichtlich ist in Polen der Kapitalismus so weit schon wieder hergestellt, daß sich die polnische Wirtschaft nicht mehr im Vertrauen auf die Kraft der eigenen Volksmassen, sondern nur noch entwickeln kann, indem sich die polnische Regierung im Ausland verschuldet und sich, um ihre Geldforderungen durchsetzen zu können, darauf einlassen muß, daß die westdeutsche Regierung sich in ihre inneren Angelegenheiten einmischt.

Was also hat es mit dem Abkommen, das Schmidt und Gierek in Helsinki schlossen, auf sich? So viel, daß sich einmal mehr herausstellt, daß Abkommen zwischen einem kapitalistischen Staat und einem ehemals sozialistischen Staat, in dem die Bourgeoisie wieder herrscht, stets nur den herrschenden Klassen in diesen Ländern dienen, während die Massen in diesen Verträgen nur Manövriermasse sind.

e.r.

Verschwendung auf Kosten des arbeitenden Volkes

Kapitalistische Verschwendung und sozialistisches Sparsamkeitsregime

Zur Zeit liest man in den Zeitungen sehr viel von der Notwendigkeit zu sparen. Die Kapitalisten sagen, sie müßten an den Löhnen sparen, der bürgerliche Staat sagt das gleiche. Er will auch an den Kosten für die Ausbildung sparen, indem er nicht die notwendigen Lehrer einstellt. An den Kosten der Gesundheitsversorgung will er ebenfalls sparen, indem er Krankenhäuser schließt und notwendige Stellen nicht besetzt. An den öffentlichen Verkehrsmitteln will er sparen, indem er Strecken lahmlegt und den Fahrplan verdünnt. An anderen Sachen wird so sehr gespart, daß es sie nur selten gibt: zum Beispiel Jugendzentren, in denen die Jugendlichen selbständig tätig werden können, Kindergärten oder auch Altersheime, in denen die älteren Menschen tatsächlich leben können.

Wenn man den bürgerlichen Zeitungen und den bürgerlichen Politikern glauben will, dann ist die bürgerliche Gesellschaft voller Sparwut, und der bürgerliche Staat geht ihr dabei mit gutem Beispiel voran. Die bürgerliche Gesellschaft und der bürgerliche Staat sind so sparsam, daß sich die Bourgeoisie mit Händen und Füßen, mit Knüppeln und Verfassungsparagraphen gegen jede Reform wendet.

Verschwendung der Fähigkeiten der Arbeiterklasse und des Volkes

Doch diese ganze Sparsamkeit ist nur ein oberflächlicher Schein. In Wirklichkeit herrscht nicht ein Sparsamkeitsregime, sondern ein Verschwendungsregime. Üble Verschwendung wird getrieben mit den individuellen und gesellschaftlichen Fähigkeiten der Arbeiterklasse und des Volkes. Unerträgliche Verschwendung wird getrieben mit den Früchten ihrer Arbeit. Natürlich wollen die Kapitalisten am Lohn sparen. Aber diese Sparsamkeit ist nur Bestandteil der Verschwendung. Im Kapitalismus wird allein schon durch die vielen Aufseher- und Peitschenschwingerposten eine riesige Menge Arbeitskraft verschwendet. Diese Verschwendung von Arbeitskraft für solche Aufgaben ist im Kapitalismus notwendig. Sie ist aber nur notwendig, weil im Kapitalismus nicht die Produzenten herrschen, sondern die Nichtproduzenten, die Kapitalisten, über die Arbeiter.

Im Kapitalismus werden die Arbeiter zu Anhängseln der Maschine, mit deren Hilfe die Kapitalisten den Profit aus den Arbeitern herauspressen. Dadurch werden die produktiven Fähigkeiten der Arbeiter in großem Umfang verschwendet, weil sie sich unter der Peitsche des Kapitalisten und unter dem Takt der Maschine nicht entfalten können. Das liegt nicht an der Maschine, sondern an der Tatsache, daß sie im Kapitalismus in erster Linie Instrument des Kapitalisten zur Schweißauspressung ist.

In der Krise, wenn die Kapitalisten aus der Arbeitskraft schließlich so viel Waren ausgepreßt haben, daß sie diese nicht mehr mit Profit losschlagen können, dann werden die Arbeiter in Massen auf die Straße geworfen. Dann wird die Arbeitskraft nicht nur an ihrer Entfaltung gehindert, was die Regel im Kapitalismus ist, dann wird sie überhaupt lahmgelegt. Der Kapitalist spart so natürlich Lohnkosten. In Wirklichkeit werden jedoch große Mengen Arbeitskraft verschwendet und durch die schlechte Versorgung der Arbeitslosen direkt herabgemindert und teilweise vernichtet.

Nichts anderes als Verschwendung ist es auch, wenn in der kapitalistischen Krise große Massen von Produkten der Arbeiter entweder direkt vernichtet werden oder zumindest ein Teil ihres Wertes vernichtet wird: Fabrikanlagen werden stillgelegt und verkommen, Produkte werden verschrottet, damit sie nicht länger auf die Preise drücken oder in Lagern an Wert verlieren, weil sie nicht losgeschlagen werden können. Der Kapitalist nennt das freilich alles Sparsamkeit, in Wirklichkeit ist es aber eine große Verschwendung menschlicher Arbeitskraft und der Produkte menschlicher Arbeit.

Teurer Staat

Und nun gar der bürgerliche Staat, der ja, wenn man den bürgerlichen Politikern und ihren Schreiberlingen glauben will, von einer richtigen Sparwut besessen ist! Gesellschaftlich gesehen und nicht mit den Augen der herrschenden Klasse ist der bürgerliche Staatapparat selber schon eine einzige riesige Verschwendung. Notwendig ist er, um die Arbeiterklasse und das Volk auszuplündern und zu unterdrücken. Dazu ist ein riesiger Armee- und Polizeiapparat erforderlich. Damit er funktioniert, muß er von der Arbeiterklasse und den Volksmassen getrennt sein, d.h. die Soldaten und Polizisten müssen in Kasernen gesteckt werden und von jeder gesellschaftlichen Produktion ferngehalten werden. Dort kämen sie nämlich ständig mit denen in Berührung, auf die sie irgendwann mal schießen sollen. Das könnte die Schußrichtung ändern.

Die Arbeitskraft der Soldaten und Polizisten wird also, wenn man die Sache nicht mit den Augen der herr-

Fortsetzung S. 2

Großmacht Bonn auf der KSZE

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki ist abgeschlossen. Die Sowjetunion hat sich ihr Imperium förmlich bestätigen lassen. Die Konkurrenz zwischen ihr und den USA um Europa ist aber keineswegs abgeschlossen. Unmittelbar nach der Konferenz machte US-Präsident Ford das deutlich mit Besuchen in Rumänien und Jugoslawien, wo er sich als Garant der Unabhängigkeit dieser Länder darstellte.

Zum Ausdruck gekommen ist nun vor und während der Konferenz aber auch, welches Gewicht die imperialistische Bundesrepublik als Vormacht unter den europäischen Staaten gewonnen hat. Zur Vorbereitung der Konferenz kam am 24. Juli der englische Premierminister Wilson in die Bundesrepublik nach Hamburg, am 26. Juli kam der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing und am 28. Juli US-Präsident Ford nach Bonn. Alle vier hielten zusammen in Helsinki eine besondere Gipfelkonferenz ab. Die französische Zeitung "Le Monde" bemerkt dazu: *"Wenn früher die Großen des Westens unter sich oder mit der sowjetischen Nummer eins zusammentrafen, geschah dies ohne Deutschland, und meistens war Deutschland das Thema dieser Gespräche. Heute wundert sich niemand darüber, wenn sich am Rande der Konferenz von Helsinki Helmut Schmit zur Beratung der Weltprobleme an den Tisch der Präsidenten Ford und Giscard d'Estaing und von Herrn Wilson setzt."* (nach: Süddeutsche Zeitung, 30. Juli)

Als Vertreter der nächst den USA bedeutendsten westlichen Macht traten Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher in Helsinki auf. Sie hielten Hof und gaben den Staatsmännern Europas Audienzen.

Am 29. Juli, dem Abend vor der Eröffnung der Konferenz: Treffen Schmidts mit Tito. Bekannt gewordene Themen: der Nahe Osten und der Antrag auf Israels Ausschluß aus der UNO.

Am 30. Juli: Empfang beim finnischen Staatspräsidenten Kekkonen, Gespräch mit dem spanischen Regierungschef Arias über Portugal, Treffen mit dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten Husak, Treffen mit dem ungarischen Parteivorsitzenden Kadar, erstes Gespräch mit Honecker, Arbeitsessen mit den Regierungschefs der neun EG-Länder. Parallel zu diesen Gesprächen verhandelt Genscher mit dem Generalsekretär des israelischen Außenministeriums, Evron.

Am 31. Juli: Treffen mit Breschnew, Gespräch mit Polens Parteichef Gierek, Großmachttreffen zwischen Ford, Wilson, Giscard d'Estaing und Schmidt.

Am 1. August: Zweites Gespräch mit Honecker, Treffen mit Ceausescu, mit dem bulgarischen Parteichef Schiwkoff, mit Makarios. Der Bundeskanzler "sieht" den portugiesischen Staatspräsidenten Costa Gomes.

Seiten hat die Bundesrepublik eine konzentriertere diplomatische Aktivität entfaltet. Mit den Delegationsleitern aller osteuropäischen Staaten wurde einzeln verhandelt. Die BRD hat es keineswegs aufgegeben, Risse in dem vom russischen Sozialimperialismus beherrschten Block zu suchen und weiterzutreiben. Für Verhandlungen über die Zypern-Frage mit Griechenland und der Türkei besaß die BRD-Regierung ein Mandat der EG. Geführt wurden sie in Helsinki von Außenminister Genscher. Weiter hat sich die Bundesregierung eingemischt in den Palästina-Konflikt. Und sie hat wiederum den Druck auf Portugal erhöht und zu diesem Zweck mit Vertretern der faschistischen Spanier verhandelt. Mit Ford, Wilson und Giscard d'Estaing wurde über die Köpfe der anderen EG-Staaten hinweg eine Gipfelkonferenz über Wirtschaftsfragen beschlossen.

In der Bundestagsdebatte über die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit hatte Schmidt betont, daß die BRD durch Mitarbeit auf dieser Konferenz *"zusätzliche Handlungsfreiheit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, innerhalb der Atlantischen Allianz und weit darüber hinaus"* erworben hätte. Diese Handlungsfreiheit, sich bei der Verfolgung der eigenen imperialistischen Interessen in die Angelegenheiten der verschiedenen Länder einzumischen, hat die Bundesregierung in Helsinki reichlich wahrgenommen.

W.M.

me an den Tisch der Präsidenten Ford und Giscard d'Estaing und von Herrn Wilson setzt." (nach: Süddeutsche Zeitung, 30. Juli)
Als Vertreter der nächst den USA bedeutendsten westlichen Macht traten Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher in Helsinki auf. Sie hielten Hof und gaben den
wurde einzeln verhandelt. Die BRD hat es keineswegs aufgegeben, Risse in dem vom russischen Sozialimperialismus beherrschten Block zu suchen und weiterzutreiben. Für Verhandlungen über die Zypern-Frage mit Griechenland und der Türkei besaß die BRD-Regierung ein Mandat der EG. Geführt wurden sie in Helsinki

Das Land dem, der es bebaut

Eine portugiesische Zeitung über Landbesetzungen

Im ganzen Alentejo versuchen faschistische Großgrundbesitzer alle möglichen Manöver und Sabotageakte, um die Landarbeiter zu spalten und sie abzuhalten von ihrem gerechten Kampf für bessere Lebensbedingungen und für das Recht auf das Land, das sie bebauen. Schon zweimal haben sie sich bei der Regierung versammelt, um auf die Landarbeiter Druck auszuüben. Das zeigt, daß sie organisiert sind und daß wir sie entweder hinwegfegen müssen oder daß sie wieder an Kraft gewinnen und sich auf uns stürzen. Den Weg, den wir gehen müssen, zeigen die Landarbeiter, die in der letzten Zeit die Höfe besetzt haben, auf denen Sabotage geübt wurde.

In Aguiar z.B. haben die Arbeiter von Casqueira, die der Großgrundbesitzer Sedas Pacheco nicht bezahlte, sich organisiert und den Hof besetzt. Die Regierung und die Streitkräfte haben die Besetzung zunächst nicht anerkannt, aber da die Arbeiter fest blieben, mußten sie es doch tun. Aber sie haben kein Geld geliehen, und das Volk selbst mußte das Geld geben, damit die ausstehenden

der letzten Zeit die Höfe besetzt haben, auf denen Sabotage geübt wurde.
In Aguiar z.B. haben die Arbeiter von Casqueira, die der Großgrundbesitzer Sedas Pacheco nicht bezahlte, sich organisiert und den Hof besetzt. Die Regierung und die Streitkräfte haben die Besetzung zunächst nicht anerkannt, aber da die Arbeiter fest blieben, mußten sie es doch tun. Aber sie haben kein Geld geliehen, und das Volk selbst mußte das Geld geben, damit die ausstehenden

Löhne gezahlt werden konnten. Draus haben die Arbeiter aus Meceda auch gelernt, und als Antonio Torres sie drei Wochen lang nicht bezahlt hatte, haben sie den Landbesitz und die Maschinen für sich gefordert, zumal Torres das alles hätte bezahlen können, weil sie für ihn gearbeitet hatten. Durch starke Einigkeit und organisiertes Auftreten haben sie eine sofortige Anerkennung der Besetzung erreicht; die Besetzung wurde auch deshalb anerkannt, weil Torres ökonomische Sabotage getrieben hatte, indem er das Heu verkommen ließ und die Bewässerungsanlage nicht benutzte. Auch auf dem Hof von Casoes, der dem Faschisten Branquinho gehörte, wollte der Gutsbesitzer die Arbeiter nicht mehr bezahlen. Außerdem ließ er die Schweine nicht mehr füttern und erklärte gegenüber den Arbeitern, wenn die Schweine stürben, wäre es auch gut. Angesichts dieser Lage haben die Arbeiter den Hof mitsamt den Maschinen und dem Vieh besetzt und warten jetzt auf die Anerkennung. Hunderte von Arbeitern haben schon erkannt, daß man auf die Agrarreform nicht warten darf, sondern daß man sie sich erkämpfen muß. Wenn die Arbeiter des Hofes von Vale de Melao auf die Agrarreform gewartet hätten, hätten sie erlaubt, daß der Großgrundbesitzer Barroso seine letzten 400 Kühe von den 1800, die er vorher hatte, auch noch verkauft hätte und daß er alles hätte verderben lassen: die Tomaten, den Rest der Düngemittel, den Mais und das Viehfutter. Aber die Arbeiter haben es nicht erlaubt, sie haben den Hof besetzt. Jetzt spricht man wieder davon, daß es verboten ist, die Höfe zu besetzen. Aber wir können nicht die Hände in

auf die Agrarreform gewartet hätten, hätten sie erlaubt, daß der Großgrundbesitzer Barroso seine letzten 400 Kühe von den 1800, die er vorher hatte, auch noch verkauft hätte und daß er alles hätte verderben lassen: die Tomaten, den Rest der Düngemittel, den Mais und das Viehfutter. Aber die Arbeiter haben es nicht erlaubt, sie haben den Hof besetzt. Jetzt spricht man wieder davon, daß es verboten ist, die Höfe zu besetzen. Aber wir können nicht die Hände in

den Schoß legen, während die Großgrundbesitzer Sabotage treiben; die Antwort kann nur sein: Besetzung. **Das Land soll dem gehören, der es bearbeitet.** Die Regierung und die Streitkräfte können nur zwei Positionen einnehmen: Entweder sie sind auf der Seite der Großgrundbesitzer und erlauben Sabotage, oder sie sind auf der Seite der Landarbeiter und unterstützen die Besetzungen.

Vorwärts mit der Agrarreform!
Das Land dem, der es bebaut!

Aus: Voz do Povo, Organ der UDP, vom 22. Juli

Amerikanische Staaten heben Cuba-Boykott auf

Die "Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS) hat am 29. Juli ihren nach der Revolution auf Cuba verhängten Boykott gegen den Inselstaat aufgehoben.

Ford bedauert mangelnden Einfluß des CIA in Portugal

Der amerikanische Präsident Ford hat die "äußerst tragische" Machtlosigkeit der USA in Portugal bedauert. In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin "U.S. News and World Report" machte Ford die Untersuchungen des amerikanischen Kongresses über die Praktiken des Geheimdienstes CIA und "alle Beschränkungen, die uns auf dem Gebiet geheimer Operationen auferlegt worden sind" dafür verantwortlich, daß die USA die "demokratischen Kräfte in Portugal" nicht im gewünschten Ausmaß unterstützen können. Einen Ersatz dafür sieht er in den westeuropäischen Ländern, die wirkungsvoller als es der CIA vermag, den "demokratischen Freunden" in Portugal unter die Arme greifen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD, über welche die Unterstützung für Soares abgewickelt wird, bekommt hier aus dem Munde des US-Präsidenten bescheinigt, ein brauchbarer Ersatz für den CIA zu sein.

Portugal: Dienstboten zu teuer

Der Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Portugiesischen Handelskammer, Fritz J. Haser, hat in einem Gespräch mit dem "Handelsblatt" vom 1.8.75 die schlimmen Folgen der Entwicklung in Portugal

Portugal: Dienstboten zu teuer
Der Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Portugiesischen Handelskammer, Fritz J. Haser, hat in einem Gespräch mit dem "Handelsblatt" vom 1.8.75 die schlimmen Folgen der Entwicklung in Portugal

für die Sommerhäuser und Altersruhesitze westdeutscher Geldsäcke geschildert. "Vor dem April 1974 konnte sich so mancher deutsche Pensionär, wie bei uns zu Kaisers Zeiten, noch eine Köchin, Hausangestellte und einen Gärtner leisten. Doch diese Zeiten sind längst vorbei: Laut Haser dürften die dienstbaren Geister nicht mehr zu bezahlen sein, seit der Arbeitgeber für die Sozialversicherung 17,5 % auf den Lohn zu zahlen hat." Haser rät, trotzdem "durchzuhalten": "Erstens. Der Verkaufserlös sei zur Zeit nicht diskutabel ... und zweitens über die politische Entwicklung sei noch nicht das letzte Wort gesprochen." So offen wird selten ausgesprochen, daß der Sinn der bürgerlichen Konterrevolution darin besteht, die Arbeitskraft billig und geknechtet zu halten.

720 000 arbeiten ohne Tarifvertrag

720 000 Lohnabhängige arbeiten in Bayern in Betrieben und Industriezweigen, für die kein Tarifvertrag abgeschlossen ist. Das sind 21 % der 3,5 Millionen Lohnabhängigen. Einen Anspruch auf Überstundenzuschlag haben sie nach der Arbeitszeitordnung von 1938 erst von der 49. Wochenstunde an. Für Landarbeiter und Hausangestellte besteht überhaupt keine gesetzliche Arbeitszeitregelung, also auch kein Recht auf Überstundenzuschlag. Diese Zustände sind keineswegs auf Bayern beschränkt. Vielmehr ist es nach Aussage des bayrischen Arbeitsministers Pirkl so, "daß bisher noch in keinem anderen Bundesland ähnliche Auswertungen der Materialien zur Tarifauseinandersetzung erarbeitet worden seien". (Süddeutsche Zeitung, 31.7.75)

Arendt für Verschlechterung des Arbeitsförderungsgesetzes

"Kritisch überprüfen" will Bundesarbeitsminister Walter Arendt (SPD) "Entwicklungen auf verschiedensten Sektoren der Sozialpolitik". Im ZDF erklärte Arendt am Sonntag, das Arbeitsförderungsgesetz werde gegenwärtig daraufhin untersucht, ob es nicht "an der einen oder anderen Stelle Wildwuchs" gebe. Die "kritische Überprüfung" soll nach der Sommerpause abgeschlossen sein, so daß über die Vorlage eines Änderungsentwurfes entschieden werden könne. Angekündigt war schon ein Gesetzentwurf, der die Rechte der arbeitslosen Lohnabhängigen schmälert und die Bestimmung der "zumutbaren Arbeit" erweitern soll, wodurch den Arbeitsämtern ermöglicht wird, Arbeitslose zum Verkauf ihrer Arbeitskraft bei niedrigerem Lohn zu zwingen. (nach: Stuttgarter Zeitung, 4.8.75)

Forts. von S.1

Konjunkturprogramm

Arbeitsplätze geschaffen, sondern nur Umbesetzungen vorgenommen. Darüber hinaus werden noch Arbeiter entlassen." (KVZ Nr. 12/75)

2. Der VW-Konzern hat zirka sechs neue Pressen gekauft, die pro Stück etwa 1,2 Millionen kosten und für die er die Investitionsprämie von 7,5 % erhält. "Die Folge: Drei Arbeiter sind übrig gemacht worden" (KVZ Nr. 3/75) pro Presse, können entlassen werden, während für jene, die an der neuen Presse arbeiten, die Arbeitshetze sich noch erhöht.

Auch die Lohnkostenzuschüsse, von denen die SPD behauptete, daß dadurch Arbeitsplätze geschaffen würden, haben tatsächlich eine ganz andere Wirkung gehabt. Bis zu 80 % des Lohns erhielt ein Kapitalist, wenn er Arbeitslose einstellte. Eingesackt haben die Kapitalisten das Geld, indem sie Arbeitslose einstellten, und teilweise haben sie dafür andere Arbeiter auf die Straße gesetzt. Dazu ein Beispiel aus dem Martinswerk in Quadrat-Ichendorf: "Dort wurden zum 31.1.1975 zwei Putzfrauen gekündigt, ohne Begründung. Für diese beiden Putzfrauen werden zur Zeit arbeitslose Putzfrauen eingestellt. Diesen Putzfrauen brauchen dann die Martinswerk-Kapitalisten nur noch 20 % des Lohns zu zahlen; die restlichen 80 % zahlt das Arbeitsamt." (KVZ Nr. 3/75)

Die Mobilitätszulage, die gezahlt wurde, diente nur dazu, um die Arbeitskräfte besser herumzuschieben und zur Annahme schlechter bezahlter Arbeit zu bewegen. Nichts anderes bewirkt auch die von der SPD jetzt beabsichtigte Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes, mit der erreicht wird, daß der Arbeitslose auch noch so schlecht bezahlte Arbeit als "zumutbar" annehmen muß.

Investitionsprämien, Lohnkostenzuschüsse und Mobilitätszulage dienten so dazu, die Rationalisierung und die Lohndrückerei zu unterstützen, mit der die Kapitalisten aus der Krise herauskommen wollen.

Es hat sich aber gezeigt, daß dieses Krisenprogramm der Regierung noch nicht ausgereicht hat, den Kapitalisten den Weg aus der Krise auf Kosten der Arbeiterklasse zu ermöglichen. Deswegen, so fordern die Kapitalisten, muß jetzt ein neues Krisenprogramm her. Mit den sanften Mitteln wie bisher geht's nicht, sagt dazu die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", eine "Roßkur" tut not. Damit hat sie die Absicht der Kapitalisten zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung jetzt noch stärker als bisher die Rationalisierungen und die Lohndrückerei der Kapitalisten unterstützen muß.

Steuergelder aus der Staatskasse für die Kapitalisten, mit denen diese Arbeiter wegrationalisieren können, das ist die eine Seite des staatlichen Krisenprogramms. Die andere ist, und darin soll wohl die "Roßkur" bestehen, daß dieses Geld den Lohnabhängigen verschärft abgeknöpft werden soll. Das ist der Zweck der gegenwärtigen Diskussion um die "Begrenzung der Sozialausgaben", die von allen bürgerlichen Parteien heftig betrieben wird, mit dem Ziel, die Lohnabhängigen an den Gedanken zu gewöhnen, daß man an Renten, Arbeitslosengeldern, an Krankenversorgung, Schulen, an Stipendien für mittellose Studenten sparen muß.

Diese überall gegenwärtig besprochene Kürzung der Sozialausgaben wird die Bundesregierung freilich nicht als Teil ihres "Konjunkturprogramms" bezeichnen. Gar zu deutlich würde, worin dieses Krisenprogramm insgesamt besteht: den reichen Ausbeutern zu geben und der Masse der Lohnabhängigen zu nehmen.

Soweit die Einsparungen an den Sozialausgaben noch nicht genug Geld für das staatliche Krisenprogramm erbringen, wird dieses über Staatsschulden finanziert, zur Freude des Bankkapitals, das sich an den Zinsen gesundstößt. *"Bonns Kredithunger bleibt erhalten"* meldet zufrieden das "Handelsblatt" am 4.8. Das "Institut der Deutschen Wirtschaft" hat errechnet, daß "im günstigsten Fall" das Haushaltsdefizit im nächsten Jahr 66 Milliarden Mark betragen wird. Zurückgezahlt werden müssen die Staatsschulden, und aus den Geldern der Kapitalisten wird dies nicht geschehen. Eher wird man denen, wie Bundeswirtschaftsminister Friderichs forderte, die Steuern erniedrigen. Bezahlt werden sollen die Schulden von den Lohnabhängigen. Die Rede ist davon, sie nächstes Jahr für die Finanzierung der Krisenprogramme durch Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Kasse zu bitten.

Verdienen werden also an dem staatlichen Krisenprogramm die verschiedenen Kapitalisten: die Fabrikbesitzer, die staatliche Aufträge und Zuschüsse bekommen, die Bankherren, die mit der Staatsverschuldung ihr Geschäft machen. Bezahlen sollen es die Arbeiter und Angestellten, deren Arbeitsplätze wegrationalisiert, deren Versicherungen geplündert und deren Lebenshaltung eingeschränkt werden soll. Diese Richtung ist schon klar, nur über die genauen Methoden besteht noch keine völlige Einigkeit. Von der SPD als Partei der "sozialen Reformen" ist wenig mehr geblieben, und was noch an Vertrauen geblieben ist, das die Mehrheit der Arbeiter in die SPD setzt, das wird benützt, um diesen das Fell über die Ohren zu ziehen.

-e.r.-

Forts. von S.1

Verschwendung

schenden Klasse, sondern aus dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Produktion und der Produzenten betrachtet, vollständig verschwendet. Nicht viel anders ist es mit dem ganzen Beamtenheer. Um diesen riesigen Apparat für die herrschende Klasse einsetzbar zu machen, braucht es natürlich einen ganzen Stab von Offizieren und höheren Beamten, die ihre Untergebenen an der Kandare und drunten halten. Was sind diese Maden im Fleisch des bürgerlichen Staatsapparates anderes als Verschwendung? Das haben auch viele Arbeiter erkannt, nur ziehen manche daraus falsche Schlüsse und wenden sich zum Beispiel generell gegen Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst. Der Staatsapparat ist jedoch die Verschwendung und nicht etwa die Löhne, die die Masse der Beschäftigten bekommen, weil sie beim Staat ihr Brot verdienen müssen.

Wenn jetzt der bürgerliche Staat Schulen schließt, keine Lehrer anstellt und die Ausbildung der Masse der Jugendlichen verkommen läßt, ist das etwa Sparsamkeit? Nein, das ist Verschwendung der Arbeitskraft der zukünftigen Produzenten, deren Fähigkeiten nicht entwickelt werden. Das passiert zwar durch die bürgerliche Schule sowieso nicht im Interesse der Arbeiterklasse. Durch die Verrottung des Schulwesens wird diese Lage jedoch nicht besser, sondern schlechter. Was anders als Verschwendung ist es, wenn sich die Gesundheitsversorgung der Massen verschlechtert, auf deren Arbeit der gesellschaftliche Reichtum beruht? Wenn die Umwelt vernichtet wird, weil die Kapitalisten sparen wollen? Usw. und so fort. All das hat mit Sparsamkeit überhaupt nichts zu tun und alles ist riesige Verschwendung.

Die Produktivkraft des Menschen und der von produzierte gesellschaftliche Reichtum wird unter dem Diktat der Kapitalistenklasse verschwendet und vernichtet, weil diese an allem spart, was auf Kosten ihrer Profite geht oder gehen könnte. Das ist die Wirklichkeit und Wahrheit. Und davon muß die Arbeiterklasse ausgehen und nicht von dem Schein, der von den Kapitalisten und ihren Politikern verbreitet wird.

Ein wirkliches Sparsamkeitsregime ist der Sozialismus. Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse wird hier mit dem Verschwendungsprinzip des Kapitalismus Schluß gemacht und wird gespart, um die Kräfte der Arbeiterklasse zu schonen und die Früchte ihrer Arbeit zu nutzen. Nicht gespart wird an der Entfaltung der menschlichen Produktivkraft. Durch die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln werden die Fesseln gesprengt, die der Kapitalismus der Arbeiterklasse und den Produzenten anlegt. Der aufwendige und verschwenderische bürgerliche Staatsapparat wird zerschlagen, die Herrschaft wird durch das Volk selber ausgeübt und die staatliche Verwaltung wird mit der Produktion verbunden. Die Waffen nimmt, solange sie noch nicht entbehrlich sind, das Volk selber in die Hand, und die Soldaten beteiligen sich an der Produktion.

Ist ein solches sozialistisches Sparsamkeitsregime Utopie? Das konnte man vielleicht im 19. Jahrhundert mit gutem Glauben behaupten. Heute sind diese wissenschaftlichen Auffassungen längst durch die Wirklichkeit belegt: durch die Sowjetunion, bevor sie in die Hände einer neuen Bourgeoisie fiel, heute durch die Volksrepublik China und die anderen sozialistischen Staaten wie Albanien, Nordkorea und Vietnam.

Die "Sparsamkeit" der herrschenden Kapitalistenklasse zieht der Arbeiterklasse den Strick um den Hals, und die Herrschaft der Kapitalistenklasse ist längst zu einem historischen Luxus geworden, den sich die Arbeiterklasse nicht länger leisten kann. Gerade jetzt in der Krise zeigt sich das besonders drastisch. Gegenüber dem Sparsamkeitsgerede der Kapitalistenklasse gibt es nur eins: Man muß ihnen die Kosten ihrer Herrschaft aufrechnen und diese Herrschaft stürzen.

Joscha Schmierer

Die Auffassungen der Demokratischen Volksunion (UDP) über die Klassenkampfsituation in Portugal

Motor der Revolution Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern

Vom wachsenden Einfluß revolutionärer Organisationen "links von der PCP", der revisionistischen Kommunistischen Partei Portugals, kann man gelegentlich in der bürgerlichen Presse lesen; von ihren Zielen und ihrer Einschätzung der aktuellen Klassenkampfsituation hingegen nichts. Der Korrespondent der Kommunistischen Volkszeitung in Lissabon stellt im folgenden die Auffassungen der Demokratischen Volksunion dar, einer anläßlich der Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung von marxistisch-leninistischen Gruppen geschaffenen Massenorganisation. Die UDP konnte in diesen Wahlen als einzige der beteiligten revolutionären Organisationen wegen der starken Konzentration der für sie abgegebenen Stimmen in Lissabon ein Abgeordnetenmandat gewinnen.



Soldaten haben die Kaserne verlassen, um bei der Arbeit in einer Genossenschaft zu helfen

"Wir sind gegenwärtig in einer sehr entscheidenden Situation für die Entwicklung der Revolution in Portugal", das ist die Auffassung der UDP. Die Bewegung der Streitkräfte (MFA) wolle weiter die treibende Kraft der Revolution sein, wie sie es zeitweise auch gewesen sei, weil die Avantgarde der Arbeiterklasse nicht organisiert war. Diese Rolle aber könne die MFA nicht mehr länger übernehmen . Man müsse feststellen, daß die MFA keine Einheit bilde, daß sie in drei Richtungen zerfalle.

Die Richtungen in der MFA

Die UDP unterscheidet dabei einmal die "proimperialistische Richtung". Diese sei unter den gegebenen Verhältnissen gezwungen, die Monopole zu nationalisieren, aber sie versuche gleichzeitig, den Kapitalismus zu aktivieren. Diese Tendenz sei stark mit der PS (Sozialistische Partei) verbunden. Weiterhin gebe es eine revisionistische Richtung in der MFA, besonders unter den hohen Offizieren. Wie immer, so sei es auch hier die Taktik der Revisionisten, die verschiedenen Organe von oben her zu erobern. Weil die Revisionisten die einzige gut durchorganisierte Kraft in den Massenbewegungen seien, sei diese Strömung in der MFA mächtig. Gegenwärtig nehme allerdings vor allem eine dritte Tendenz an Kraft zu, eine kleinbürgerlich-revolutionäre Tendenz, die eine Politik gegen die Hegemonie der USA und der UdSSR zu entwickeln versuche, unter der Parole der nationalen Unabhängigkeit organisiert werden könne und der Parole des Bündnisses mit dem Volk. Diese dritte Tendenz sei militärisch stark, politisch aber noch schwach.

MFA und Volksbewegungen

Die Vertreter dieser Tendenz hätten nun gesehen, daß es Volkskomitees gibt, Komitees in den Fabriken, und unternähmen den Versuch, über die bürgerlichen Parteien hinauszukommen zu den demokratischen Strukturen an der Basis. Diese seien nicht von der MFA geschaffen worden. Die MFA habe nur beschlossen, diesen Organisationen des Volkswillens eine gewisse Macht zu verleihen, für die UDP eine "sehr wichtige Entscheidung". Sie sieht darin den Kern der Doppelherrschaft, wo neben den Staatsorganen des alten, bürgerlichen Staates neue Organe gebildet werden, die die Keimformen des neuen Staates der Volksdemokratie ausmachten, in dem Arbeiter und Bauern die Herrschaft ausüben.

Allerdings gebe es in der Vorstellung der MFA viele Einschränkungen. Die MFA verstehe sich als die Befreiungsbewegung des portugiesischen Volkes, unter deren Schirmherrschaft das Volk sich organisieren dürfe. So solle nach ihren Vorstellungen die MFA darüber entscheiden, wenn z.B. es in einem Stadtviertel zwei oder drei Nachbarkomitees gibt, welches davon das Stadtviertel repräsentiere, eine Vorstellung, welche die UDP nicht akzeptiert. Was die UDP ebenfalls zurückweist, ist der Plan, zunächst über einen längeren Zeitraum nur Fabrik-, Nachbarschafts- und Dorfkomitees zu bilden, dann lokale Komitees, einige Jahre darauf regionale und schließlich in unabsehbarer Zukunft eine zentrale Volksversammlung.

Derartige Pläne hält die UDP für das Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb des MFA. Insbesondere kritisiert sie am Projekt der MFA, daß die Versammlungen der Militäreinheiten, vor allem auf Regimentsebene, heute überwiegend von den Offizieren und Unteroffizieren bestimmt würden, während die Soldaten dort nur eine minimale Vertretung hätten und ihrer Position nicht das ihrer Zahl entsprechende Gehör verschaffen könnten. Schließlich kritisiert die UDP, daß nach den Plänen der MFA auf den Volksversammlungen der höheren Ebenen Exekutivorgane gebildet werden sollen, die vom Volk getrennt und nicht jederzeit abwählbar sein würden. Ihre Gegenposition: keine Bürokratisierung, keine Trennung der Staatsorgane von den Massen. Alle Macht und alle Möglichkeiten der Diskussion müssen bei den Massen bleiben. Alle Entscheidungen müssen bei den Volksversammlungen liegen.

Massenbewegung unter der Forderung nach vollständiger Demokratie

Ihr Verhältnis zur MFA bestimmt die UDP angesichts dieser Differenzen so: Sie hätten als einzige den Pakt mit der MFA nicht unterschrieben, alle anderen Parteien hätten ihn unterschrieben. Trotzdem sei ihr Verfassungsentwurf der Politik der MFA heute näher als die Entwürfe der anderen Parteien. Aber: "Für uns ist unsere Unabhängigkeit wichtiger, und unser Pakt ist der Pakt mit den Massen. Wenn die MFA auf die Stimme des Volkes hören will, dann gehen wir weiter zusammen."

Trotz der zahlreichen Einschränkungen, die den Volksversammlungen auferlegt sind, will die UDP sie jedoch unterstützen, sich an ihnen beteiligen und in ihnen die Position der Volksdemokratie vertreten. Die Sozialistische Partei und alle Parteien der Rechten seien gegen diese Komitees. Unterstützt würden sie gegenwärtig von den Revisionisten, den linken und revolutionären Organisationen, darunter der MES und der UDP. Die UDP sei zwar eine kleine Organisation, aber ihre Forderung nach vollständiger Demokratie werde nicht nur von den Massen verstanden, sondern auch von ihnen durchgesetzt. Mit ihren Manövern bei den Wahlen kämen die Revisionisten immer weniger durch.

"Sich in die Massenbewegung hineinzubegeben und den Revisionisten bei jedem Schritt der Massen jeden Zentimeter an Einfluß streitig zu machen", das sei die Position der UDP.

Offen gegen die Massenbewegung stelle sich heute die Reaktion, der "proimperialistische Block", wie die UDP ihn nennt, da die Revisionisten auch eine Form der Reaktion darstellten. Von diesem proimperialistischen Block kann man nach Auffassung der UDP gegenwärtig nicht sagen, daß er einheitlich sei. Vielmehr gebe es heute keine bürgerliche Partei, die mit den Positionen einer anderen bürgerlichen Partei übereinstimme. Das sei eine äußerst wichtige Voraussetzung für die Revolution, die Uneinigkeit der Bourgeoisie. Allerdings stelle sich auf der lokalen Ebene z.T. gerade diese Einigkeit her. Es habe Angriffe gegeben auf die fortschrittlichen und auf die revisionistischen Kräfte, die ohne Unterschied von den Christdemokraten (CDS), der Volksdemokratischen Partei (PPD) und der Sozialistischen Partei (PS) durchgeführt worden seien.

Die Lösung der Bauernfrage ist entscheidend

Zur entscheidenden Frage werde in dieser Lage, ob es gelingt, der Reaktion die Kräfte streitig zu machen, auf die sie sich stützt, und den Einfluß der Revisionisten zurückzudrängen, der das Volk spaltet. "Motor der Revolution" müsse das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern sein, denn sie sind die Produzenten in der Gesellschaft. Mit dem Süden des Landes gebe es da keine Probleme. Die UDP verweist auf Erfahrungen aus Dörfern, wo man sagen könne, das seien bereits Volkskommunen. Die lokale Volksmacht nehme die Aufteilung vor – nicht des Landes, denn sie wollen kein Land für sich, sie wollen Arbeit für jeden – ; sie besetzen also einen Großgrundbesitz und teilen sich die Arbeit auf. Und sie versu-



Reisaussaat in einer südportugiesischen Landwirtschaftsgenossenschaft

chen, die Leute nach ihrer Arbeitsleistung zu bezahlen. Im Zusammenhang mit der Landreform habe es ein Gesetz gegeben, daß Landbesetzungen verboten sind, und nach Erlaß dieses Gesetzes hätten die Landbesetzungen um das Zweieinhalbfache zugenommen. So sehe es im Süden aus unter den Landarbeitern, denn es seien keine Bauern.

Anders in Mittelportugal und im Norden. Dort gebe es kleine, mittlere und reiche Bauern. Die UDP meint, wenn sie vom Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern spricht, die kleineren und mittleren Bauern im Norden, die selbst Land besitzen. Diese soziale Klasse sei heute eindeutig eine Reserve der Faschisten. Und sie sei unter anderem deshalb in den Händen der Faschisten, weil es in Portugal eine starke antikommunistische Partei gebe, die revisionistische PCP. Das sei auf dem Land äußerst wichtig. Überall dort hätten auf dem Land Angriffe von seiten der Reaktion stattgefunden, wo die Revisionisten die lokalen Verwaltungsorgane übernommen hätten. Dort hätten die Faschisten sagen können: "Seht ihr, sie haben die Posten eures Bauernverbandes, eurer Dorfkommission eingenommen, und auf dieselbe Weise, wie sie die Posten eingenommen haben, werden sie euer Land nehmen!" Die Faschisten hätten heute leichtes Spiel und könnten im Norden sogar weißen Terror ausüben. Es gebe Genossen im Norden, die im Untergrund arbeiten müssen, weil sie sonst sofort mit "den Kommunisten" von der revisionistischen PCP in einen Topf geworfen würden.

Andere Regionen gebe es, wo die Massen die Büros nicht angegriffen hätten. Sie hätten die Büros der Revisionisten niedergebrannt, aber über die UDP hätten sie gesagt: "Einen Moment! Diese Leute sagen, daß die Düngemittelpreise gesenkt werden müssen, daß die Elektrizitätsversorgung verstärkt werden und daß den Bauern geholfen werden muß. Sie dürfen wir nicht angreifen!"

Ein Programm für die gegenwärtige kritische Lage

Die UDP sieht die gegenwärtige Lage sehr kritisch. Im Norden und im Zentrum stünde es sehr, sehr schlecht. Das Land sei praktisch in zwei Teile geteilt. Es bestehe die Möglichkeit eines Bürgerkriegs zwischen Norden und Süden. Die ELP, die "Portugiesische Befreiungsarmee", eine faschistische Organisation, die in Spanien aufgebaut worden ist, sei jederzeit in der Lage, im Norden und im Zentrum nach Portugal einzudringen und dort Unterschlupf zu finden, so schlimm sei dort die Lage.

In dieser gefährlichen Situation hat die UDP erstmals eine Forderung in Hinblick auf die Regierung erhoben. Sie fordert, daß eine Regierung der nationalen Unabhängigkeit gebildet werden muß und ein Bündnis gesucht werden müsse mit allen Kräften, die den Einfluß des Faschismus auf dem Lande zu beseitigen versuchen. Eine solche Regierung müßte die Landreform im Gebiet des kleinbäuerlichen Besitzes mit aller Schnelligkeit durchsetzen. Das bedeute, sie soll den Bauern bei dem helfen, was sie selber wollen, mit Krediten, mit billigerem Saatgut, mit Handels- und Vermarktungshilfen. Das könnte die Masse der Kleinbauern aus den Klauen der Faschisten befreien. Das sei eine Frage von Leben und Tod für die Revolution, und die Regierung müsse das gegen die lokalen Größen der Dörfer des Nordens durchsetzen.

Das alles bedeute nicht, daß man heute den Kapitalismus auf dem Land im Zentrum und im Norden stärken müsse, denn wichtig sei, welche Klasse diese Maßnahmen ergreift. Ist es die Bourgeoisie oder das Proletariat. Wenn es das Proletariat ist, so die UDP, so werde man den Bauern im Verlauf der Volksrevolution Geld geben, um ihnen zu helfen, und in einer weiteren Phase werde man mit Kooperativen vorankommen.

Ähnlich wie den Bauern auf dem Land gehe es Teilen der Bourgeoisie, der Kleinbourgeoisie, den Händlern und Kleinproduzenten in der Stadt. Sie befänden sich in einer sehr schwierigen Situation. Für den Wirt eines Speiserestaurants hätten sich z.B. die Steuern um das Dreifache erhöht. Durch eine solche Politik würden auch die kleinen und mittleren Unternehmer immer mehr zur unterstützenden Kraft für die Reaktion. Eine auch nur etwas fortschrittliche Regierung müßte nach Auffassung der UDP auch Maßnahmen zur Unterstützung der kleinen Händler, der Kleinbourgeoisie in den Städten ergreifen. Auf die Frage, wie man das machen soll, weiß die UDP eine einfache Antwort: Es muß noch weiter enteignet werden. Man muß es den Reichen nehmen, die Großbourgeoisie muß als Klasse beseitigt werden, und ebenso der imperialistische Sektor. Heute sei es zwar so, daß die sechs großen portugiesischen Monopole ihre Kontrolle über das Land bereits verloren hätten. Aber von den internationalen imperialistischen Kapitalisten sei noch kein Escudo enteignet worden.

Schritte zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei

Die Lösung der UDP: ein umfassendes Bündnis erreichen, das den Weg zur demokratischen Volksrevolution öffnet, die dann im gegebenen Moment in die sozialistische Revolution führt. Deshalb sagt die UDP, daß die Landreform sehr schnell durchgeführt werden muß, daß man die ausländischen Imperialisten und die portugiesische Großbourgeoisie enteignen, die ausländischen Militärbasen beseitigen und die Arbeiterkontrolle im gesamten verstaatlichten Sektor einführen muß. In allen diesen Forderungen stimmten die Interessen der Arbeiterklasse vollkommen mit denen des portugiesischen Volkes überein.

Diese Lösung könne nur durchgesetzt werden, wenn es der Arbeiterklasse gelinge, die Volksbewegung anzuführen, wozu unerläßlich sei, daß der revisionistische Einfluß in der Arbeiterbewegung überwunden und die revolutionäre Einheit geschaffen werde.Die UDP ist der Auffassung, daß dazu ein Stück Arbeit schon geleistet sei. Die UDP selber sei noch eine junge Organisation. Gegründet wurde sie im vergangenen Dezember von drei marxistisch-leninistischen Organisationen, die beschlossen, eine breitere Front für die Beteiligung an den Wahlen im April dieses Jahres zu bilden.

Die UDP wurde also ursprünglich auf einer Wahlplattform begründet. Heute versteht sie sich als eine Massenorganisation, die ihre Mitglieder auf eine Kampfplattform für Volksdemokratie, für die Agrarreform, gegen das Monopolkapital und gegen die Imperialisten zusammenschließt. Politisch angeleitet werde sie heute durch die Organisation für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei / Marxisten – Leninisten (ORPC/ML), zu der sich im vergangenen April die drei Gründerorganisationen der UDP zusammengeschlossen haben.. Den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in Portugal nach dem Verrat der Revisionisten sieht die ORPC/ML als eine Aufgabe für die nächsten Monate an. Einen Zusammenschluß mit anderen Kräften hält sie nicht für ausgeschlossen, und der entscheidende Teil der Avantgarde sei heute konzentriert und organisiert, und für die zu schaffende Partei gebe es heute bereits eine umfassende Unterstützung.

t., Lissabon

IGM: Die Stellung der Vertrauensleute stärken

Entwurf für neuen Tarifvertrag über Vertrauensleute vorgelegt

Als die IG Metall vor kurzem einen "Entwurf eines neuen Tarifvertrages über den Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute" vorlegte, sah der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Kirchner, "viel mehr als nur Geld auf dem Spiel stehen". Für ihn waren die Grundlagen der Freiheit bedroht. Um was geht es?

In dem neuen Tarifvertrags-Entwurf fordert die IG Metall:

- "Der (die) Vertrauensmann (-frau) ist innerhalb seines (ihres) betrieblichen Wirkungsbereiches von der beruflichen Tätigkeit insgesamt für mindestens zehn Stunden im Monat unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts freizustellen. Diese Zeit soll gleichmäßig auf die einzelnen Wochen des Monats verteilt werden.
- Die Mitglieder der Vertrauenskörperleitung haben zusätzlich einen Anspruch auf Freistellung von fünf Stunden im Monat."
- Für die Teilnahme an Vertrauenskörpersitzungen wird eine weitere Freistellung von mindestens zwei Stunden im Monat verlangt.
- Die Wahl der Vertrauensleute soll während der Arbeitszeit im Betrieb stattfinden.
- Die Sitzungen der Vertrauensleute sollen im Betrieb stattfinden.
- Für die Teilnahme an gewerkschaftlichen Schulungs- und Bildungsveranstaltungen wird bezahlte Freistellung gefordert. Die Zeit dafür "errechnet sich aus der Anzahl der Vertrauensleute im Betrieb multipliziert mit zehn Arbeitstagen im Jahr".
- Vor einer Kündigung eines Vertrauensmannes ist die zuständige Verwaltungsstelle der IGM zu hören.

Die Metallkapitalisten sehen *"in extremer Weise einen Verstoß gegen das Verfassungsrecht und gegen das Tarifrecht"* (Handelsblatt, 17.7.1975).

Warum erhebt der Kapitalistenverband Gesamtmetall ein solches Geschrei über die Forderungen der IG Metall, mit denen die Stellung der Vertrauensleute im Betrieb verbessert werden soll? Daß die Kapitalisten durch die gewerkschaftliche Organisierung die Freiheit der bürgerlichen Gesellschaft bedroht sehen, ist nichts Neues. Das war schon so, als die Arbeiter zum ersten Mal begannen, sich zusammenzuschließen und so ihre Interessen wirkungsvoll und einheitlich zu vertreten. Die Bourgeoisie erkannte frühzeitig, welche Gefahr für sie durch den Zusammenschluß der Arbeiter entstand. Wurde doch ihre Freiheit, die Arbeiter uneingeschränkt ausbeuten zu können, dadurch bedroht. So entzog zum Beispiel die französische Bourgeoisie gleich im Beginn der französischen Revolution den Arbeitern das eben erst eroberte Recht auf Zusammenschluß. Sie ließ am 14. Juni durch Dekret erklären, daß, wenn *"Bürger, die zum selben Beruf, Gewerbe, Handwerk gehören, zusammen beratschlagten und gemeinsame Abmachungen träfen, die darauf abzielen, die Leistungen ihres Gewerbes oder ihrer Arbeit zu verweigern oder nur zu einem bestimmten Preis zu gewähren, so sind besagte Beratungen und Abmachungen ... als verfassungswidrig und als Attentat auf die Freiheit und die Menschenrechte zu erklären"*. (Karl Marx, Kapital, Bd. 1, Seite 769)

Die Einheit der Arbeiterklasse ist eine scharfe Waffe. Die Kapitalisten sehen sie lieber stumpf.

So wenden sie sich natürlich auch entschieden gegen eine verstärkte Stellung der Vertrauensleute im Betrieb. Sie erklären: *"Das Gebot der Gleichbehandlung aller Belegschaftsangehörigen wird durch eine solche Tarifvereinbarung verletzt."* (Handelsblatt, 17.7.75) Niemand dürfe wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit benachteiligt werden.

Die Kapitalisten erwärmen ihr Herz für die Gleichheit aller Belegschaftsangehörigen. Sie wollen sie weiter gleich behandeln.

Was verstehen sie darunter?

Sie wollen die Arbeiter und Angestellten als jeweils einzelne "behandeln" können, alle sollen als einzelne gleich unter Druck gesetzt, hin- und hergeschoben, entlassen werden können – wie es den Kapitalisten für ihre Profitproduktion am besten erscheint.

Jeder Zusammenschluß der Arbeiter und Angestellten, die alle gemeinsam haben, daß sie ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen müssen, stört diese "Gleichbehandlung". Wenn sich die Belegschaft zusammenschließt und sie ihre gewerkschaftlichen Vertreter für ihre Forderungen einsetzt, dann kann der Kapitalist nicht weiterhin die einzelnen gesondert gleich "behandeln", sondern er muß sich dem einheitlichen Willen der Belegschaft stellen.

Wenn die Vertrauensleute freigestellt werden, um ihre gewerkschaftlichen Aufgaben wahrzunehmen, können sie nicht weiterhin einfach von ihren Kollegen durch Akkordarbeit, Zeitdruck oder Wechselschicht abgetrennt werden.

Die Vertrauensleute können so verstärkt als Organe der Willensbildung der Belegschaften eingesetzt werden.

Wie wichtig die Vertrauensleute für die Einheit der Belegschaften sind, wird gerade besonders deutlich während der Tarifverhandlungen. Leicht kann man sich vorstellen, daß ein Vertrauensleutekörper, der seine Aufgaben im Betrieb nicht wahrnehmen kann, auch nicht zur Stärkung der Arbeiter dient. Selbst wenn ein Beschluß über die Tarifforderung gefaßt worden ist, ist das zu wenig, wenn nicht der Vertrauensleutekörper die Belegschaft auf der Grundlage dieser Forderung vereinheitlichen kann.

Dazu muß der Vertrauensleutekörper Rechte haben, um innerhalb des Betriebs sich bewegen zu können. Eine Verweigerung dieser Rechte ist eine Beschneidung der Freiheit der gewerkschaftlichen Organisierung.

Leicht sieht man daher, daß die Forderungen der IG Metall nichts damit zu tun haben, daß die Vertrauensleute persönliche Vorteile bekommen, sondern daß es darum geht, die notwendigen Rechte auf gewerkschaftliche Organisierung im Betrieb zu erlangen, um den Kapitalisten entgegentreten zu können.

Die Kapitalisten sagen, daß das Recht laut Grundgesetz gefährdet ist. Für die Arbeiter steht mehr auf dem Spiel, nämlich das Recht auf Zusammenschluß gegenüber den Kapitalisten.

–g.b.–



Abstimmung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute der Hoesch-Westfalenhütte Dortmund während des Streiks 1973

BASF

8-statt 12-Stunden-Schicht

Ludwigshafen. Nachdem die Geschäftsleitung die Kurzarbeit für mehrere Tausend auf Grund der Ablehnung des Betriebsrates zurückzog, ist jetzt geplant, daß im Verlauf des Jahres 1976 statt der 12-Stunden-Wechselschicht die 8-Stunden-Wechselschicht eingeführt wird. Dieser Plan betrifft 12 000 Kollegen. Im 'Mannheimer Morgen' vom 2.8.1975 steht: *"Ein zusätzlicher Lohnaufwand von rund 50 Millionen Mark sei notwendig, da zur Leistung der gleichen Anzahl von Arbeitsstunden mehr Mitarbeiter eingestellt werden müßten."* So der BASF-Vorstandsvorsitzende Seefelder.

Der "Chemiearbeiter", Betriebszeitung der BASF-Zelle des KBW, schreibt dazu: "Von uns aus gesehen heißt das, daß durch die mörderische Arbeitshetze von 12 Stunden in der Wechselschicht die BASF-Kapitalisten jährlich 50 Mio. Mark Lohnkosten eingespart haben. Das sind umgerechnet auf jeden Schichtler **4 166 DM pro Jahr oder fast 350 DM im Monat!** Diesen zusätzlichen Profit der BASF bezahlen die Schichtkollegen mit Hochdruckkrankheiten, Magenerkrankungen, Schlaflosigkeit und **einem nachgewiesen erhöhten Infarktrisiko. Es bestätigt sich also eine alte Erkenntnis der Arbeiterbewegung: Jede Ausdehnung des Arbeitstages schafft den Kapitalisten mehr Profit, den Arbeitern den gesundheitlichen Ruin."**

Warum gibt der BASF-Vorstand jetzt nach? Am 26.7. stand in der Ludwigshafener 'Rheinpfalz': "Nach Auffassung von Prof. Seefelder ist eine Umstellung auf acht Stunden durchaus kostenneutral vorzunehmen und auch zu verkraften." Zuerst 50 Millionen bei Umstellung, dann kostenneutral. Was hat die Geschäftsleitung vor?

Wenn mit der gleichen Anzahl von Arbeitsstunden produziert wird, dann werden bei 8-Stunden-Schicht noch **mehr eingestellt werden müssen.** Kostenneutral werden sie aber das Ganze durchführen können, wenn sie nicht mehr einstellen und die Arbeitszeit verkürzen und bei verkürzter Arbeitszeit die Arbeit intensivieren und mehr Arbeit aus den Kollegen herausholen. Zusätzlich – so kündigt der Vorstand an – will er den Lohn um 5 % kürzen.

Kurzarbeit bei Ciba-Geigy abgelehnt

Der Betriebsrat des Grenzacher Werkes von Ciba-Geigy, einem Chemiekonzern, hat die beantragte Kurzarbeit abgelehnt und stattdessen eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gefordert. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.8.75)

VAW: 1 000 rausgeworfen – Produktion erweitert

Hannover. Nachdem die Konzernleitung der VAW Leichtmetall 600 Kollegen des Aluminiumwerkes in Hannover jetzt auf die Straße geworfen hat und sie im Bonner Werk den Rauswurf von 325 Kollegen und im Werk Neumünster von 160 Kollegen plant, hat VAW sich jetzt mit einem Drittel an der Reynolds-Hütte in Hamburg beteiligt. Reynolds wird vom Hamburger Senat übernommen, der das Werk an drei Großkonzerne verpachtet, wobei die Konzerne für eventuelle Verluste nicht aufzukommen haben.

Der Teil des produzierten Aluminiums, der VAW gehört, wird nun aber nicht von VAW gewalzt. Nein! Er wird nach der Produktion an das Reynolds-Walzwerk geliefert, die holen aus den Kollegen das Dreifache heraus.

„Stimmt schon, alles Schwindel, was kann man machen?"

Diskussion bei Teroson Heidelberg über die Fahrpreiserhöhungen in Heidelberg

Heidelberg. Über die Blockadeaktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen gab es bei uns in der Abteilung oft Diskussionen:

"Wenn es noch mehr Demonstranten gewesen wären, dann hätten die eben noch mehr Polizei geholt."

"Dann wären sie doch bestimmt noch mit dem Bundesgrenzschutz und der Bundeswehr aufgefahren."

"Der Staat hat die ganzen Waffen und wir Arbeiter haben nichts."

"Die Tagdiebe geben doch nie nach, wenn sie mehr Geld rausholen wollen."

So lauteten die Kommentare von einigen Kollegen.

Sie wußten natürlich, daß ich bei den Demonstrationen dabei war. Sie sagten: "Was habt Ihr erreicht? Nichts! Wir müssen doch die höheren Preise bezahlen!"

Insgesamt konnte man aber klar sehen, die meisten hätten sich über einen Erfolg der Blockadeaktionen und über eine Schlappe der Stadtverwaltung und der Polizei gefreut.

Sie waren aber nicht bereit gewesen, mit auf die Straße zu gehen: "Meinst Du, ich lass mir den Schädel einschlagen und es kommt doch nichts dabei heraus? !"

"Die Gewerkschaft müßte was machen, aber die machen ja nichts als Sprüch!"

Dann kam die Rede auf die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung und auf die SPD-Gemeinderäte. Über die Stimmenthaltung der Mehrheit der SPD-Gemeinderäte schimpften sie besonders heftig: "Diese Zigeuner, diese Feiglinge! Entweder man ist dafür oder dagegen, sowas gibt's ja auf keinem Schiff!"

Zwar war für die Kollegen schon vorher klar, daß sie von der SPD genauso verschissen werden wie von der CDU, aber es ist immer noch der Glaube da, die SPD sei im Verhältnis zur CDU doch eher für die Arbeiter. Ich habe ihnen dann das Frankfurter Beispiel vor Augen gehalten, wo die SPD-Mehrheit die Fahrpreiserhöhung beschloß und die CDU ihrer Theaterrolle als Opposition entsprechend mit "Nein" gestimmt hat.

"Stimmt schon, alles Schwindel, aber was kann man machen? " – "Im Kommunismus ist es auch nicht besser, guck doch mal rüber in die DDR, da hast Du ja gar keine Freiheiten mehr, hier bei uns kannst Du wenigstens noch die Meinung sagen." Dann ging's heiß her.

Ich hab Beispiel erzählt, wie man im Betrieb behandelt wird, wenn man seine Meinung nicht nur einem guten Kumpel, sondern zum Beispiel mal auf einer Betriebsversammlung oder zu einem höheren Vorgesetzten sagt. Und da fingen die Kollegen an, jedem fielen frühere Kollegen ein, die "kein Blatt vor den Mund genommen haben". Die sind dann von der Geschäftsleitung gegangen worden.

Außer der direkten Entlassung gibt's ja noch viele Möglichkeiten, zum Beispiel Schikanen, bis man selber geht, oder auch so was wie eine Versetzung in die Kannenwäscherei! – Ja und die im öffentlichen Dienst müssen ja schon bald das heilige Grundgesetz anbeten. Ein Kollege faßte die Diskussion zusammen: "Machen wir uns nichts vor, wenn's drauf ankommt gibt es bei uns genauso wenig Meinungsfreiheit wie drüben. Da kann man eben nichts machen, das geht den Kleinen überall auf der ganzen Welt so!"

Ich habe dann das Beispiel der Volksrepublik China gebracht, wo die Arbeiter das Sagen haben und der Weg zum tatsächlichen Kommunismus erfolgreich eingeschlagen wird, während in der Sowjetunion und in den von ihr abhängigen Staaten die Parteiführer von Sozialismus und Kommunismus reden und das Volk genauso betrügen wie hier.

"Ja, Rußland ist doch Euer Vorbild gewesen und jetzt fangt Ihr mit China an. Warst Du überhaupt schon mal da? ", sagte ein Kollege. Ein anderer: "Ich wollte echt mal nach China, mich würd' interessieren, ob dort tatsächlich was anderes ist als Schieberei und Bonzenwirtschaft!"

"Aber mit uns kannst Du das nicht vergleichen, die waren doch dort vor der Revolution am Verhungern, bei uns ist das was ganz anderes."

"Wie wird es denn bei uns weitergehen, was meint Ihr? ", hab ich gefragt.

Die Antworten waren: "Die werden uns noch mehr unter Druck setzen!" – "Besser wird's nicht, sondern schlechter." – "Bei uns kommt der Kommunismus auch noch, aber das dauert seine Zeit, erst muß es uns mal schlechter gehen."

Ich hab dann versucht klarzulegen, daß der tatsächliche Kommunismus nicht irgendwie mal kommt, sondern wir Arbeiter uns unsere Einheit und Macht erkämpfen müssen und dazu unsere eigene Partei und eine Gewerkschaft brauchen, die der Kapitalistenklasse entgegentreten.

Viele sagten dazu: "Solange es noch einigermaßen geht, will ich lieber meine Ruhe, mit 'Politik' laß mich zufrieden, ich bin froh, wenn ich Feierabend hab." Einer sagte: "Die meisten von uns Arbeitern sind doch blöd, guck Dir nur mal an, wer in Betriebsrat gewählt wurde!"

Er gab dann aber zu, daß die Wahlvorbereitung wie üblich schlecht war, zum Beispiel mußten und konnten die Kandidaten nicht vorher auf einer Betriebsversammlung sagen, was sie eigentlich vorhaben als Betriebsrat und wie ihre Einstellung zu wichtigen Punkten ist. Eine Wahl ohne vorherige Auseinandersetzung über das, was die Kandidaten tun wollen, ist nicht demokratisch und nützt doch nur den erfahrenen Pöstchenjägern. Auch das wird man nicht ohne Kampf ändern können, wie bei allen anderen Sachen auch.

–M., Heidelberg–

Klöckner Bremen:

Die Belegschaft bereitet sich auf die Tarifverhandlungen vor

Bremen. Anfang Juli waren die 2. Betriebsratswahlen auf der Klöckner-Hütte in Bremen.

Die Belegschaft wählte mit großer Mehrheit den Blockvorschlag Röpcke/Florian. Der Blockvorschlag der SPD-Betriebsgruppe erhielt keinen Sitz im neuen Betriebsrat und bekam die Plätze 24 bis 48.

Diese Wahl war gegenüber der ersten Wahl ein Fortschritt. Konnten es sich die politischen Gruppen bei der ersten Wahl noch leisten, durch das Aufstellen eigener Listen die Spaltungen in der Belegschaft zu fördern, so war es bei dieser Wahl keiner Gruppe möglich, eigene Listen aufzustellen, da sie wußten, sonst keinen Blumentopf dafür bei der Belegschaft gewinnen zu können.

Durch die Wahl des Röpcke/Florian-Vorschlags hat die Belegschaft einen weiteren Schritt zur geschlossenen Einheit gegenüber den Kapitalisten gemacht. Jetzt herrschen klare Verhältnisse im Betriebsrat, und niemand kann sich auf Fraktionsstreitigkeiten mehr berufen, wenn der Betriebsrat von den Aufträgen der Belegschaft abweicht. Der neue Betriebsrat hat gute Voraussetzungen, um die anstehenden Auffaben zu lösen; er wird in seiner Arbeit zeigen müssen, ob er den eingeschlagenen Weg der Belegschaft fördere und fortsetzen will.

Am 1. August fand die erste Vertrauensleutevollversammlung nach den Wahlen statt.

Hier stand die erste und wichtige Probe der gewerkschaftlichen Organisation, ob die Einheit weiter gestärkt werden kann oder ob die errungene Einheit gleich wieder verspielt wird.

Auf der Tagesordnung stand die Vorbereitung der Stahl-Tarifrunde und die kommende Kurzarbeit auf der Hütte.

Nach dem Bericht der Tarifkommissionsmitglieder wird es in den diesjährigen Tarifverhandlungen um den Gehaltsrahmen, das Abkommen über Sonderzahlungen (Urlaubsgeld usw.), die stahltypischen Zuschläge, die Leistungszulage, den Lohnrahmentarifvertrag und um die Lohn- und Gehaltstarife gehen.

Die Debatte der Vertrauensleute konzentrierte sich sofort auf den Lohn- und Gehaltstarifvertrag.

Dem Vertrauenskörper lagen zur Stahl-Tarifrunde zwei Resolutionsvorschläge vor. Schnell entbrannte die Debatte über den einzuschlagenden Weg in der kommenden Tarifrunde. Einig waren sich alle Vertrauensleute darüber, daß die Krisenlasten nicht den Arbeitern aufgebrummt werden dürfen. Allen war klar, daß von Lohnpause oder Einfrieren der Reallöhne keine Rede sein darf. Einig waren wir uns auch darüber, daß den Kapitalisten keine Schwäche gezeigt werden darf und ihr Gerede, daß die Löhne an der Krise schuld seien, entkräftet werden muß.

Wie das zu erreichen ist, darüber gab es harte Meinungsauseinandersetzungen. Die von DKP-Mitgliedern eingebrachte Resolution stellte fest: "... auch die Bundesregierung ist der Meinung, daß die gegenwärtige Krise ihre Ursache darin hat, daß die Bevölkerung zu wenig konsumiert. Mehr kaufen können wir aber nur dann, wenn die Lohn- und Gehaltserhöhungen deutlich über den gegenwärtigen Preissteigerungen liegen." Die DKP-Kollegen wollen damit den Versuch machen, durch Lohnerhöhungen den Kapitalismus krisenfest zu machen. Ob sie es wollen oder nicht, konstruieren sie damit ein gemeinsames Interesse von Arbeiter und Kapitalisten, das es nicht gibt. Denn je höher der Lohn, desto niedriger der Profit. Den Kapitalisten geht es aber gerade darum, ihre Waren mit möglichst großem Profit zu verkaufen, und nicht darum, ihre Waren überhaupt loszuschlagen. Eher lassen sie Produktionskapazitäten brachliegen.

In dem anderen Resolutionsvorschlag wird dagegen richtig herausgearbeitet, daß die Krise gerade darin besteht, daß für die Stahl-Kapitalisten der Markt überfüllt ist und daß die Arbeiter daran auch mit einer Lohnpause gar nichts ändern können, daß diese vielmehr dazu führen würde, daß die Profite der Kapitalisten steigen und die Lage der Arbeiter sich verschlechtern würde, daß es für sie aber gerade darauf ankommt, ausschließlich von den eigenen Interessen auszugehen, d.h. ihre Haut so teuer wie möglich zu verkaufen.

In der insbesondere von DKP-Mitgliedern unterstützten Resolution heißt es weiter – nachdem als Forderungshöhe 10 bis 12 Prozent sowie die Forderung nach 90 % Lohnausgleich bei Kurzarbeit vorgeschlagen worden sind –: "Diese Forderungen sind realisierbar, Klöckner kann zahlen."

Auf der Versammlung konnte man gut sehen, wohin solche Argumente führen: Sogleich stritten die Vertrauensleute, insbesondere die sogenannten "Experten", darüber, ob es den Klöckner-Kapitalisten nun gut geht oder schlecht.

Damit wird aber nicht mehr ausgegangen von der Lage der Belegschaft und ihrer Kraft, diese Lage zu verändern, sondern es wird ausgegangen von der Lage der Kapitalisten, es werden die Interessen der Belegschaft an die Interessen der Kapitalisten gebunden.

Diese Fragen wurden auf der Sitzung heftig diskutiert, ohne daß die Vertrauensleute ihre Aufgabe aus den Augen verloren haben, eine solche Resolution zu verabschieden, auf der die Belegschaft vereinheitlicht werden und den Mitgliedern der Tarifkommission als Auftrag mitgegeben werden kann.

Auf dieser Sitzung des Vertrauensleutekörpers konnte abschließend noch nicht geklärt werden, wie der Propaganda der Kapitalisten entgegengetreten werden muß, auf Grundlage des DKP-Antrages oder auf Grundlage der Resolution, wie sie von Mitgliedern unserer Zelle eingebracht wurde. In der Abstimmung sprachen sich dann 59 Kollegen für den geänderten DKP-Antrag aus und 46 Kollegen dagegen.

Ebenfalls wurde noch keine endgültige Festlegung über die anstehende Forderung getroffen.

Die DKP-Kollegen sind zwar von ihrer Prozentforderung runtergegangen und haben auch den Hinweis auf die Bundesregierung gestrichen. Aber nach wie vor ist noch nicht geklärt, wie die Forderung aussehen muß, prozentual oder in Mark und Pfennig.

Beide Anträge werden von dem Vertrauensleutekörper in der Belegschaft veröffentlicht, um weiter die Diskussion um diese wichtigen Fragen zu führen. Vereinbart wurde, die Diskussionen und die Meinungen in der Belegschaft auf einer weiteren Sitzung zu beraten und eine Forderung aufzustellen. Diese Sitzung soll noch vor dem Treffen der Tarifkommission am 10. September stattfinden. T., Betriebszelle Klöckner

In der Stahlindustrie werden im Laufe dieses Jahres mehrere Tarifverträge gekündigt

Am 30. Juni tagte die Tarifkommission für Nordrhein-Westfalen, der die Klöckner-Hütte Bremen angeschlossen ist. Gekündigt wurde das Sonderabkommen aus den letzten Tarifverhandlungen, das u.a. das zusätzliche Urlaubsgeld regelt. Es läuft am 31. Dezember 1975 aus. Forderungen dazu sollen zusammen mit den Forderungen für die Lohn-Gehalts-Tarifverträge erhoben werden, die zum 15. Oktober auslaufen.

Der Lohnrahmentarifvertrag ist ebenfalls zum 31. Dezember kündbar sowie die Abschnitte des Manteltarifvertrags, die die Zuschläge für Mehr-, Spät-, Samstags-, Sonntags- und Feiertagsarbeit regeln, zum 31. Januar 1976. Über den Gehaltsrahmentarifvertrag laufen bereits Verhandlungen.

Am 10. September wird die Tarifkommission zusammentreten, um die anstehenden Tarifkündigungen zu beraten.



Das Bild zeigt einige Schmelzer der Klöckner-Hütte Bremen. Sie arbeiten an einer Rinne des Hochofens, durch den das flüssige Roheisen mit sehr hoher Temperatur durchfließt. Links: der Werksarzt und der Sicherheitsingenieur

Heinz O. Vetter auf der Suche nach neuen Wegen

Aus vielen Ecken der bürgerlichen Klasse kommt der Ruf nach einem Lohnstopp.

Die FDP und eine Sparerschutzgemeinschaft haben sich damit am lautesten zu Wort gemeldet. Der DGB-Vorsitzende Vetter hat darauf in einem 'Spiegel'-Gespräch geantwortet: *"Das würde ganz klar einen Einbruch des Lebensstandard der Arbeitnehmerschaft bedeuten."*

Damit ist für die kommenden Lohnauseinandersetzungen schon das erste Zugeständnis an die Kapitalisten gemacht worden. Denn für viele ist die "Befürchtung" von Vetter schon lange Wirklichkeit. Für einen 4-Personen-Haushalt mit mittlerem Einkommen lag die Lebenshaltung im Juni 1975 um 6,5 % höher als im Vorjahr (Statistisches Bundesamt, nach 'Handelsblatt' vom 10.7.). Gleichzeitig sagt die Statistik, daß für die unteren Einkommensgruppen die Steigerung noch höher liegt, wieviel, das wird allerdings nicht gesagt. Die letzten Tariferhöhungen haben bei 6,8 % gelegen, sie sind also längst wieder durch Preissteigerungen aufgefressen.

Hinzu kommen der Überstundenausfall, die Streichungen von betrieblichen Zulagen, die Akkordsatzkürzungen, wieviel Prozent das insgesamt sind, darüber sagt keine bürgerliche Statistik etwas aus, aber aus allen Erfahrungen liegen sie um 10 % und höher.

Es kann also nicht davon geredet werden, daß ein Lohnstopp *"ein Einbruch des Lebensstandard bedeuten wird"*, er ist schon da.

Vetter verschweigt das, denn wissen muß er es. Die Kapitalisten behaupten, daß der Lebensstandard immer noch gewachsen ist, und deshalb ein einmaliger Lohnstopp durch die Arbeiter gut vertragen werden kann.

Vetters "Stellungnahme" gegen einen Lohnstopp enthält also ein Zugeständnis an die Kapitalisten auf Kosten der Wahrheit und der Interessen der Arbeiter.

"Lohnpause gegen Preisstopp und Investitionsverpflichtung?" fragt der 'Spiegel' und Vetter antwortet: *"Meine Vorstellungen gehen weiter"*. Wo sie hingehen, sagt er im folgenden: *"... unter den genannten Bedingungen auf Reallohnsteigerungen zu verzichten"*, das empfiehlt er *"seinen in der Lohnpolitik souveränen Kollegen der Einzelgewerkschaften"*.

Vetter hat damit direkt dies angeboten, was die Kapitalistenverbände fordern.

BDA-Geschäftsführer Brettschneider sagte im saarländischen Rundfunk, daß die Arbeitnehmer im nächsten Jahr auf eine Reallohnerhöhung verzichten müßten (nach Handelsblatt vom 4.8.75).

Schon frohlockt die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung': *"Äußerungen des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter in einem Interview lassen Hoffnung keimen."* (2./3.8.)

Das hat es nun wirklich längere Zeit nicht gegeben, daß die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' einen Gewerkschafter vor dem Abend lobt. Die Kapitalisten und ihre Blätter wissen, wie wertvoll dieses Interview für sie ist. Bislang mußten sie immer selbst die Propaganda gegen Lohnerhöhungen machen und bekannt ist, daß sie nicht beliebt sind bei den Arbeitern und ihnen wenig geglaubt wird, wenn sie über ihre "Notlage" klagen.

Im weiteren Interview wird deutlich, warum Vetter, bevor die Tarifverhandlungen überhaupt begonnen haben, sie schon wieder abblasen will. Um "höhere Ziele als Löhne und Gehälter" geht es ihm: *"Wir müssen versuchen, daß sich Arbeitgeber, Unternehmer, Politiker und Gewerkschaften zusammensetzen um anstelle von Hoffnungslosigkeit und Schwarzmalerei durch einen Konsensus aller Beteiligten die psychologischen Voraussetzungen für den Aufschwung zu schaffen."*

Was das für psychologische Voraussetzungen genau sind, sagt er nicht. Sie lassen sich aber gut aus dem genannten Interview erkennen: Schon frühzeitig soll "allen Beteiligten" klar gemacht werden, daß die Führung der Gewerkschaften nicht vorhat, die Lohnauseinandersetzungen aufzunehmen, und jeder, der dies will, nicht mit der Unterstützung der Gewerkschaftsführung zu rechnen braucht. Das sind die "psychologischen Voraussetzungen", die die Kapitalisten für die kommenden Lohnauseinandersetzungen brauchen.

Damit werden zwar keine sicheren Arbeitsplätze für die Arbeiter geschaffen, aber höhere Profite für die Kapitalisten springen dabei raus.

Auf die Frage, ob die von Vetter angeführte Konferenz von DGB-Bundesvorstand und Ausschuß mit dem Bundeskanzler in der Geschichte des DGB schon einmal vorgekommen sei, antwortet er stolz: *"Das hat es in der Geschichte des DGB noch nicht gegeben, daß ein Kanzler vor diesen Gremien die Auffassungen seiner Regierung vorträgt!"*

In der Tat ist das eine ganz neue Variante der Gewerkschaftspolitik, daß erst der Bundeskanzler nach seiner Meinung befragt wird, bevor die Mitglieder die Möglichkeit haben, sich eine einheitliche Meinung darüber zu bilden, wie und unter welchen Forderungen die Lohnauseinandersetzungen geführt werden müssen. Ob
setzungen geführt werden müssen. Ob
bei alle dem auch nur ein Krumen für die Arbeiter abfallen wird, weiß er selbst nicht so recht.

Er äußert seine Hoffnung, daß durch gemeinsame Anstrengung von Gewerkschaften und Kapitalistenverbänden diese auch "Preisdisziplin" halten würden. Der 'Spiegel' muß ihm entgegenhalten, daß eine solche Versicherung durch die Arbeitgeberverbände doch nur eine Verbalkur sein wird.

Vetter weiß darauf nicht mehr zu sagen als: *"Vielleicht ist das die Ausgangsbasis für ein Anwerfen der Konjunktur, für die Zurückgewinnung des Vertrauens."*

Das ist alles, was Vetter hofft für den Lohnverzicht der Arbeiter einzutauschen. Es ist nichts.

–db–

Tarifverhandlungen Stahl

Salzgitter/Peine. Die Kurzarbeitsphase wurde auf den gesamten August ausgedehnt. 12 000 Arbeiter sind davon betroffen. Auch bei Krupp ist die Kurzarbeit für 11 700 Stahlwerker bis zum 31. August verlängert worden.

Tarifverhandlung Stahlindustrie

Klöckner Osnabrück: Neuer Elektroofen – statt 15- jetzt 27 000 Tonnen im Monat

Wie sieht die Entwicklung von Produktion und Lohn in der Stahlindustrie aus? Ein Genosse von Klöckner Osnabrück schreibt

Im Geschäftsjahr 1973/74 erhöhte sich der Umsatz um 31 Prozent gegenüber 1972/73 auf 3,4 Milliarden DM. Es wurden 15 Prozent mehr Stahl produziert (BRD 10 Prozent). Von Oktober 1974 bis Mai 1975 ist die Umsatzentwicklung bei Klöckner nur um 1,2 Prozent gesunken (im Monatsdurchschnitt). Die Belegschaftszahl wurde im gleichen Zeitraum um 1,5 Prozent reduziert. In den Produktionsbereichen ist der Rückgang zwar verschieden stark, aber bedenkt man die Verkürzung der Arbeitszeit durch Überstundenabbau und Kurzarbeit z.B. im Werk Bremen und Hagen-Haspe, ist die produzierte Menge noch hoch.

Konkreter läßt sich die verschärfte Ausbeutung an einem bestimmten Betrieb darstellen.

Im Werk Osnabrück wird Stahl für Schmiedestücke, Stahlguß und andere Stahlerzeugnisse produziert. Ein großer Teil der Produktion besteht aus der Weiterverarbeitung. Die Produktion ist im Werk Osnabrück noch nicht zurückgefahren worden. Man schuftet bis zum Umfallen.

Nicht nur, daß die Produktion überhaupt mit Überstunden bis zu 65 000 Stunden im Monat (Durchschnitt erstes Halbjahr 1975: 55 000 Überstunden) bewältigt wurde, auch während der normalen Arbeitszeit wurde mehr aus den Arbeitern herausgepreßt. Die Stahlproduktion ist mit dem neuen 100-Tonnen-Elektro-Ofen (1973) beträchtlich gestiegen. Statt sonst vierzehn- bis fünfzehntausend Tonnen können jetzt im Monat 27 000 Tonnen abgestochen werden. Die Belegschaft ist gleich geblieben, was bedeutet, daß die Unterbesetzung die Arbeitshetze erhöht.

Die Lohnerhöhung im Oktober 1974 war 9 Prozent. Die Löhne sind nach Wertzahlen eingestuft. Die Durchschnitt-Wertzahl liegt im Werk Osnabrück bei 23,2 Wertzahlen. Bei 24 Wertzahlen betrug die Erhöhung 70 Pfennig (77 Pfennig mit Dynamisierung). Der Tariflohn bei 24 Wertzahlen beträgt jetzt 7,91 DM. Der Lohn mit übertariflichen Zulagen beträgt etwa 9,30 DM. 1972 betrug er rund 7 DM. Hinzu kam 1974/75 die Zahlung von zweimal 300 DM.

Rechnet man diese Bruttolöhne um auf Netto, bleibt nicht mehr viel.

Diese Lohnerhöhungen entsprechen nicht mehr dem aus den Arbeitern herausgepreßten Schweiß. Innerbetrieblich gibt es zahlreiche Forderungen nach Neueinstufungen der Arbeitsplätze.

F., Betriebszelle Klöckner Osnabrück

Durchschnittlich 43 Stunden in der Woche

Wiesbaden. Bei uns an den städtischen Kliniken ist es so, daß auf über 50 Prozent der Stationen durchschnittlich 43 Stunden gearbeitet wird. Werktags müssen diese Kollegen 6.40 Stunden arbeiten – Samstag/Sonntag dann etwa 10 Stunden im geteilten Dienst, wobei sie nur alle vierzehn Tage ein Wochenende frei haben.

Gegenwärtig ist der offene Brief des hessischen Landesvorstandes der ÖTV an die Landesregierung noch nicht bekannt. In dem offenen Brief wird erklärt, daß die Kollegen im öffentlichen Dienst als Kampfmaßnahmen gegen den Beschluß der Landesregierung, Planstellen bei den Landesämtern zu streichen, Überstunden und Mehrarbeit nicht mehr leisten. Das ist die richtige Antwort.

Das ist die richtige Antwort. Festgestellt haben wir bisher in der Diskussion mit Kollegen, daß die Überstundenverweigerung von den Kollegen auch bei uns unterstützt wird.

Überstundengelder gestrichen!

Wiesbaden. An den städtischen Kliniken (1 500 Beschäftigte) werden im Pflegebereich, bei den Putzfrauen und anderen Teilen der Kollegen ab 1. August keine Überstunden mehr bezahlt. Jede Überstunde soll als freie Zeit von den 40 Stunden abgezogen werden.

Da z.B. im Pflegebereich schon über die Hälfte des Personals mindestens 43 Stunden arbeitet und darüberhinaus noch zahllose Überstunden machen muß, bedeutet die Streichung der Überstundengelder nichts anderes als unbezahlte Überstunden.

Die Empörung unter den Kollegen ist groß. Es wird überlegt, Dienst nach Vorschrift zu machen, wobei bis auf Ausnahmen keiner mehr als 40 Stunden die Woche arbeiten würde. G.

„Wer Stellen ablehnt, bekommt kein Arbeitslosengeld mehr"

Offenbach. Unter dieser Überschrift wird in der "Offenbach Post" vom 16. Juli durch den Arbeitsamtsdirektor Feldbach ganz freimütig ausgesprochen, wozu die Bourgeoisie ihre Kontrolle über die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitsvermittlung benutzt.

Ein Lederwarenarbeiter, der früher 10,50 DM die Stunde bekam, bekam das Arbeitslosengeld für vier Wochen gesperrt, weil er es ablehnte, eine Arbeit zu nehmen mit einem Lohn von 8,50 DM. Genauso ging es einer Buchbinderin, die für 6,70 DM nicht arbeiten wollte, weil sie früher 8 DM bekommen hatte. In 31 Fällen ist nach Aussage Feldhausens in Offenbach bisher das Arbeitslosengeld gesperrt worden. Wer nicht bereit ist, als Lohndrücker zu arbeiten, wird schonungslos gedrückt. –uk–

Ungeschminkte Despotie des Kapitals

Die Firma Elektrobau Deyle in Asperg, die nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist, will in einem Fragebogen, der an die "lieben Mitarbeiter" gerichtet ist, unter anderem wissen: "Vorausgesetzt, Ihr Arbeitsverhältnis braucht nicht aus dringenden betrieblichen Erfordernissen gekündigt zu werden, sind Sie dann damit einverstanden, daß ab dem 28. Juli 1975 a. Ihre künftige Tätigkeit bei uns alle zumutbaren Arbeiten umfaßt? b. Ihre Entlohnung vorübergehend um etwa 10 bis 15 Prozent gesenkt wird? Wären Sie im Fall plötzlicher Belebung der Auftragslage grundsätzlich bereit, bis zu acht Stunden wöchentlich, gegebenenfalls abends und an Samstagen vormittags, mehr zu arbeiten, ohne Anspruch auf Mehrarbeitszuschläge zu erheben? Würden Sie sich nach erheblicher Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse grundsätzlich an unserem Unternehmen bzw. dessen Betriebserfolg mit einer Einlage von etwa DM 12 000 (Zahlung oder Lohnabzug innerhalb von sechs Jahren) beteiligen?" Eine Stellungnahme der Firmenleitung zu dem Fragebogen, der pro Frage nur die Wahl zwischen ja und nein offenließ, war nicht zu erhalten. Der automatische Anrufbeantworter verkündete Werksferien. (Aus: Die Zeit, 1. August)

Bei Stotz / BBC: Durch Knochenschinderei zugrundegerichtet – dann entlassen

Heidelberg. Bei Stotz-Kontakt (BBC), einem Betrieb der Elektroindustrie, sind von rund 3 400 Kollegen nur noch knapp 2 000 da. Seit Mitte 1974 werden alle Monate oder alle zwei Monate rund 50 Kollegen entlassen. Diejenigen, die noch beschäftigt sind, müssen die anfallende Arbeit leisten, wie vorher. Fast jeder Kollege arbeitet jetzt das Doppelte oder gar Dreifache von früher. Hier der Bericht eines entlassenen Kollegen

"Sehr geehrter Herr ... Die schlechte Auftragslage zwingt uns zu einer Personalreduzierung. Es ist uns nicht möglich, allen Mitarbeitern ihren bisherigen Arbeitsplatz zu erhalten. Sie können derzeit auf keinem anderen entsprechenden Arbeitsplatz eingesetzt werden. Unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalles und zwar insbesondere der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, als auch der Dauer der Betriebszugehörigkeit sind wir daher nicht in der Lage, das mit Ihnen bestehende Arbeitsverhältnis fortzusetzen. Aus diesem Grunde kündigen wir Ihnen fristgerecht."

So lautet das Kündigungsschreiben eines Kollegen von Stotz.

Dieser Kollege stellte sich am letzten Samstag der Fahrpreisdemonstrationen in Heidelberg (am 28. Juni) allein vor eine Straßenbahn und rief aus: **"Wenn Du weiterfahren willst, dann fahr! Ich habe diese Gesellschaft satt, in der immer nur die Arbeiter ausgenützt werden! Heute habe ich mein Entlassungsschreiben bekommen von Stotz!"**

Dann bat er einen der Umstehenden, dieses Schreiben vorzulesen.

Obwohl die Polizei mehrfach versuchte, des Schreibens habhaft zu werden, wurde es an mehreren Straßenecken laut vorgetragen und rief Debatten unter den umstehenden Menschen hervor.

Folgendes berichtete uns der Kollege über seine Arbeit bei Stotz und darüber, wie es zu seiner Entlassung kam:



In dieser Abteilung bei Stotz waren Sicherheitsautomaten hergestellt worden. Die Abteilung ist jetzt stillgelegt und teilweise nach Singapur (Stundenlohn 0,70 DM) und Polen verlegt worden. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind entlassen.

Wie ich angefangen habe in der Kunststoffabteilung waren wir zuerst zu vier Kollegen, das hat sich dann reduziert, weil zwei Kollegen fortgegangen sind und der andre sich umgebracht hat. Ich habe dann das Vierfache arbeiten müssen. Das war 1968.

1971 habe ich dann langsam gemerkt, daß mit meiner Pumpe was nicht stimmte und mit den Bronchien. Daraufhin bin ich dann in die Klinik eingeliefert worden. Ich habe blutende Magengeschwüre bekommen und war ein viertel Jahr in der Klinik. Das kam vom Heben, die schweren Kisten, die schweren Metallteile, denn ich mußte die Teile drehen.

Ich habe sie auf meinen Arbeitstisch vorgeholt, das war immerhin ein Weg von zirka zehn Metern. Sie können durchschnittlich 75 bis 100 Pfund für ein Teil rechnen. Es mußte hundertprozentig gearbeitet werden. Man hat ja vorgehabt, da so einen Flaschenzug zu bauen, aber vorgehabt hat man so Manches, und es ist nichts gemacht worden.

Wie ich dann aus der Klinik gekommen bin, war meine erste Versetzung da

Das viertel Jahr mußte mein Posten belegt werden und ich war halt übrig.

Da bin ich in eine andere Abteilung gekommen. Das ist eine Schleiferei, und zwar werden da Metallteile geschliffen, und Sie können sich vorstellen, daß es da auch Staub gibt, und was für Staub! Es sind Absaugmaschinen da, aber die saugen so stark, daß Sie noch Staub ins Gesicht reinkriegen.

Das sind Metallspäne, und wenn die dann grad vom Schleifstein abgezogen sind, gehen Sie mal ran und kontrollieren. Ich mußte ja von einer Maschine zur anderen laufen und kontrollieren und konnte nicht warten, bis der eine fertig ist.

Denn es sind ja alleine acht Maschinen, ohne die Preßmaschinen, ohne die Stanzmaschinen. Ja, und ich habe dann natürlich auch Kisten laufend rumschleppen müssen, weil ich ja nicht an der Maschine jedes Teil, sondern alle dritten, vierten, fünften Kisten durchkontrollieren mußte.

Jetzt können Sie sich vorstellen, wenn einer zwanzig, dreißig Kisten macht, wieviel Kisten ich da herumheben mußte. Und da habe ich meinen Herzfehler bekommen.

Ich habe manchmal ein paar Tage ausgesetzt, weil die Schmerzen zu groß waren. Ich habe eine Herzkranzerweiterung bekommen.

Bis letztes Jahr am 28. November, da habe ich so Schmerzen gehabt am Herz, daß ich sofort zum Arzt gegangen bin. Da wurde festgestellt – ich kenne die Bezeichnung nicht, die sprechen ja lateinisch –, daß die nach der ersten Operation noch eine machen wollen, mit einem Herzschrittmacher. Und Magengeschwüre habe ich dann auch wieder gehabt. Ab 28. November war ich dann krank bis 28. April. Dann mußte ich noch daheim bleiben. Ich wollte ja arbeiten gehen, aber ich durfte nicht vom Arzt aus.

Viele Entlassungen ...

Weil ich Angst gehabt habe, daß ich auch meine Papiere kriegen könnte, weil viele Entlassungen sind, habe ich dann dem Arzt gar nichts mehr gesagt und bin arbeiten gegangen.

Wie ich dann angefangen habe, war natürlich meine Stelle wieder belegt. Jetzt zufälligerweise war der Kollege von der Kunststoffabteilung in Urlaub und krank. Da konnte man mich da wieder reinstecken. In der Zwischenzeit habe ich meinen Chef gefragt: "Na was ist, kriege ich nen blauen Brief? Kriege ich ihn nicht?" Und da hat mich mein Chef immer laufend vertröstet: "Nein, Du bekommst keinen! Dich kriegen wir schon irgendwie unter. Und wenn es bloß in der Eingangskontrolle ist." Da war ich wieder beruhigt.

Jetzt kam der Kollege, da haben wir zusammen gearbeitet, immer noch in der Preßkontrollabteilung. Und auf einmal wurden bei uns die ganzen Mauern mit Preßlufthammer usw. abgerissen, weil die Preßkontrollabteilung verlegt werden sollte. Da hat's so gestaubt, ich bin bald verstickt. Da bin ich zu meinem Chef und habe gesagt, ich bitte höflichst um ein paar Tage Urlaub, ich hab ja Urlaub noch genug, das halte ich nicht aus.

Wie ich dann zufälligerweise angerufen habe und habe mich erkundigt – weil ich gleich gesagt habe, wenn die Mauern fertig sind, komme ich sofort wieder zum Arbeiten. Und habe mich dann laufend erkundigt, ob die Mauern schon abgerissen sind, ob's nicht mehr staubt, ob ich wieder kommen kann.

Daraufhin hat man mir gesagt: "Gut, daß Sie anrufen. Ich hab schon darauf gewartet. Kommen Sie mal gleich her, ich hab was Neues für Sie."

Da sagte ich: "An und für sich hab ich ja Urlaub, das hat ja dann Zeit, bis ich vom Urlaub komm."

"Nein, kommen Sie sofort, wir haben was Dringendes."

"Naja", hab ich gesagt, "dann komm ich halt."

Ich bin dann hin zu ihm, und dann sind wir einen Stock höher in die Verwaltung zum Herrn Knoblauch. Dann hat mir dieser Herr Knoblauch einen Vorschlag gemacht: "Wir haben eine Stelle in Ladenburg für Sie frei, und zwar in der Blechnerei."

Habe ich gesagt: "Es tut mir leid, Herr Knoblauch, auswärts gehe ich nicht."

"Dann habe ich noch eine Stelle in Mannheim frei."

Sage ich: "Auch dahin gehe ich nicht." Sagt er: "Das ist der Versand, das können Sie doch bestimmt vertragen." Sage ich: "Und wie ist die Finanzlage?" – "Ja", sagt er, "natürlich, da müssen wir Sie von Lohnstufe 9 auf Lohnstufe 5 heruntersetzen."

Da habe ich gesagt: "Ja, wie stellen Sie sich das vor? Lohnstufe 5 ist weniger Geld. Ungefähr 5,70 DM. Und", habe ich gesagt, "erstens mal weniger Geld, zweitens mal eine lange Fahrt hin und zurück, drittens hab ich kein Auto. Es gibt doch jüngere Leute bei uns in der Abteilung, die sind alle nicht so lang da wie ich. Ob man nicht von denen einen schicken könnte?"

"Nein, das geht nicht."

Da habe ich gesagt: "Also, es tut mir leid, die Stelle nehme ich nicht an."

"Bei uns im Betrieb haben wir keine Arbeit für Sie." Habe ich gesagt: "Gut. Wenn Sie keine Arbeit haben, dann müssen Sie eben die Konsequenzen ziehen."

Was soll ich machen, sage ich. Wenn ich jetzt etwa mit Lohngruppe 5 in Mannheim angefangen hätte und entlassen worden wäre, dann hätte ich von der Fürsorge noch Geld holen müssen, um meine Miete zu bezahlen.

Habe ich also gesagt: "Mit dem bin ich überhaupt nicht einverstanden."

Dann sagt noch mein Meister: "Mensch, also wir haben schon zwei Einsteller hingeschickt, die haben die Arbeit hingeschmissen, weil sie zu schwer war." Sage ich: "Und da wollt Ihr mich hinschicken? Ihr seid wohl nicht ganz gescheit!"

Da wäre ich am ersten Tag zusammengebrochen und wär vielleicht überhaupt nicht mehr hochgekommen. Dann hätte ich die Nase ganz gebrochen.

Und so habe ich dann ein paar Tage später einen schönen blauen Brief bekommen.

Das muß ich noch dazu sagen: Ich habe den Herren folgende Fragen gestellt: "Meine Herren, jetzt möchte ich ein offenes Wort von Ihnen hören. Warum und weshalb wollt Ihr mich jetzt loswerden? Bloß wegen meiner Krankheit?"

Und da hat's geheißen: Ja. Das haben die mir wörtlich gesagt. Das Schofligste war ja, von meinem Chef, von meinem Meister, mir so Versprechungen zu machen: Da kommen neue Spritzkabinen. Er hat mich sogar gefragt: "Machen Sie noch Schicht?" Ich sage: "Warum soll ich nicht wieder Schicht machen?"

Ich war mit allem einverstanden. Ich habe nichts abgelehnt. Um bloß den Arbeitsplatz zu halten. Solche großen Sprüche, jetzt auf einmal nichts! "Wir müssen Sie loswerden!"

Auf der letzten Betriebsversammlung redet die Geschäftsleitung, daß momentan keine Entlassungen und auch keine Kurzarbeit sein wird. Schon ein Monat später, anderthalb, waren die ersten 50 wieder dran. Ja, und der große Betriebsrat Schäfer, der erste Vorsitzende, genauso.

Wir müssen dafür sorgen, daß die Arbeiter ran kommen. Stellen Sie sich mal vor, wie die Hallen leerstehen, für nichts und wieder nichts! Das kostet doch alles Geld! Woher nehmen die denn das? Von uns Arbeitern! Die müssen sie rausschmeißen, um bloß noch mehr einzustecken. Denn die haben ja die Chance, das alles irgendwie abzusetzen, nehme ich wenigstens an.

Solang die Fabriken einzelnen Fabrikbesitzern gehören, sind die Arbeiter ja praktisch nur eine Nummer! Ich habe alle Abteilungen durchgemacht, und wenn Not am Mann war, hieß es: "Mach das noch mit!"

Die anderen Meister, die Meister der Abteilung: "Ja, warum kommst Du nicht?" – Ich hab mich bald zerrissen! Das können Sie mir glauben! Umsonst bin ich nicht krank!

–Zelle Stotz–

Referendare gegen Gehaltskürzungen

Die niedersächsische Landesregierung hat am 19. Juni beschlossen, die Besoldung der niedersächsischen Lehrerreferendare zu kürzen.

Diese erhielten bisher zu ihrem Grundgehalt eine Zulage von 535 DM, wenn sie sich bereit erklärten, von den zwölf Stunden Unterricht, in denen sie ausgebildet wurden, vier bis sechs Stunden als selbständigen Unterricht abzuhalten. Auf diese Art hat das Kultusministerium die Referendare dazu benutzt, um dem Lehrermangel abzuhelfen. Die neue Regelung sieht vor, daß die Referendare, die bereits vor dem 30. Juni eingestellt wurden, künftig nur noch acht Stunden Ausbildungsunterricht erhalten. Darüberhinaus sollen sie, wo Bedarf besteht, bis zu vier Stunden selbständigen Unterricht abhalten, wofür sie 24,75 DM brutto auf die Stunde erhalten sollen. Zehn Stunden Ausbildungsunterricht sollen die Referendare erhalten, die nach dem 30. Juni eingestellt werden, und bei Bedarf sollen sie bis zu zwei Stunden selbständigen Unterricht abhalten.

800 Referendare unterschrieben, noch bevor das Kultusministerium diese Maßnahme bekanntgegeben hatte, eine Aufforderung an das Ministerium, daß die Zulage für die bereits eingestellten Referendare nicht gestrichen und ihre Ausbildung nicht verschlechtert werden dürfe.

Inzwischen haben niedersächsische Referendare die Forderung nach einer einheitlichen Besoldung für alle Referendare, nach 10 Ausbildungsstunden für alle aufgestellt, worauf sich die neueingestellten mit den schon länger im Dienst befindlichen Referendaren einigen können. Weiterhin forderten sie, daß nicht die Referendare zur Behebung des Lehrermangels herangezogen, sondern stattdessen alle Lehrer eingestellt werden.

Man muß das hier alles radikal ändern

Bei den Bono Kapitalisten: Wagenschieben für 5 Mark die Stunde

Göttingen. Einen Monat habe ich im Einkaufszentrum Bono gearbeitet.

Nach der Probezeit haben mich die Bono-Kapitalisten ohne Begründung entlassen. Jetzt gehöre ich zu den über 100 000 arbeitslosen Jugendlichen. die keine Ausbildung haben

Ich habe bei Bono für 4,55 DM brutto die Stunde unter folgender Bedingung gearbeitet: *"Der Schweiß muß triefen. Das ist kein Job, das ist eine Arbeit. Wenn nicht, fliegen Sie raus. Sie wissen selbst, wie schwer es heute ist, einen Arbeitsplatz zu finden."* Außerdem dürfte ich nicht krank werden, sagt Personalchef Klopsch. Das wird offensichtlich jedem gesagt, der neu eingestellt wird.

Und der Schweiß trieft. Der erste Tag bei den Wagenschiebern, in der Regel Rentner, die für 5 bis 6 DM Stundenlohn für Bono arbeiten.

Früher haben über zehn, zeitweise vierzehn Mann die 1 400 Einkaufswagen auf den Parkplätzen von Bono zusammengeschoben, heute besorgen das gleiche drei, manchmal vier.

Am zweiten Tag bin ich in der Lebensmittelabteilung. Hier arbeiten wir bei teilweise 30 Grad, weil es keine Klimaanlage gibt. In der Lampenabteilung herrschen 32 Grad, erzählen die Kollegen. Weil auch hier zuwenig Personal ist, wird man ständig vom Abteilungsleiter angetrieben, und zwar nicht wegen der Bono-Kapitalisten, sondern "wegen der Kunden", wie Abteilungsleiter Jäger sagt.

Die Löhne liegen selten höher als 7 DM. Ein Kollege, der schon zwei Jahre bei Bono ist, arbeitet sieben Tage in der Woche: fünf Tage bei Bono, den Rest irgendwo als Tellerwäscher.

Bei den anderen ist es ähnlich.

Viele Kollegen sind empört über diese Verhältnisse. Ein älterer Kollege hat mir gesagt: **"Man muß das hier alles radikal ändern. Wenn du alleine hier den Mund aufmachst, schmeißen sie dich raus. Man müßte zusammenstehen gegen den Staat und gegen Bono."**

Diese Erkenntnis ist weit verbreitet. Aber bei Bono sind zum Beispiel nur wenige in der Gewerkschaft organisiert, weil sich die Belegschaft vorwiegend aus (teilzeitbeschäftigten) Hausfrauen, Rentnern und Jugendlichen zusammensetzt, häufig verlassen sie nach kurzer Zeit wieder den Betrieb (Schüler, Studenten) und oft besteht ein großes (berechtigtes) Mißtrauen gegenüber der Gewerkschaftsführung, was viele Kollegen abhält, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Ein Kollege hat dem entgegengehalten: "Gewerkschaft ja, Gewerkschaftsführung nein."

Die Bono-Kapitalisten nutzen die Krise aus, um die Belegschaft durch die Drohung mit der Arbeitslosigkeit zu spalten und zu schwächen. Dagegen muß sich die Belegschaft zusammenschließen.

Der ältere Kollege hat gesagt, wo es lang geht: "Solange es diesen Staat gibt und die Reichen regieren, wird sich nicht viel ändern." Ich habe ergänzt, und er hat mir zugestimmt: "Deshalb muß dieser Staat weg und die Arbeiter müssen regieren."

–P., KAJB Göttingen–

Für eine zentrale Demonstration der Arbeiterjugend

München. In den letzten Monaten fanden zahlreiche Demonstrationen der Arbeiterjugend gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Berufsausbildung statt. Die Jugendfunktionärsversammlung des DGB in München hat am 15.7. sich dafür ausgesprochen, daß jetzt eine zentrale Demonstration der Arbeiterjugend notwendig sei. Sie hat den DGB-Vorstand in einer Resolution aufgefordert, eine zentrale Demonstration vorzubereiten und durchzuführen.

Übernahme aller Lehrlinge gefordert

25 Prozent der Lehrlinge (125 von 500 Lehrlingen) in der BASF, die zur Zeit die Prüfung ablegen, sollen nicht in ein weiteres Arbeitsverhältnis übernommen werden. So heißt es in einem Schreiben der Werksleitung vom 28. Juli an die Betroffenen. Weiter wird bekanntgegeben, daß auch in Zukunft nicht mehr alle Auszubildenden nach bestandener Prüfung einen Arbeitsplatz in der BASF kriegen sollen.

Schon jetzt setzen uns die BASF-Kapitalisten die Pistole auf die Brust und drohen mit der späteren Nichteinstellung: Schaff deine Arbeit, halt's Maul, sei nicht so viel krank; wenn du auffällst, gehörst du auch mal zu den 25 Prozent, die entlassen werden (oder mehr). Es gibt genug, die deine Lehrstelle annehmen! – Wer hat das noch nicht vom Ausbilder oder Meister gehört?

So wurden die Lehrlinge von N 400 zusammengerufen, weil die Klos verstopft waren. Der Ausbildungsleiter wies darauf hin, daß Lehrlinge, die sowas machen, in Zukunft auch entlassen werden können. In diesem Zusammenhang sagte er, daß überhaupt nicht mehr lang gefackelt würde mit Leuten, die nicht richtig spuren, weil die BASF nicht mehr auf jeden Lehrling angewiesen ist. Beabsichtigt werden soll mit solchen Drohungen, daß wir uns untereinander bekriegen, jeder soll schneller und besser schaffen wollen als der andere, damit er nicht fliegt. Beabsichtigt wird also damit, daß wir nicht gemeinsam gegen solche Maßnahmen vorgehen, und daß unsere Solidarität im Kampf gegen schlechte Ausbildungsverhältnisse durch solches Konkurrenzdenken unter den Kollegen gebrochen wird. Wir sollen also nicht kämpfen, sondern Arschkriechen. Mit Arschkriechen kommen wir aber nicht weiter, denn ohne Kampf wird sich der Druck auf uns weiter erhöhen und am Schluß wird man dann doch entlassen, nachdem man sich untereinander und durch die Arbeit kaputt gemacht hat.

Wir müssen uns also mit den durch die Nichtübernahme Betroffenen zusammentun, und um ihre Einstellung kämpfen. Unsere Forderung muß sein:

Übernahme aller Auszubildenden nach Abschluß der Prüfung!

nach: Chemiearbeiter, Betriebszeitung der Ortsgruppe Ludwigshafen des KBW für die Kollegen von BASF

Resolution der BASF Jugendvertrauensleuteversammlung

Folgende Resolution faßte die Jugendvertrauensleuteversammlung der BASF Ludwigshafen einheitlich und beschloß, sie auf der Jugendversammlung am Freitag, den 8. August, noch einmal abstimmen zu lassen. Die Jugendvertretung bringt dazu eine Presseerklärung heraus und beruft eine Pressekonferenz ein.

"Die Jugendvertrauensleuteversammlung vom 5. August 1975 beschließt gegen die Nichtübernahme von mehr als 25 Prozent der Lehrlinge, die zur Zeit ihre Prüfung ablegen, die Forderung: **Übernahme aller Auszubildenden nach Abschluß der Prüfung!** Die Jugendvertrauensleuteversammlung wendet sich gegen den Versuch der Werksleitung, durch Nichtübernahme von Auszubildenden Lohn einzusparen und sich auf dem Rücken der Arbeiter Profite zu sichern. Einerseits lastet dann nämlich die Arbeit allein auf den im Werk Verbliebenen und deren Arbeitshetze steigt. Die Entlassenen finden, bedingt durch die Krise, kaum Möglichkeiten, in anderen Betrieben unterzukommen. Sie müssen dann mit einem Minimum von Arbeitslosenunterstützung (nur 68 Prozent des sowieso niedrigen Lehrlingslohnes) auskommen, wodurch ihr Lebensniveau noch weiter unter das Existenzminimum sinkt. Bei den übrigen Lehrlingen wird durch die Drohung der späteren Nichteinstellung der Druck erhöht, und der Konkurrenzkampf untereinander soll dadurch gesteigert werden. Sie werden es schwerer haben, gemeinsam gegen schlechte Ausbildungsverhältnisse vorzugehen. Diesen Angriff der Werksleitung nehmen wir nicht hin. Wir beauftragen die Jugendvertretung, eine Veranstaltung mit den Betroffenen durchzuführen, wo alle übrigen Lehrlinge eingeladen und weitere Schritte besprochen werden. Diese Versammlung muß nach der Arbeitszeit stattfinden, da die Werksleitung zu dem Trick griff, die Betroffenen nach Abschluß der Prüfung bis zum Bescheid der Einstellung oder Nichteinstellung zu entlassen. Diesem Versuch, die Betroffenen von den anderen Kollegen abzuspalten, treten wir mit diesem Treffen entgegen. Wir fordern die Jugendvertretung auf, eine Pressekonferenz einzuberufen. Weiterhin fordern wir die Gewerkschaft auf, die genannten Schritte zu unterstützen. Ludwigshafen, den 5. August 1975"

Bereits am Mittwoch zuvor, dem 30. Juli, hatte eine Demonstration von Lehrlingen im Limburger Hof gegen die Entlassungen stattgefunden. Sie war spontan von den Lehrlingen, die im Limburger Hof im Lehrlingsheim wohnen, organisiert worden. Etwa 100 Lehrlinge der BASF beteiligten sich. Es wurde eine Kundgebung vor dem Feierabendhaus, das eine Art Kantine ist, abgehalten. Dort wurde die Forderung vertreten: **Übernahme aller Auszubildenden nach Abschluß der Prüfung!**

Lehrlingsbericht: Wir lernen wo unten und oben ist

Ich werde Werkzeugmacher und bin im zweiten Lehrjahr. – Ein guter Beruf, vielseitig und qualifiziert, wie man mir auf dem Arbeitsamt versichert hat. Ich lerne in einem Bremer Mittelbetrieb mit 1 000 Beschäftigten. Insgesamt gibt es 75 Lehrlinge, davon 50 gewerbliche.

Die Ausbildung beginnt so: 15 Lehrlinge werden in Dreierreihen an Schraubstöcke gestellt und bekommen einen Eisenklotz, den sie auf allen Seiten 2 Millimeter kleiner feilen müssen. Das dauert drei Tage. Wenn die Seitenflächen schön gerade sind und auch die rechten Winkel stimmen, dann müssen die Seiten schräg gefeilt werden. Ist das geschafft, werden Buchstaben in die Breitseite eingeschlagen, möglichst tief, damit man sie gut sehen kann.

Danach werden die Buchstaben wieder rausgefeilt, damit die Fläche wieder schön blank ist, usw. Man muß den Tag mit Arbeit zubringen – egal zu welchem Zweck –, der Meister muß zufrieden sein, das ist die Hauptsache.

Wir können jetzt mit der Feile umgehen, kennen die Verwendung der Meßwerkzeuge und haben Erfahrungen mit den Werkstoffeigenschaften. Dafür haben wir vier bis sechs Monate Eisen mit der Feile zerraspelt.

Es wird nicht gern gesehen, wenn wir uns gegenseitig helfen. "Wenn einer was wissen will, kommt er zu mir und zu niemandem sonst", sagt der Meister.

Wir lernen noch mehr. Es ist z.B. verboten, mit drei Mann "auf einem Haufen" zu stehen. Oder wenn der Fahrstuhl voll ist (es dürfen nur fünf mitfahren) und der Meister will noch mit, dann muß einer von uns raus, damit der Meister fahren kann.

Allgemein gesagt: Wir lernen, wo oben und unten ist. Wir haben nichts zu sagen und haben zu arbeiten. Das ist so, weil wir unten sind. Wir haben daraus die Konsequenz gezogen, und meistens klappt es auch, daß der Meister alleine fahren muß, wenn er einen von uns rausholt.

Es sind auch alle – bis auf einen – in der Gewerkschaft.

Im nächsten halben Jahr lernen wir die Grundlagen der Maschinenarbeit – hobeln, bohren, drehen.

Nach einem Jahr, wenn wieder August ist, kommen wir in den Betrieb.

Das erste, worüber man sich wundert, ist, daß man entweder viel zu viel oder viel zu wenig Zeit für seine Aufgabe bekommt.

Erst nach ein paar Wochen wird klar, daß die Ausbildung von nun an von der **Produktion** bestimmt wird. Hat der Geselle, dem man zugeordnet ist, komplizierte Arbeit, stehst du rum – manchmal tagelang.

Ganz von alleine bekommt der Lehrling immer die gleichen einfachen Arbeiten. Dem Lehrling viel erklären kostet Zeit, die kann der Geselle besser nutzen.

Im Grunde üben wir jetzt nur noch, was wir in der Lehrwerkstatt gelernt haben. Hin und wieder kann man mal einen Trick abgucken. Wenn man krank wird, versäumt man nichts. Die Ausbildung besteht in der Hauptsache aus Anwesendsein und Bereithalten für Hilfsarbeiten. Klar ist, daß es auch Glücksfälle gibt. Aber die sind die Ausnahme von der Regel. Durch die Teilung der Woche in zwei Berufsschultage und drei Arbeitstage wird das noch verstärkt. Schwierige Arbeiten anfangen lohnt sich nicht. Die Sachen müssen schließlich fertig werden. Deshalb brauchst du es gar nicht erst zu versuchen.

Die Berufsschule ist eine Pleite für sich. Bei uns ist die Lage wohl ein bißchen extrem. Unser Klassenlehrer ist Alkoholiker. Vermutlich, weil ihm die Berufsschule so auf den Nerv gegangen ist. Unser Lehrer steht zwei Jahre vor der Rente.

Es ist bestimmt fünfzehn Jahre her, daß unser Lehrer sich das letzte Mal auf den Unterricht vorbereitet hat. Man muß ihm nur irgendein Stichwort geben, dann redet er los – bis daß die Stunde zu Ende ist. Einen Lehrplan, in dem eine bestimmte Reihenfolge für den Stoff vorgeschrieben ist, scheint es vor fünfzehn Jahren noch nicht gegeben zu haben, so daß unser Lehrer ihn also auch nicht kennen kann.

In der Berufsschule herrscht durch diesen Umstand die Langeweile und Faulheit. Ob du hingehst oder nicht – doof bleibste doch.

Ich habe meinen Kollegen die Forderung nach Einheitsschule und Volkskontrolle erklärt. Sie meinten, die Forderung sei vernünftig.

R., Bremen

Gehlen GmbH ist Pleite – der Lohn steht aus

... aber die Gehlen Familie hat Millionen eingesackt

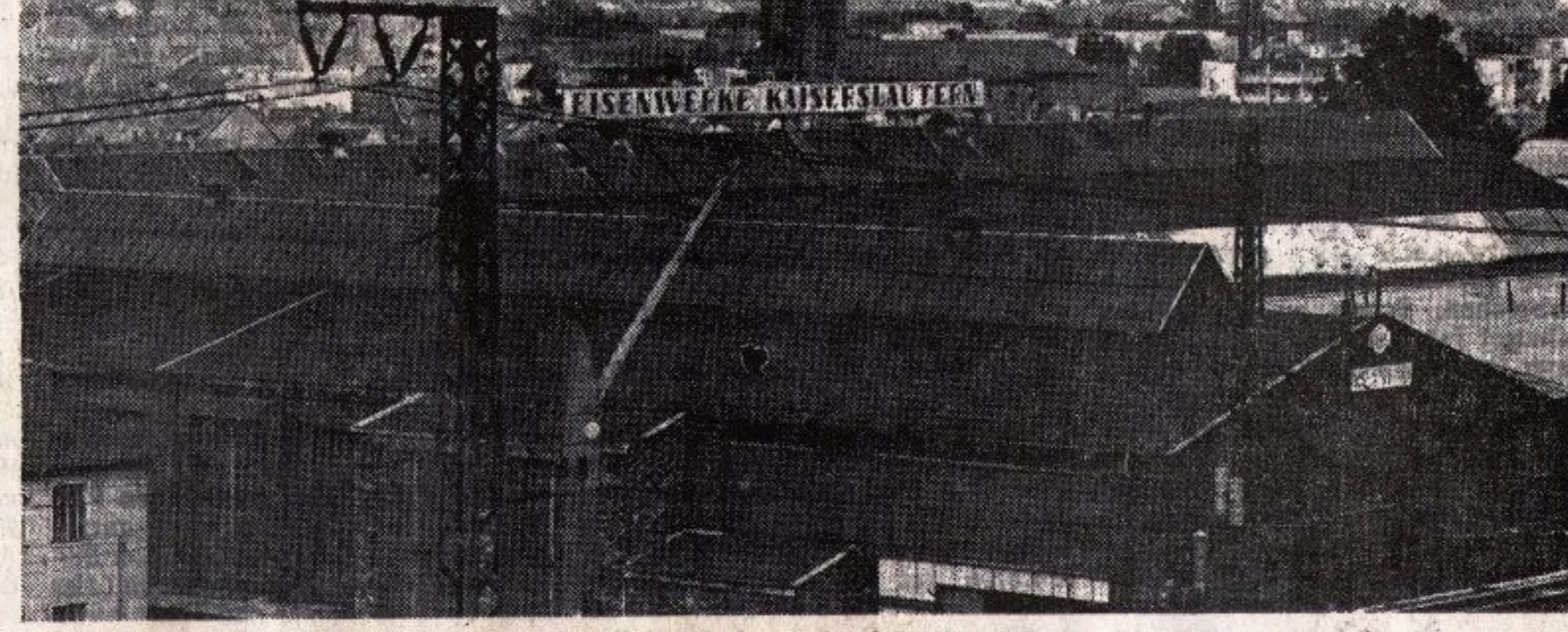
"Die seit Monaten andauernde Liquiditätskrise der Gehlen-Gruppe Kaiserslautern, die in der zweiten Jahreshälfte 1974 auch durch eine Landesbürgschaft in Höhe von neun Millionen Mark nicht entscheidend entschärft worden war, hat mit dem Vergleichsantrag, den die Unternehmensleitung nach längerem Zögern am späten Mittwoch Nachmittag beim Amtsgericht Kaiserslautern stellte, ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht."

Dies konnten die Lauterer am letzten Freitag in der "Rheinpfalz" lesen. Jeder Arbeiter und Angestellte, der bei Gehlen schafft, weiß, daß dieser Vergleichsantrag von vornherein ein Witz ist. Für einen Vergleich mit den Gläubigern hat die Gehlen-Familie nichts zu bieten. Dies räumt auch der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Holkenbrink ein: *"Alle Beteiligten waren bis zuletzt darum bemüht, das Unternehmen zu erhalten. Diese Versuche sind leider gescheitert."*

Der Konkurs der Gehlen GmbH ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Sicher ist auch, daß es einmal mehr die Arbeiter sind, die die Zeche bezahlen sollen. Bei Gehlen Bau warten die Arbeiter seit Mitte Juli auf die Auszahlung eines Lohnrückstandes von insgesamt 250 000 Mark. Die am 31.7. fälligen Gehälter der Angestellten sind in der gesamten Gruppe bisher noch nicht ausgezahlt worden.

Wenn die "Rheinpfalz" von einem *"schweren Schlag für die westpfälzische Wirtschafts- und Arbeitsmarktsstruktur"* spricht, so heißt das für die von Entlassung bedrohten Gehlen-Arbeiter, daß die Chance, erneut einen Kapitalisten zu finden, dem sie ihre Arbeitskraft verkaufen können, gleich null ist: Die Region Westpfalz hat mit die höchste Arbeitslosenrate der ganzen Bundesrepublik.

Dies ist nun das Los, welches den Arbeitern zufällt, nachdem jahrzehntelang aus ihrer Arbeitskraft die Millionenprofite herausgepreßt wurden. Denn die Gehlens lebten nicht schlecht von dieser Arbeitskraft. Ihrem Ruf als mondänste Bonzenclique



Kaiserslauterns machten sie immer alle Ehre: die prachtvollste Villa auf einem riesigen Grundstück, Mercedes nicht unter 600 und zu alldem noch einen eigenen Reitstall.

Und wenn ihnen das Ausbeuten in Kaiserslautern mal zu anstrengend wurde, waren da die diversen Ferienpaläste in der erholsamen Einsamkeit der Alpen.

Demgegenüber wird den Gehlen-Arbeitern jetzt einmal mehr deutlich gemacht, daß sie nichts haben als ihre Arbeitskraft, durch deren Verkauf sie die Prassereien derartiger Kreaturen möglich machen müssen.

Die Geschäftsleitung der Gehlen-Gruppe hat in einer eilends einberufenen Pressekonferenz vor allem unter Hinweis auf den relativ guten Auftragsbestand noch eine *"Portion Optimismus serviert"* (Rheinpfalz vom 1. August).

Richtig ist daran, daß die Gehlen-Familie für sich selbst eine gehörige "Portion Optimismus servieren" kann. Die Privatkonten in der Schweiz sind wohlgefüllt; nach Werksgerüchten sind über 100 Millionen Mark beiseite geschafft worden.

Unverfroren ist diese Behauptung, die sämtlichen augenscheinlichen Tatsachen ins Gesicht schlägt. Sie stützt das ganze Vergleichsmanöver, eine Finte, um Zeit zu gewinnen, den Konkurs hinauszuschieben und die Arbeiter hinters Licht zu führen.

G., Kaiserslautern

Italien: Revisionisten bieten sich dem Kapitalismus als Retter an

Seit den jüngsten Erfolgen der revisionistischen PCI bei den Kommunalwahlen in Italien beschäftigt sich die bürgerliche Presse in Westdeutschland verstärkt mit dieser Partei.

Besorgt schreibt die Springer-Zeitung "Die Welt": *"Italien ist das Sorgenkind Europas. Arbeitslosigkeit und hohe Inflationsraten rütteln an den Grundfesten des Staates."* Und die Zeitung hat recht: Die italienische Arbeiterklasse führt seit Jahren heftige Kämpfe gegen die kapitalistische Ausbeutung und die Reaktion. Diese Arbeiterklasse kann nicht mehr einfach mit faschistischen Methoden unterdrückt werden. Das hat sie in zahlreichen antifaschistischen Demonstrationen und Streiks gezeigt. Der Faschismus will einem großen Teil der italienischen Bourgeoisie für den Augenblick deshalb nicht als das Richtige erscheinen. Und so ist die Bourgeoisie gottfroh, daß sich in dieser Lage die Kommunistische Partei Italiens als Retter aus der Not anbietet. Zufrieden stellt "Die Welt" fest: *"Die KPI wird nach den letzten Wahlen mehr und mehr zum Ordnungsfaktor im Lande."* Beifällig vermerkt die Zeitung des Umsatzmilliardärs Springer: *"Der Unternehmerverband lud den Wirtschaftsexperten der KP zu einem Vortrag zu sich ein."* Der Mann ist also salonfähig. "Wie gedenkt Luciano Barca, Leiter der wirtschaftlichen Abteilung der KPI, aus dem Dilemma herauszufinden?" Das ist eine Frage, die auch die westdeutsche Bourgeoisie brennend interessiert, und deshalb ist der "Welt"-Korrespondent Günther Depas der Sache nachgegangen und hat den Wirtschaftsexperten Luciano Barca zum Interview gebeten. Und dieser Wirtschaftsexperte der KPI verspricht in seinem Interview (Die Welt vom 19. Juli) den Kapitalisten auch tatsächlich das Blaue vom Himmel herunter. Gleich zu Beginn stellt der Herr Wirtschaftsexperte fest:

"Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die jetzige Krise ganz neuer Art ist und daß zu ihrer Bewältigung Wege eingeschlagen werden müssen, die bisher noch nie begangen wurden." Was ist das Neue an der Krise des italienischen Kapitalismus? Das Neue ist, daß sie tiefergehender ist als die vorhergehenden Krisen, bereits länger andauert und daß die Bourgeoisie aufgrund der Kampfkraft der Arbeiterklasse den faschistischen Ausweg schwerlich einschlagen kann. "Neuer Art" jedoch ist die Krise nicht. Es ist eine Krise des Kapitalismus, seiner auf der Ausbeutung beruhenden Anarchie, die durch die Mechanismen des Marktes und bei der Verschärfung der internationalen Konkurrenz sowie dem wachsenden Widerstand der Dritten Welt gegen Ausplünderung ihrer Rohstoffe nicht bewältigt werden kann.

In dieser Krise zeigt sich, daß der Imperialismus sterbender, faulender Kapitalismus ist. Dies zeigt sich besonders drastisch in einem vergleichsweise schwachen imperialistischen Land wie Italien. Was folgert der Revisionist aus der "neuen Art" der Krise? Er folgert: *"Das bedeutet, daß auch die Wege, die von den sozialistischen Ländern für die Lösung ihrer Probleme eingeschlagen wurden, für uns nicht in Frage kommen."*

Seit wann haben sozialistische Länder die gleichen Probleme wie kapitalistische Länder, und wer hat jemals vorgeschlagen, daß die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern die gleichen Wege zur Lösung ihrer Probleme einschlagen könne, die die Arbeiterklasse sozialistischer Länder zur Lösung ihrer ganz anderen Probleme einschlägt? Das Problem der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern ist die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Bourgeoisie und dieses Problem kann die Arbeiterklasse nur durch die proletarische Revolution lösen, die das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt und mit ihr die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. Die Arbeiterklasse sozialistischer Länder bewältigt ihre Probleme durch die Festigung der Diktatur des Proletariats, die Entfaltung der sozialistischen Produktion und wissenschaftliche Experimente. Sie ist dazu in der Lage, denn sie hat die politische Macht bereits erobert.

Der Revisionist will in Wirklichkeit sagen, daß die Krise des Kapitalismus in Italien nicht durch die proletarische Revolution gelöst werden könnte. Das aber sagt er nicht offen, denn er muß ja fürchten, daß seine Ansprache an die Kapitalisten doch der italienischen Arbeiterklasse zu Ohren kommt. Also sagt er, daß die KPI die heutige Sowjetunion für kein Vorbild hält, und damit können auch die Arbeiter einverstanden sein. Daß er unter diesem Vorwand auch gleich das allgemeingültige Vorbild der Oktoberrevolution über Bord wirft, sagt er nicht so offen. Doch gibt er auch das zu verstehen. Er sagt: *"Wir leben in einer neuen historischen Phase."* Das heißt nichts anderes, als daß die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus überholt ist und daß es darauf ankommt, den Kapitalismus mit "sozialistischen" Mitteln zu heilen.

Was für großartige Arzneien hat der revisionistische Wunderdoktor anzubieten? Er hat keine anderen Arzneien anzubieten als die, mit denen die westdeutschen Sozialdemokraten die heutige Krise des westdeutschen Kapitalismus nicht verhindern konnten. Sein ganzes Rezept läuft darauf hinaus, daß durch Staatsaufträge Krankenhäuser und Schulen gebaut werden sollen: *"Unter Neuordnung des Produktionsapparates verstehen wir, den Unternehmen neue Orientierungspunkte zu geben, und zwar nicht administrativer, sondern wirtschaftlicher Art. ... Eine Nachfrage-Programmierung dieser Art sehen wir vor allem im sozialen Wohnungsbau, im Schulwesen, in der landwirtschaftlichen Bewässerung und auf dem Gebiet der öffentlichen Verkehrsmittel im weitesten Sinne."*

Klingt uns das nicht verdammt vertraut in den Ohren? Doch, das tut es, denn es sind die gleichen Sprüche, mit denen die Sozialdemokraten das Bedürfnis der westdeutschen Arbeiter nach sozialen Reformen auf ihre Wahlmühlen gelenkt haben. Heute steht die westdeutsche Arbeiterklasse und das westdeutsche Volk vor den Trümmern dieser "Reformpolitik" der Sozialdemokraten: Die Sozialwohnungen sind teurer denn je, so daß Hunderttausende leerstehen und in anderen sich höhere Beamte und Angestellte breitmachen; in Krankenhäusern werden Betten abgeschlagen und ganze Abteilungen dichtgemacht, weil sie dem bürgerlichen Staatsapparat angeblich zu viel Kosten bereiten und weil die Stellen nicht neu besetzt werden. Dabei hat der Staatsapparat alle Kosten den Versicherten aufgehalst, die er jetzt weiter ausplündern will. Schulen werden ebenfalls geschlossen: weil "zu hoher Folgekosten" und weil der bürgerliche Staatsapparat als erstes an der Volksbildung spart. Vom Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens und den sozialdemokratischen Debatten über Nulltarif ist geblieben: rigoroser Abbau des bisher vorhandenen öffentlichen Nahverkehrs und laufende Preiserhöhungen für seine Benutzer. Profitiert haben von den ganzen "Reformen" ein paar Bauspekulanten und eine Handvoll Kapitalisten. Und das kann auch nicht anders sein in einer Gesellschaft, die sich nicht nach den Bedürfnissen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung richtet, sondern nach den Profiten der Kapitalisten.

Heute können die Volksmassen für das Staatsdefizit aufkommen, und damit hat sich's.

Sowas hat also die KPI ebenfalls vor. Damit die Kapitalisten verstehen, daß es tatsächlich um ihren Nutzen geht, versichert ihnen der Wirtschaftsexperte in jedem zweiten Satz: Selbstverständlich geschehe das alles unter *"Wahrung der Marktmechanismen"*, die KPI denke nicht an Verstaatlichung, sondern sei *"durchaus"* für *"Reprivatisierung von solchen Zweigen, die sicher in privaten Händen besser aufgehoben wären"*. *"Wir sehen den Beitrag des privaten Kapitals – neben dem des Staates – als essentiell für Industrie und Wirtschaft an."* Selbstverständlich werde auch das ausländische Kapital gehätschelt: *"Wir sind an ausländischen Investoren und ausländischen Kapitalgebern sehr interessiert."* Dividendenzahlung werde garantiert, und um *"frisches Risikokapital"* anzulocken, sei an eine Reform des Aktienrechts und eine Börsenreform gedacht.

Herz, was begehrst du mehr, mag der Kapitalist bereits hier denken. Aber es kommt noch besser: Die Lohnkosten müssen gesenkt werden, denn sie seien *"zum Teil bereits höher"* als *"in den Konkurrenzländern"*. Das sei *"ein echtes Problem"*. Die *"Kosten und die Ineffizienz der Sozialversicherung und des Gesundheitswesens"* belasteten die *"Wirtschaft besonders stark"*. Das wolle die KPI *"angehen"*.

Großartig, was ihr den Kapitalisten versprecht, können da die Arbeiter nur sagen, aber was versprecht ihr uns? "Schulen und Krankenhäuser, reicht euch das nicht?" antwortet da die KPI. Aber nicht mal das verspricht sie ohne Hintergedanken, sondern nur als Ausgleich für geringere Löhne: *"Den italienischen Arbeiter interessiert das Maß der Bedürfnisbefriedigung – nicht der rein monetäre Lohn. Wenn die Regierung diesen Erwartungen entgegenkommt, werden die Arbeitnehmer daher durchaus von sich aus bereit sein, mit ihren Tarifforderungen zurückzuhalten."* Auf der anderen Seite denken die italienischen Revisionisten, die näher an der Regierung sind als ihre westdeutschen Kumpane, keineswegs an einen Preisstopp. Solche Jungfernträume haben sie längst abgelegt: *"Wir lehnen aufgrund der gemachten schlechten Erfahrungen jeden Preisstopp ab." "Gerade hier ist leichter etwas kaputtzumachen als in Ordnung zu bringen."*

Man sieht, selbst die Versprechungen an die Arbeiter sind in Wirklichkeit Versprechen an die Kapitalisten, und das wird den Kapitalisten auch zu verstehen gegeben.

Dennoch sind natürlich die Kapitalisten viel zu sehr Kapitalisten. Deshalb wissen sie, daß man mit dem Bau von Krankenhäusern und Schulen den Kapitalismus nicht kurieren kann. Ihre Sorgen sind nicht Schulen und Krankenhäuser, sondern die Profitproduktion, und gerade daran hapert es. Sie wissen auch, daß die Arbeiterklasse nicht so leicht hinters Licht geführt werden kann und daß die Entlarvung der revisionistischen Versprechen gerade zur Verschärfung des Klassenkampfes führen wird und zur Verringerung des Einflusses der Revisionisten, die den Klassenkampf jetzt noch fesseln können. Aus all diesen Gründen und aus dem natürlichen Klasseninstinkt, beim Kauf einer Ware mit Beschiß zu rechnen, weigern sich deshalb die Kapitalisten bisher, auf den "historischen Kompromiß" vollständig einzugehen, den die KPI vorschlägt. Noch lassen sie die KPI nicht an die Regierung. Lassen sie die KPI jedoch eines Tages an die Regierung, dann nicht in dem Glauben, die KPI könne die Krise des Kapitalismus überwinden, sondern in der Hoffnung, eine solche Regierung könne das Zwischenspiel für eine faschistische Lösung sein. Sie setzen darauf, daß eine solche Regierung die Kleinbürger in ihre Arme treiben wird und daß dann der chilenische Weg, die offene und brutale Unterdrückung der Arbeiterklasse, gangbar sein wird. Gegenwärtig ist dieser Weg ausgeschlossen. Nehmen die Bourgeois die KPI in die Regierung, dann wollen sie diesen Weg gangbar machen. Die Kapitalisten glauben nicht an Wunder wie die Klassenversöhnung. Um so weniger hat die Arbeiterklasse Grund, solchen Illusionen nachzuhängen.

J.S.

Restauration des Kapitalismus in Jugoslawien

Jugoslawien: Korruption und Wirtschaftskriminalität können nur durch den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie gestoppt werden

Vor ungefähr 25 Jahren begann die in Jugoslawien herrschende Tito-Clique zielstrebig mit der Restauration des Kapitalismus und dem Ausverkauf des Landes an den Imperialismus. Im Jahre 1950 wurde begonnen, das Außenhandelsmonopol des Staats abzuschaffen, ohne das eine sozialistische Wirtschaftsordnung nicht gegen die Einflüsse des im Weltmaßstab herrschenden Kapitalismus verteidigt werden kann. 1953 wurde den Betrieben erlaubt, sich unabhängig im Außenhandel zu betätigen und mit monopolkapitalistischen Unternehmen direkt Geschäfte abzuschließen. 1961 wurden die Beschränkungen im Import und Export weiter gelockert.

Auf Grundlage der sogenannten Arbeiterselbstverwaltung, das heißt eines Systems selbständiger Unternehmen, die nach dem Profitprinzip untereinander Konkurrenz treiben und unter der Fuchtel selbstherrlicher Direktoren die Belegschaften ausbeuten, entwickelte sich Jugoslawien zu einem Paradies aller kapitalistischen Verbrechen. Schon zu Beginn der sechziger Jahre wurde die Tito-Clique dieser Entwicklung, die sie selbst herbeigeführt hatte, nicht mehr Herr. Ist der Kapitalismus restauriert, dann herrscht gesellschaftliche Anarchie und eine Kontrolle dieser Anarchie ist nicht möglich. Erst recht nicht durch einen bürgerlichen Staatsapparat, der selber die Restauration des Kapitalismus vorangetrieben hat.

Für die Arbeiterklasse bedeutet diese Entwicklung Ausbeutung und Elend. Die wachsende Arbeitslosigkeit trieb Hunderttausende von jugoslawischen Arbeitern ins Ausland, um sich dort direkt den ausländischen Kapitalisten zu verdingen. In Jugoslawien selber wurden die Klassendifferenzen immer schroffer. So stellte das Zentralkomitee des Bundes der Kommunisten bereits 1958 in einem Offenen Brief an seine Organisationen und führenden Funktionäre aller Ebenen fest: *"In manchen Betrieben ist die Summe der Prämien, die an die leitenden Funktionäre verteilt wird, genauso groß wie die dem ganzen Kollektiv zur Verfügung stehende Lohnsumme."* Zu der Ausbeutung in der Fabrik kam die Ausplünderung auf dem Warenmarkt hinzu. Die Inflation nahm ständig zu.

Unter solchen Umständen wächst auch die Empörung der Arbeiterklasse und des Volkes. 1968 kam es zu ausgedehnten Streiks und Arbeiterunruhen. Auf die Empörung der Arbeiterklasse und des Volkes reagieren die bürgerlichen Machthaber mit Versuchen, "Auswüchse" des Kapitalismus zu beschneiden und die Grundlage dieser Auswüchse, den Kapitalismus selber, zu verteidigen. Seit drei Jahren führt die Tito-Clique einen Kampf gegen "Deformationen des Liberalismus". Mit wenig Erfolg, wie aus einem Bericht in der "Süddeutschen Zeitung" hervorgeht, der sich auf jugoslawische Quellen stützt. Einige Beispiele:

"Da wanderte eine ausgediente Schiffsturbine, die für 160 000 Dinar in Zagreb als 'altes Eisen' erstanden worden war, in haarsträubenden Transaktionen durch das Spinnennetz innerjugoslawischer Tarnfirmen, um schließlich den stattlichen Wert von 21 Millionen Dinar zu erreichen. Da kauften Belgrader Außenhandelsdirektoren bei westeuropäischen Firmen befreundeter Emigranten (die als Dank dafür wahrscheinlich hohe Provisionen auf Schweizer Bankkonten überwiesen haben dürften) Waren von teilweise schlechtester Qualität zu horrenden Preisen ein und wußten diesen Ramsch in Jugoslawien auch noch zu versilbern. Über finanzielle Engpässe halfen ihnen ebenfalls befreundete Bankfilialen hinweg." (Süddeutsche Zeitung, 11.7.1975)

Nach offiziellen jugoslawischen Angaben haben mit solchen Methoden allein die beiden Außenhandelsunternehmen Unibet und Tehnomaterijal den Staat um 270 Millionen Dinar geprellt. Damit kann natürlich die den Staatsapparat beherrschende Tito-Clique nicht einverstanden sein, denn solche Prellereien gehen zu Lasten der Teile der Bourgeoisie, die ihr bürgerliches Einkommen aus dem Staatsapparat ziehen. Deshalb kommt es immer wieder zu Prozessen und zu Untersuchungen. Herauskommt dabei nicht viel, weil die neue Bourgeoisie im Staatsapparat, die Partei und die Privatkapitalisten reinen Wassers eng miteinander versippt sind.

So jammert die politische Zeitschrift "NIN": *"Schuldig sind nicht nur diejenigen, die an kriminellen Dingen mitgewirkt haben, sondern auch die, die davon gewußt und geschwiegen haben."* Das sind aber offensichtlich viele und vor allem auch solche, die viel zu sagen haben und denen deshalb nicht viel passieren kann. Das zeigt der Fall der Fluggesellschaft JAT: *"Die Untersuchungsaktion des im Februar an die Spitze dieses größten Balkan-Flugunternehmens getretenen Luftwaffengenerals Radisavljevic förderte jetzt nämlich einen ganzen Pfuhl von Verschwendung, Fehlplanungen, Betrügereien, fachlicher Unfähigkeit und Vetternwirtschaft zu Tage: Statt einen Verlust von 160 Millionen Dinar auszuweisen, war die Jahresbilanz zum Beispiel auf Gewinn frisiert worden* (dies sind die Früchte des auf Profit basierenden Prämiensystems, J.S.), *die Spesen für Dienstreisen und Repräsentation übertrafen jeden Vergleichsmaßstab, Freunde und Familienangehörige erhielten Freiflugkarten (52 000 in einem Jahr), und überhaupt galt ein Drittel der 5 200 Angestellten untereinander als verschwistert, verschwägert oder sonstwie verwandt. Selbst arbeitslose Sänger und Schauspieler fanden bei JAT Unterschlupf. Der gerngebrauchte Hinweis auf die Folgen der 'liberalistischen Epoche' hilft bei der Erklärung dieser Pleite nur bedingt weiter. Denn, wie die Zeitung 'Nowosti' berichtet, hatte gerade die Kaderkommission der Partei bei der Besetzung der kritischen Positionen entscheidend mitgewirkt."* (Süddeutsche Zeitung, 11.7.)

Natürlich hilft der Hinweis auf die Folgen der "l iberalistischen Epoche" nicht weiter, denn durch ein paar Prozesse und Untersuchungen ändert sich weder etwas am Charakter des bürgerlichen Staatsapparates noch an der durch ihn geförderten kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Und von dieser Wirtschaftsordnung hängt die herrschende Clique ab. Deshalb dürfen auch die Untersuchungen und die Prozesse nie zu weit gehen. Sie sollen das Volk beruhigen, der herrschenden Clique jedoch ihre Ruhe lassen. Die "Borba", das Organ dieser herrschenden Clique, versichert denn auch:

"Es gibt keine Hexenjagd auf Direktoren!" Den Kumpanen wird versichert, daß bloß kleine Fische gefangen werden: *"Derzeit säßen wegen Wirtschaftsvergehen 80 Personen in Untersuchungshaft. In keinem Fall handle es sich hingegen 'um einen Direktor bekannter Belgrader Unternehmen'."* (Süddeutsche Zeitung, 11.7.) Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus, dieses Sprichwort gilt in jedem kapitalistischen Land. Dort herrschen die 'Krähen'!

Natürlich versucht die bürgerliche Presse in Westdeutschland, wenn sie genüßlich über die Schandtaten der herrschenden Clique in Jugoslawien berichtet, den Sozialismus in Mißkredit zu bringen. Die Schandtaten, die sie schildern, sind jedoch bürgerliche Schandtaten. Sie beweisen nichts gegen den Sozialismus, sie beweisen nur, daß von Sozialismus keine Rede sein kann, wenn die Arbeiterklasse nicht herrscht und das Land mit eisernem Besen von allen kapitalistischen Elementen säubert. Sie beweisen, daß die Diktatur des Proletariats die politische Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus ist und alles andere zur Restauration des Kapitalismus führt.

Gerade diese These hat die Kommunistische Partei Chinas in der Polemik mit den modernen Revisionisten kompromißlos vertreten und in der Praxis des sozialistischen Aufbaus in China in die Tat umgesetzt. Die sowjetischen Revisionisten dagegen haben damit begonnen, sich mit dem "jugoslawischen Modell des Sozialismus" auszusöhnen und sind fortgeschritten zur Wiederherstellung der Herrschaft der Bourgeoisie im eigenen Land. Schon lange sind sie ebenfalls bei der Restauration des Kapitalismus gelandet. Eines aber haben sie inzwischen Jugoslawien voraus: Während dort die revisionistische Führung das Land in eine Halbkolonie des ausländischen Kapitals und des Imperialismus verwandelte, hat die sowjetische revisionistische Führung die große Sozialistische Sowjetunion in einen sozialimperialistischen Staat umgewandelt, gegen dessen Pressionen sich Jugoslawien heute mit Händen und Füßen wehren muß.

Die internationale Arbeiterklasse wird aus dem Beispiel Jugoslawiens und der Sowjetunion Lehren aus negativem Beispiel ziehen. Die Arbeiter und Bauern Chinas haben dies bereits getan. Damit haben sie gleichzeitig verhindert, daß die Bourgeoisie mit ihren Hinweisen auf Jugoslawien und die Sowjetunion den Sozialismus in den Dreck ziehen kann. Diese Beispiele sprechen gegen den Kapitalismus und den Imperialismus und für die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats als unerläßlicher Übergangsperiode zum Kommunismus.

–J.S.–

Frankfurt: Gegen Fahrpreiserhöhungen und Knüppelpolitik

Frankfurt. Hat sich der Frankfurter Magistrat den Weg zur Fahrpreiserhöhung freigeknüppelt? So stand die Frage, nachdem am 12. Juli die Polizei die Durchführung von Protestaktionen durch Demonstrationsverbote, rücksichtlose Schlägereien mit Holzknüppeln und "Chemical-Mace"-Gaspistolen-Einsätzen unterdrückt hatte.

Und schon wird eine erneute Fahrpreiserhöhung zu Beginn des nächsten Jahres, eine Gastariferhöhung ab 1. Okotber und eine Heraufsetzung der Strompreise vorbereitet.

Dafür durften diese Herren keinen Freifahrschein bekommen. Die Ortsgruppe des KBW trat für eine erneute Demonstration am 4. August ein – einem Tag nach Inkrafttreten der letzten Tariferhöhung. Eine Aktionseinheit, getragen von den Schriftstellern Jürgen Roth, G. Zwerenz und dem Gewerkschaftsjournalisten Heinz Brandt, die zusammen wegen der "Chemical-Mace"-Einsätze Anzeige gegen Polizeipräsident Müller erhoben hatten, dem Verein der Arbeiter aus der Türkei e.V., einem wegen Beteiligung am Fahrpreiskampf gekündigtem Kollegen von Hartmann & Braun, einem ÖTV-Vertrauensmann namens seiner Betriebsgruppe, einem Mitglied der Schülervertretung der Werner von Siemens-Berufsschule sowie dem KBW, der Sozialistischen Arbeitergruppe und dem Spartacusbund trat für die Protestaktion "Gegen Fahrpreiserhöhungen und Knüppelpolitik" ein.

Am Freitag wurde die Demonstration verboten. Namentlich gegen den KBW sollte damit zumindest in Sachen Tariferhöhungen ein generelles Demonstrationsverbot ausgesprochen werden. Ein botmäßiger Richter ließ sich auch schnell finden, der die Anfechtung der Verfügung vom Tisch wischte. In einer öffentlich auf dem Kundgebungsplatz durchgeführten Pressekonferenz gaben daraufhin Vertreter der Aktionseinheit eine gemeinsame Erklärung ab, in der es u.a. heißt:

"Die anhaltenden Proteste gegen die Fahrpreiserhöhungen sind eine objektive Tatsache, genau wie die rapide Verschlechterung der Lebensverhältnisse für eine große Masse Lohnabhängiger. Sie sind notwendig und gerecht, genau wie die zahlreichen anderen Proteste, die sich in Frankfurt gegen Wohnraumzerstörung und die Zerstörung der Stadt, gegen unerträgliche Verhältnisse für Kinder und Jugendliche, gegen die Verrottung des Schul-, Gesundheits- oder Verkehrswesens bei gleichzeitig wachsender Ausplünderung durch Steuern, Gebühren und Tarife erhoben haben. Wie schon in früheren Fällen wollen Magistrat und Landesregierung diese Tatsachen unterdrücken, indem sie mit Demonstrationsverboten und Polizeiüberfällen, speziell den berüchtigten Ausfällen ziviler Beamter mit "Chemical Mace" und anderen Mitteln, fortlaufend versuchen, undurchsichtige Auseinandersetzungen anzuzetteln. Das wird nicht weit führen.

Es ist klar, daß am Montag viele Menschen ihren Protest äußern wollen, nachdem sie erstmals die volle Erhöhung zahlen mußten. Wir haben sie aufgerufen, dies zu tun, und erklären, daß wir – Arbeiter, Angestellte, Gewerkschafter, Schüler, Schriftsteller und Vertreter politischer Organisationen – persönlich zum angegebenen Zeitpunkt am Kundgebungsort anwesend sein werden, um auf unserem Recht zu bestehen, zu den von uns Aufgerufenen zu sprechen.

Wir fordern die Rücknahme des unrechtmäßigen Verbots, die sofortige Beendigung der andauernden Polizeiübergriffe in Frankfurt und die Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen."

Am 4. August riegelten starke Polizeikräfte den Demonstrationstreffpunkt ab. Bereits frühzeitig wurden die ersten Protestteilnehmer vom Platz gedrängt und dabei der Genosse Gerd Koenen und später noch sechs andere verhaftet. Daraufhin versammelten sich rund 400 auf der Hauptwache, obwohl die Polizei nur zugestehen wollte, daß der Anmelder Jürgen Roth kurz zum Verbot Stellung nehmen konnte, wurde eine Kundgebung der Aktionseinheit durchgeführt. Die Polizei wagte nicht, die Versammelten auseinanderzutreiben.

Alle Redner hoben unter Beifall hervor, daß der Widerstand gegen die Ausplünderungspolitik des Magistrats nicht gebrochen sei. Zwar sei es dem Staatsapparat, gestützt auf den Polizeiknüppel, diesmal noch gelungen, seine Entscheidung durchzusetzen, aber er habe Federn gelassen. Seine Politik kaufe ihm keiner mehr als "sozial" ab. Seine Polizeiaktionen stoßen mehr und mehr auf offene Kritik und Ablehnung bis in die Reihen liberaler Kreise. Wenn sich Oberbrügermeister Arndt in einem Brief an alle Tageszeitungen hinter seinen Polizeipräsidenten stellt und ihn als "Mann der Partei" bezeichnet, dann wird nur umso deutlicher, wer der politisch Verantwortliche ist. Der Schülervertreter der Berufsschule hob auf der Kundgebung hervor, daß gerade auch die Arbeiterjugend in ihrem Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und gegen die Zustände im Schulwesen gelernt habe, daß Bitten und Betteln nichts nutzt, sondern daß die arbeitenden Menschen sich auf ihre eigene Kraft verlassen müssen.

–W.R., OG Frankfurt–



In ganz Bremen verkünden jetzt SPD-Wahlplakate, was diese Partei wirklich tut und vorhat.

Vor den Bürgerschaftswahlen in Bremen:

Erneute Mieterhöhungen für 40 000 Sozialmieter

Bremen. Auf Beschluß des Bremer Senats sollen die Mieten in Sozialbauwohnungen zum 1. April 1976 um 30 bis 40 DM pro Wohnung steigen. Das betrifft ca. 40 000 Werktätige.

Die Erhöhung wird vorgenommen auf Grundlage des 1973 von der Bundesregierung beschlossenen Wohnungsbindungsgesetzes, das den öffentlichen Kreditgebern ermöglicht, nachträglich die Zinsen für die Wohnungsbaukredite zu erhöhen.

Erst im Januar 1975 waren die Instandsetzungspauschalen von den Wohnungsbauunternehmen erhöht worden, was zu Mietsteigerungen bis zu 30 DM führte. 12 Millionen sollen so in die Kasse des Bremer Senats fließen.

Wie heißt es doch in dem Programm der SPD zu den Bürgerschaftswahlen: *"Wer den Boden einer gesicherten Haushalts- und Finanzpolitik nicht verlassen will, der wird bereit sein müssen, mit dem Mut auch zu unpopulären Entscheidungen vor die Bevölkerung unseres Landes zu treten. Dies gilt insbesondere für die in der nächsten Legislaturperiode unabwendbaren Mehrbelastungen unserer Bürger bei kommunalen Steuern, Gebühren und Tarifen."* Wohin das Geld dann weiterfließt, erfährt man etwas weiter unten. *"Für die Sicherung und Förderung des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft wollen wir in der kommenden Legislaturperiode zur Realisierung von Investitionen 700 Millionen DM Barmittel bereitstellen, und darüber hinaus 150 Millionen DM Aufträge erteilen."*

Die Ortsgruppe des KBW hat in verschiedenen Wohngebieten Unterschriften für einen Aufruf zu Mieterversammlungen gesammelt. Im Stadtteil Woltmershausen z. B. kamen in drei Tagen 70 Unterschriften dafür zusammen. Ein Kollege meinte: "Einmal muß Schluß sein! Wenn nötig, mache ich den Sprecher gegen die neuen Erhöhungen!" Auf dem Bahnhofplatz hörten 200 Menschen einer Rede des KBW-Bürgerschaftsabgeordneten Rolf Wenz zu und spendeten ihm Beifall, als er sich gegen die unverschämte Ausplünderung der Werktätigen wandte.

–D., Bremen–



Frankfurt: an der Hauptwache verliest Jürgen Roth die Erklärung der Aktionseinheit

Wyhl: Versammlung auf dem Bauplatz

Bundes- und Landesregierung in einer Front gegen die Kaiserstühler/ Öffentliche Beratung beschlossen

Das weitere Vorgehen muß öffentlich beschlossen werden. Am nächsten Wochenende muß es zu einer großen Kundgebung auf dem besetzten Bauplatz in Wyhl kommen, auf der die Kaiserstühler Bevölkerung das weitere Vorgehen festlegt. Das war der einstimmige Beschluß der Versammlung am letzten Samstag auf dem Bauplatz in Wyhl.

In den nächsten Wochen wird die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Mannheim erwartet. Bundes- und Landesregierung sind sich einig, daß der Bau von Kernkraftwerken notwendig ist, um die westdeutschen Monopole auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu halten und um den an Atomenergie beteiligten Monopolen den Einstieg in den Weltmarkt zu ermöglichen. Wyhl ist zum Prüfstein für die Durchsetzbarkeit dieses Programms geworden. Das wurde bei dem Besuch von Vertretern der baden-elsässischen Bürgerinitiativen bei Bundesforschungsminister Matthöfer Mitte Juli in Bonn erneut deutlich. Matthöfer betonte ausdrücklich, daß ein Zeitaufschub oder ein Stopp des Atomenergieprogramms von Seiten der Bundesregierung nicht in Frage käme. Im März kritisierte Matthöfer noch die baden-württembergische Landesregierung und betonte angesichts der Vorfälle in Wyhl, man dürfe erst mit dem Bau beginnen, wenn man die Mehrheit der Bevölkerung überzeugt habe. Jetzt betonte er, eine Regierung müsse sich im Einzelfall auch gegen den Willen eines Bevölkerungsteils durchsetzen können. Es dürfe nicht möglich sein, daß eine nicht durch Wahl legitimierte Gruppe durch gewaltsame Obstruktion jene Entscheidung verhindere, die in "gewählten Institutionen" getroffen worden sei. (Badische Zeitung, 24.7.)

Auf die Frage der Vertreter der Bürgerinitiativen an Matthöfer, ob die Bundesregierung in den kommenden Auseinandersetzungen den Bundesgrenzschutz einsetzen werde, antwortete Matthöfer: *"Mit den paar Kaiserstühlern wird die Bereitschaftspolizei noch alleine fertig."* Man kann also festhalten, die Landesregierung ist entschlossen, Wyhl zu bauen und wird von der Bundesregierung unterstützt.

Von Seiten der Bürgerinitiativen wurde die Entscheidung in den letzten Wochen vor allem in den Verhandlungen mit Landesregierung, Bundesministern und sonstigen bürgerlichen Politikern gesucht. Mit welchem Ergebnis?

Wo steht die Kaiserstühler Bevölkerung im Kampf gegen das Kernkraftwerk?

Die Landesregierung wiederholte ihre Aufforderung, zunächst müsse der Bauplatz geräumt werden, dann sei man bereit, über Weiteres zu reden. Die Bürgerinitiativen erklärten am 3. Juli, daß sie bereit seien, die Besetzung abzubrechen, wenn keine Bauarbeiten oder Einzäunung stattfinde, wenn "unabhängige Gutachter umfassend bewiesen haben, daß ein Kernkraftwerk in Wyhl weder Leben und Gesundheit gefährdet noch Landwirtschaft und Klima beeinträchtigen. Für die Auswahl der Gutachter bedarf es der Übereinstimmung der Parteien. ..." Weiterhin wird die Einstellung aller Strafverfahren gefordert. Die Bürgerinitiativen "werden überdies bei einer solchen Einigung – zum Beweis ihres Entgegenkommens sogar abweichend von ihrer Resolution vom 2. März 1975 – prüfen, ob sie sich bereits dem Urteil des Verwaltungsgerichts (der ersten Instanz) unterwerfen".

Dieses Vorgehen der Bürgerinitiativen hat unter der Kaiserstühler Bevölkerung einige Verunsicherung hervorgerufen. Das wichtigste Faustpfand, der besetzte Bauplatz, soll aus der Hand gegeben werden und die Entscheidung soll durch das Gericht erfolgen, worauf die Kaiserstühler keinen Einfluß haben. Um aber die Entscheidung der Bevölkerung, daß das Kernkraftwerk in Wyhl nicht gebaut wird, durchsetzen zu können, ist es nötig, daß sie selber die Initiative in der Hand behält und keinen Fußbreit gewonnenen Bodens preisgibt. Gerade deshalb stößt das jetzige Vorgehen der Bürgerinitiativen auf zunehmende Kritik. Auf der letzten Platzversammlung wurde gefordert, daß die Bürgerinitiativen ihr Vorgehen öffentlich zur Diskussion stellen. Auf der für Sonntag, 15 Uhr, beschlossenen Kundgebung soll über das bisherige Vorgehen diskutiert und die weiteren Schritte festgelegt werden.

M., OG Freiburg–

Gegen Fahrpreiserhöhungen

Stuttgart. Am 1. August 1975 führte die Ortsgruppe des KBW in Stuttgart in der Innenstadt mehrere kleine Kundgebungen gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der Stuttgarter Straßenbahn durch. Dabei wurden über 700 Unterschriften gegen die Verteuerung der Tarife gesammelt und 50 KVZ verkauft.

Mannheim. Auf einer KBW-Veranstaltung am vergangenen Freitag beschlossen 200 Menschen einstimmig, den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen weiterzuführen. Sie wollen am 1. September, wenn die Erhöhung in Kraft treten soll, auf die Straße gehen und am 9. September, bei der nächsten Stadtratssitzung, eine Demonstration durchführen.

Paderborn. Gegen die Erhöhung der Fahrpreise um 10 bis 15 % hat die Ortsgruppe Paderborn am letzten Donnerstag vor den Haltestellen eine Kundgebung durchgeführt.

Belm. 100 Menschen kamen in Belm bei Osnabrück zu einer Bürgerversammlung gegen die Fahrpreiserhöhungen, zu der mehrere Belmer Bürger und der KBW eingeladen hatten.

„Abschaffung des Paragraphen 218 - eine Forderung, die zu Recht Popularität genießt"

Protest gegen Caritas wegen Entlassung einer Kindergärtnerin in Leverkusen

Leverkusen. Weil sie sich öffentlich für die ersatzlose Streichung des § 218 eingesetzt hatte, wurde die Erzieherin Anne Pestemer aus dem Kindergarten Opladen-Fixheide, Schlebuscher Straße der Kinderstube Schlangenhecke von der Caritas gekündigt.

Mit dieser Entlassung ist der katholische Caritasverband nicht ungeschoren davongekommen. Die Bevölkerung im Viertel, die auf den Kindergarten angewiesen ist, hat sich zur Wehr gesetzt und in der Stadt hat die Entlassung Protest ausgelöst.

Am 3. Juli hatte der Caritas-Direktor Frau Pestemer ein Schreiben geschickt, in dem es ohne weiteres hieß: *"Wie ich Ihnen schon am 27.6.75 ... mitteilte, endet Ihre Probezeit am 31.7.75. Eine Umwandlung des Probearbeitsverhältnisses in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis kann nicht erfolgen."*

In einem Gespräch wurde ihr dann erklärt, daß eine Erzieherin, die sich öffentlich gegen den § 218 einsetzt, nicht mit den Richtlinien des Caritasverbandes übereinstimme und deshalb für eine Arbeit in einer Einrichtung der Caritas nicht geeignet sei.

Die Begründung der Entlassung empfanden die Eltern der Kinder, die Frau Pestemer seit elf Monaten betreut hat, als Zumutung. Sie waren mit der Arbeit der Erzieherin in ihrem Viertel zufrieden und sahen überhaupt keinen Widerspruch darin, daß eine Frau, die versucht, den Kindern von armen Leuten zu helfen, sich auch dafür einsetzt, daß der Staat niemanden bestrafen darf, wenn er abtreibt, weil er nicht weiß, wie er dem Kind eine erträgliche Existenz möglich machen soll. Für die Menschen aus dem Viertel, darunter viele kinderreiche Arbeiterfamilien mit winzigen Wohnungen ist dieser Paragraf nichts anderes als eine üble Schikane.

37 Menschen, vor allem Eltern aus der Schlebuscher Straße und der Umgebung, unterzeichneten sofort eine Resolution: "Wir, die Unterzeichnenden, fordern, daß Anne Pestemer vom Caritasverband einen Anstellungsvertrag enthält, ohne die Auflage, ihre politische Überzeugung in irgendeiner Weise z. B. § 218 einzuschränken. Wir meinen, daß Anne Pestemer sich als Fachkraft und Kollegin sehr gut bewährt hat."

Für eine Stellungnahme meinte Direktor Pilgram habe er keine Zeit, er kam nicht, um sich den Fragen der Unterzeichner zu stellen.

Im Gegenzug ließ Pilgram Anne Pestemer sofort beurlauben und kündigte an, er werde die Mitarbeiter der Caritas *"auf Vordermann bringen"* und in *"Gesprächen deren christliche Einstellung und Billigung der Richtlinien der Caritas überprüfen"*.

Er hatte sich aber verrechnet, wenn er dachte, daß damit Ruhe sei.

In den örtlichen Zeitungen erschienen Leserbriefe wie der folgende: **Leser meint: Heuchler haben's leichter.**

"Da las ich doch, den Leverkusener Anzeiger vom 15.7. aufschlagend, mit recht entsetzten Augen, daß der Caritas-Verband, die Keule christlicher Gerechtigkeit schwingend, nun offenbar dazu ansetzt, die unter seiner Schirmherrschaft stehenden Kindergärten freizufegen von jenem teuflischen Gesindel, das von Moral eine etwas andere Auffassung hat als die Hohepriester der katholischen Kirche.

Gemeint ist jene Anne Pestemer, die nun ihre Stelle als Kindergärtnerin verlieren soll, weil sie zum einen gewisse Sympathien für gewisse sozialistische Ideen hegt (wie schrecklich!) und weil sie zum anderen offen für die Abschaffung des Paragraphen 218 eintritt – eine Forderung, die in unserem Lande durchaus gewisse Popularität genießt (zu Recht). Auf jeden Fall ist diese Forderung aber diskussionswürdig und auch Christen – auch der Caritas-Verband – sollten sie offen untereinander diskutieren, weil es halt auch Christen (auch Katholiken) gibt, die eine Abschaffung dieses Paragraphen befürworten; aber offene Diskussion, sprich Meinungsvielfalt, sprich Demokratie, scheint an den Toren des Caritas-Verbandes recht schnell ihre Grenzen zu finden ...

Frau Pestemer hätte ihre Stelle sicherlich behalten, wenn sie ihre Überzeugung im Herzen getragen und nach außen die brave und folgsame Katholikin gespielt hätte. Tja, Heuchler haben's leichter – auch unter Christen. Drum: macht unsere Erzieher zu Heuchlern, damit unsere Kinder es ihnen eines Tages nachtun! ...

Siegfried Kreibe Leverkusen, Warnowstr.3"

Die Lokalpresse witterte den Unmut im Volk, der Kommentator des "Kölner Stadtanzeigers" Alfred Nasarke erklärte den Fall Pestemer zum Prüfstein dafür, ob der *"Caritasverband geeignet ist, die Intentionen der Stadt in einer so diffizilen, in einer so verdienstvoll angepackten Einrichtung wie der Spielstube Schlebuscher Str. zu verwirklichen"* und gab der Stadt auf, zu überlegen, ob sie ihren Vertrag mit der Caritas kündigen solle.

Unter dem Titel: "Liberale Stadt und katholische Moral" schrieb Nasarke: *"Darf denn auch gefragt werden, warum der Caritasverband die junge Frau, die nicht erst seit ein paar Tagen einen linken Namen hat, überhaupt in seinen Dienst genommen hat? Links kann man vielleicht sein – aber beim Paragraph 218 hört dann alles auf."*

Der Vorstand der DKP Leverkusens schickte eine Presseerklärung an den Kölner Stadtanzeiger, in der es unter anderem heißt:

"Der Vorstand der Deutschen Kommunistischen Partei Leverkusens hat mit Empörung von der Nichteinstellung Frau Anne Pestemers als Kindergärtnerin Kenntnis genommen.

Die DKP fordert die sofortige Übernahme der Gemaßregelten in den Kindergartendienst ...

Es ist ein Unding, daß der Staat klerikalen Organisationen durch das Steuergeld der Bürger die Möglichkeit gibt, ihre mittelalterlichen Moralvorstellungen unseren Kindern zu vermitteln und darüber hinaus Andersdenkende mit existenzgefährdenden Berufsverboten zu belegen.

Der Caritasverband betätigt sich als Teufelsaustreiber, obwohl die große Masse der Bevölkerung, auch Christen, die Knebelung der Frau durch diesen unmenschlichen Paragraphen ablehnt ...

Günther Beyer"

Für die Jungsozialisten im SPD-Unterbezirk Leverkusen schrieb der Vorsitzende Joachim Pentzlin an den "Kölner Stadtanzeiger"

"... Die Jungsozialisten in Leverkusen wenden sich dagegen, daß in Leverkusen nunmehr schon im Bereich der Kinderstubenarbeit eine Art Extremistenerlaß praktiziert wird. Sie fordern von der Stadt Leverkusen nach diesem Vorfall zu überprüfen, ob die Trägerschaft für die Kinderstube des sozialen Brennpunktes Schlangenhecke dem Caritasverband übertragen bleiben kann. ...

Nur die "Rheinische Post" sprang dem Caritasverband bei und hetzte gegen die Erzieherin: *"Verwechselt hat offenbar ein KP-Pädagogik-Grüppchen Erziehung mit Propaganda"*. Von der Siedlungszeitung "Die Lupe" wird gesagt, sie lehne sich in ihrem Obertitel "Unsere Zeitung" an das DKP-Organ an. Die "Lupe"-Redaktion protestierte sofort.

Der Caritasverband war in die Schußlinie geraten. Über 80 % der Gelder für den Kindergarten kriegt er aus Steuergeldern dafür, daß er in dem Kindergarten das Sagen hat. Das gefällt vielen Menschen in der Stadt nicht, die kein Interesse daran haben, die reaktionäre Ideologie des Katholizismus zu fördern.

Der Caritasverband war gezwungen, eine Kehrtwendung zu machen. Am Montag Abend, dem 21.7., folgt Caritasdirektor Pilgram der Einladung zu einer Elternversammlung in der Spielstube. Der Raum ist überfüllt. Die Eltern bringen erneut eine Resolution mit, in der die Übernahme der Erzieherin gefordert wird. Sie fragen immer wieder, was denn der Direktor gegen die Arbeit der Erzieherin mit den Kindern einzuwenden habe.

Darauf läßt sich Pilgram nicht ein. Zu der Resolution sagt er nur, er nehme sie zur Kenntnis und werde sie dem Caritas-Vorstand vorlegen. Es stehe aber fest, daß Anne Pestemer nicht eingestellt werde. Die Caritas könne jemanden in ihren Reihen nicht dulden, der gegen die Kirche und den § 218 auftrete.

Im Gegenzug stellt er den Eltern die Vertrauensfrage für die langjährige Leiterin des Kindergartens.

Für Anne Pestemer stellt er diese Frage nicht. Er stellt die Eltern vor die Alternative: entweder Anne Pestemer oder die Caritas mit ihrer langjährigen Leiterin. "Das ist glatte Erpressung!", halten ihm einige Eltern entgegen. Die Leiterin des Kindergartens droht, entgegen früheren



Das Bild zeigt die Erzieherin Anne Pestemer mit Kindern in der Kinderstube Schlangenhecke

Äußerungen, sie werde nicht bleiben, wenn Anne Pestemer nicht gehe.

Sie hat die Broschüre "Was wollen die Kommunisten?" mitgebracht und will daraus zitieren, sie will nachweisen, daß Anne Pestemer die Kinder nur zu Haß und Gewalt erziehen wolle. Die Eltern lassen das nicht zu. Es kommt zu keiner Einigung.

Am Mittwoch steht in der "Rheinischen Post", die Eltern hätten dem Caritasverband *"volles Vertrauen bekundet"*. *"Die Elternschaft ... möchte die Arbeit der Caritas nicht missen."* Das ist eine glatte Lüge. Einer der Eltern meinte gegenüber der Ortsredaktion der KVZ unter anderem:

"Die zwei Begründungen lauten: sie sei in der Öffentlichkeit gegen den § 218 aufgetreten und sie würde in der Opladener Innenstadt-Fußgängerzone kommunistische Propaganda machen. Diese Tätigkeiten seien mit den Richtlinien der Caritas, die eine 'christliche Einstellung' verlangen, nicht vereinbar.

Diese ganze Angelegenheit ist eine große Schweinerei, daß Frau Pestemer deswegen aus der Spielstube ausgeschlossen werden soll, weil sie in Opladen kommunistische Propaganda gemacht hat und gegen den § 218 aufgetreten ist. Dies ist bekannt, aber sie hat bei den Kindern doch nichts verbreitet, was zu ihrer Meinung verpflichtet. Jeder Mensch hat doch in der BRD seine freie Meinung, und was sie dann außerhalb des Kindergartens macht, das ist ihre Sache. In meinen Augen fürchtet der Caritasdirektor mehr um den Ruf der Caritas als zu fragen, was die Kinder und Eltern von der Erzieherin halten. Zudem finanziert die Stadt zu gut 80 % den Kindergarten."

"Unserer Meinung nach sind wir reingelegt worden. Die Taktik des Caritasdirektors war, daß er auf die Frage, ob Anne Pestemer eine gute Erzieherin ist, immer ausgewichen ist. In unseren Augen hat sich der Herr Pilgram über den Elternwillen hinweggesetzt. Er hat sich benommen wie ein kleiner Diktator. Er hat versucht, nur bestimmten Leuten das Wort zu erteilen. Es sah aus wie ein abgekartetes Spiel. Er wollte die Caritas ausspielen gegen die Erzieherin Anne Pestemer. Und er hat die Vertrauensfrage, die er an die Eltern für die Leiterin gestellt hat, bewußt für Frau Pestemer nicht gestellt. Letztlich spitzt er die Sache darauf zu, die Eltern können meinen, was sie wollen, der Vorstand der Caritas entscheidet und die Eltern, die für Anne Pestemer eine Unterschriftensammlung unterschrieben haben, werden benachrichtigt. ..."

Ein Teil der Eltern ist durch die Vorgänge erstmal entmutigt, aber einige geben sich mit diesem Ergebnis nicht zufrieden. Sie sammeln Unterschriften und erklären öffentlich, daß sie auf der Weiterbeschäftigung von Anne Pestemer bestehen. Sollte Anne Pestemer gehen müssen, wollen sie ihre Kinder nicht länger schicken. Es sei ein Unding, der Erzieherin aus ihren politischen Vorstellungen einen Vorwurf zu machen. In der Elternversammlung habe sich der Caritasdirektor über den Elternwillen hinweggesetzt. In einer öffentlichen Stellungnahme der Eltern heißt es, der Kindergarten sei unverzichtbar, die Stadt solle mit dem ganzen Personal die Spielstube übernehmen und den Caritasverband als Träger entlassen. Oberbürgermeister Dopatka, mit dem die Eltern gesprochen haben, hat zugesagt, daß die SPD-Fraktion den Fall im Rathaus behandeln wolle.

Erneut erscheinen Leserbriefe im "Kölner Stadtanzeiger" für Anne Pestemer.

Das Komitee gegen den § 218 will eine Podiumsveranstaltung organisieren mit dem Thema "Die Kirche und der § 218 und der Vorfall im Caritaskindergarten".

Nach den Ferien soll eine neue Elternversammlung vorbereitet werden, um den Willen der Eltern doch noch zur Geltung zu bringen.

Red. nach Ortsbeilagen

Gegen den Paragraf 218

Westberlin. Am 31.7.75 wurde auf der Sitzung des ÖTV-Betriebsgruppenvorstandes im Klinikum Steglitz der Freien Universität der Kampf gegen den § 218 beraten. Es wurden einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der ÖTV-Betriebsgruppenvorstand schließt sich der Resolution der IGM-Vertreterversammlung Darmstadt vom 21.6. (siehe KVZ Nr. 25) an und fordert den DGB und die ÖTV Westberlin auf, eine Veranstaltung zum Kampf gegen den § 218 durchzuführen.
2. Die Betriebsgruppe unterstützt die Unterschriftensammlung der Komitees.
3. Im Haus wird eine gewerkschaftliche Arbeitsgruppe zur Durchführung von Aktivitäten gegen den § 218 gebildet. Es wird eine gewerkschaftliche Veranstaltung im Klinikum zum Kampf gegen den § 218 durchgeführt.
4. In der Hauszeitung "Klinikum-Information" schreibt die Betriebsgruppe einen Artikel zum § 218.

–Zelle Klinikum Steglitz–

Frankfurt/Main. Am 24.7. hat die ÖTV-Betriebsgruppe des Bürgerhospitals mehrheitlich beschlossen: Die Betriebsgruppe tritt dafür ein, daß der § 218 ersatzlos gestrichen wird. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts entspricht nicht dem Willen des Volkes. Wir treten dafür ein, daß das Volk selbst entscheidet, und für einen Volksentscheid gegen den § 218. Der DGB-Frauenausschuß wird aufgefordert, eine Veranstaltung über den § 218 und für seine Streichung durchzuführen. Dieser Beschluß ist zugleich ein Antrag für die Delegierte zur Personengruppe Frauen und für den Delegierten Hauptabteilung Gesundheitswesen.

Hannover. Die Jugendvertretung von VAW-Leichtmetall hat am 11.7.1975 eine Resolution verabschiedet, in der die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert wird und daß das Volk selbst über den § 218 entscheidet. In der Resolution ruft die Jugendvertretung dazu auf, diesen Forderungen durch Unterschriften Nachdruck zu verleihen.

Wilhelmshaven. Der Personalrat am Reinhard-Nieter-Krankenhaus hat sich mehrheitlich gegen den § 218 ausgesprochen.

Wilhelmshaven. In der Justizvollzugsanstalt am Ölhafen-Damm wurden Unterschriften für die Forderungen der Komitees gegen den § 218 gesammelt. 49 der zirka 85 Häftlinge haben unterschrieben.

Herne. In mehreren Schulklassen hat die Mehrheit der Schüler die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterschrieben. So an der Fachoberschule die Klasse 10 Wirtschaft (alle), am Otto-Hahn-Gymnasium die Klasse 9, am Harannigymnasium die Klasse 12 fa.

Bergneustadt. Ich arbeite in den Ferien bei der Firma GIZEH. In der ersten Woche habe ich über 40 Unterschriften für die Forderungen der Komitees gesammelt. In der 'Spritzerei', wo ich arbeite, haben von 14 Kollegen 12 unterschrieben; im 'Versand' von 8 Kollegen 6; in der 'Schlosserei' von 8 Kollegen 7. In anderen Abteilungen geht die Sammlung weiter oder muß angefangen werden.

–G., Bergneustadt–

Unterschriftensammlung auf dem Dorf

Als wir unser Wochenende in Kettenheim, einem Dorf bei Alzey, verbrachten, haben wir dort versucht, Unterschriften gegen den § 218 zu sammeln. Auch wir haben festgestellt, daß es dort unter der Bevölkerung viel Zustimmung für die Forderungen gibt. So haben zum Beispiel im Nachbardorf Freimersheim in einer Kneipe von 23 angesprochenen Gästen 14 unterschrieben.

Drei Bekannte von uns aus dem Dorf wollen an ihrem Arbeitsplatz (Supermarkt, Bau und Landmaschinenbetrieb) weiter Unterschriften sammeln. Und – unsere § 218-Plaketten waren wir gleich alle los.

–J.B., H.B., Oberhausen–

Agitation gegen Paragraph 218 in einer Kneipe

Braunschweig. Am Dienstag, dem 29.7.1975, führte der Kommunistische Studentenbund (KSB) Braunschweig zur Unterstützung des Braunschweiger § 218-Komitees eine Aktion zum § 218 in einer Kneipe der Braunschweiger Innenstadt durch.

Die Kneipe besteht aus drei Schankstuben, die um einen Innenhof gruppiert sind. Jetzt im Sommer halten sich jeden Abend einige Hundert Jugendliche (300 bis 400) dort auf.

Wir bauten im Innenhof einen langen Tisch auf, befestigten ein Transparent mit der Aufschrift "Weg mit dem § 218 – Das Volk soll selber entscheiden – Volksentscheid!" und stellten am Eingangstor zum Innenhof noch ein Stellschild mit dem Plakat der Komitees auf.

Sofort war überall der § 218 und die Aktionen dagegen Gesprächsthema Nummer eins. Als sich zehn KSB-Genossen im Innenhof verteilten, wurde in vielen Fällen in den zusammenstehenden Gruppen schon über § 218 diskutiert.

Auf diese Weise wurde eine breite Debatte geführt, deren Ergebnis an diesem Abend 176 Unterschriften, 70 verkaufte Aufkleber, 14 Komitee-Broschüren, 5 Ansteckplaketten und eine große Menge verteiltes kostenloses Informationsmaterial des Braunschweiger Komitees war. Großes Interesse herrschte an der Arbeit des Komitees, dessen Termine von Veranstaltungen sich viele mitnahmen.

Ein Soldat aus Lüneburg, der im Lüneburger § 218-Komitee mitarbeitet und sich gerade auf Urlaub in Braunschweig aufhielt, holte sich vom Stand Material und eine Unterschriftenliste und sammelte mit.

Ein Krankenpfleger ließ sich eine Liste geben, um auch unter seinen Kolleginnen und Kollegen zu sammeln. Die soziale Zusammensetzung der Unterschriebenen sieht so aus: zirka 60 % Werktätige, 14 % Schüler, 17 % Studenten, 5 % Soldaten.

Der KSB wird eine solche Aktion in dieser Kneipe in der Woche um den 14. August wiederholen. Dann sind die Ferien und für viele der Urlaub zu Ende und viele Jugendliche wieder in Braunschweig, die durch die letzte Aktion noch nicht erreicht werden konnten.

–P.R., KSB Braunschweig–

Das Recht auf Ausbildung wird eingeschränkt

Viele Jugendliche haben zum Schuljahresende die Schule verlassen. Wiederum werden Hunderttausende auf der Suche nach einer Lehrstelle sein. 600 000 sind es im ganzen, und davon 400 000 mit Hauptschulabschluß.

Ende Januar haben wir etwa 123 000 Jugendliche unter 20 Jahren, die als Arbeitslose gezählt wurden; das sind 6 Prozent aller Jugendlichen. Viele von ihnen sind heute noch auf der Suche nach einer Lehrstelle. Obwohl mit allerlei "berufsvorbereitenden Lehrgängen" vom Staat versucht wird, die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen niederzuhalten, steigt deren Zahl ständig.

Allein in Hessen stieg die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen innerhalb eines Monats um 12 Prozent auf 9 770 (Frankfurter Rundschau vom 4. Juli), darunter viele Ausländer, an. Jetzt stoßen die geburtenstarken Jahrgänge nach, so daß die Möglichkeiten, Lehrstellen zu bekommen schwieriger werden. Im ganzen Bundesgebiet wurden in den letzten Jahren die Lehrstellen rapide abgebaut. Hat es 1970 noch 650 000 Lehrstellen gegeben, so ist diese Zahl 1974 schon auf 340 000 zusammengeschrumpft. Der fortschreitende Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals hat in den letzten Jahren zu vielen Pleiten von Klein- und Mittelbetrieben geführt, was direkt auch durchschlägt auf das Lehrstellenangebot. Die Konzerne treten auf mit verbesserter Produktionstechnik und Maschinerie, die Arbeitsteilung wird weiterentwickelt, so daß entsprechend der Bedarf an Facharbeitern gesenkt wird. Die Kapitalisten drängen weiter dahin, die Kosten für die Ausbildung gering zu halten, die Dauer der Ausbildung zu kürzen, so früh wie möglich die Jugendlichen in den Produktions- und Ausbeutungsprozeß einzugliedern, ob nun im Handwerk, dem öffentlichen Dienst oder der Industrie.

Die Einführung des Stufenplans in der Industrie und die dazu notwendigen gesetzlichen Maßnahmen entsprechen genau dieser Entwicklung.

Die bürgerlichen Parteien haben viel geredet in den letzten Jahren von "Reform der beruflichen Bildung", aber die Kapitalisten haben unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht gewillt sind, in irgendeiner Weise sich die Verfügungsgewalt über die Berufsausbildung entziehen zu lassen. So redet die Bundesregierung auch nur noch von einem "Reformansatz" in der beruflichen Bildung. Voran nun mit Reformansätzen schreitet die Landesregierung von Baden-Württemberg, wo Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit sich nicht vom Bundesdurchschnitt groß unterscheiden. Unmißverständlich bringt das dortige Kultusministerium zum Ausdruck, was es gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu tun gedenkt. Voll und ganz werden die Bedürfnisse der Kapitalisten in der Krise nach billigen Lohnsklaven befriedigt. Hilfsarbeiter sollen die arbeitslosen Jugendlichen werden, billig sein für die Kapitalisten, wenn diese sie einstellen. Jugendliche Hilfsarbeiter müßten einmal in der Woche zur Berufsschule. Dieser Tag müßte von den Kapitalisten voll bezahlt werden. Um dieses zu vermeiden, hat das Kultusministerium Maßnahmen beschlossen, welche für die Jugendlichen eine Aufweichung der Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr bedeuten. Die Maßnahme besteht darin, daß Jugendliche im 18. Lebensjahr von der Berufsschulpflicht befreit werden, *"wenn sie eine Bescheinigung des Arbeitgebers vorlegen können, aus der sich ergibt, daß er sie nur unter der Voraussicht einstellt, daß der Berufsschulbesuch nicht erfolgen muß"* (aus der Presseerklärung des Kultusministeriums). Außerdem muß eine Bestätigung des zuständigen Arbeitsamtes beiliegen, in der festgestellt wird, daß eine andere Arbeitsstelle für den Jugendlichen nicht vorhanden ist.



9 000 demonstrierten am 17. Juni in Hamburg gegen die Sparmaßnahmen des Hamburger Senats im Schulbereich. Während dieser genug Geld zur Finanzierung des Aluminiumwerks Reynolds hat (siehe Seite 4), sollen gleichzeitig mehrere Schulen geschlossen werden, da kein Geld da wäre. Die Schulferien hat der Hamburger Senat genutzt, um den sogenannten "Hamburger Modell" zuzustimmen, mit dem er weitere Einsparungen im Schulbereich erzielen will. Vorgesehen ist dabei, planmäßig vorhandene Lehrerstellen mit Lehrern zu besetzen, die statt in das Beamtenverhältnis in das Angestelltenverhältnis übernommen und nur teilzeitbeschäftigt werden. Offensichtlich wird damit versucht, eine Bresche in die Rechte der im Schuldienst Beschäftigten zu schlagen. Denn die teilzeitbeschäftigten Lehrer kann der Staat leichter wieder entlassen, und sie werden schlechter bezahlt.

Hier werden die Jugendlichen vollkommen der Willkür der Kapitalisten ausgesetzt, und der Staat sichert dies gesetzlich ab. Jederzeit ist es mit dieser Regelung den Kapitalisten möglich, billiges Menschenmaterial anzufordern, ohne daß diese die Möglichkeit bekommen, eine Ausbildung wahrzunehmen. Die Kosten für den Berufsschulbesuch des Hilfsarbeiters werden gespart. Die Kapitalisten entscheiden praktisch darüber, ob die Jugendlichen zur Schule gehen oder nicht. Die Jugendlichen, die nicht in eine Lehre eintreten können, sollen nun durch diesen Erlaß jeglicher Voraussetzungen entbunden werden, ihr Recht auf Schulbesuch wahrzunehmen.

Der DGB hat mittlerweile gegen diese Maßnahmen des Kultusministeriums protestiert, die Maßnahmen als massiven Angriff auf das Recht auf schulische Bildung gewertet und die sofortige Rücknahme des Erlasses gefordert. In einem öffentlichen Kommentaren nach Entscheidung der Behörde wurde ausgedrückt, daß es so gut wie sicher sei, daß es "nicht mehr lange ruhig bleiben wird an den Berufsschulen".

J.K.

Braunschweig: "Wir gehen hier nicht raus, dies ist unser Haus!"

Am Montag, dem 28. Juli, veröffentlichte die "Braunschweiger Zeitung" Auszüge aus einem Brief des CDU-Fraktionsvorsitzenden Clemens. Herr Clemens verbreitet in diesem Brief "Informationen" über die Zustände im Jugendhaus Nord: Toiletten werden mutwillig zerstört, Türen eingetreten, frisch gestrichene Wände beschmiert, Bänke aus dem Fenster geschmissen usw. Aus all diesen Hirngespinsten folgert Herr Clemens, es sei *"ein unhaltbarer Zustand, wenn die städtischen Finanzen auf diese Weise vergeudet werden und die Funktion der vorhandenen Jugendheime erheblich beeinträchtigt ist"* (Braunschweiger Zeitung vom 28. Juli).

Von diesem Hetzbrief aufgescheucht, erschien am gleichen Morgen Herr Meier vom Amt für Jugendförderung, um in den "Trümmern" des Jugendheims mal nach dem Rechten zu sehen. Da er weder eingetretene Türen noch sonst irgendwelches zerschmettertes Mobiliar ausfindig machen konnte, verließ er das Haus bald wieder und rief später an, um anzukündigen, daß nachmittags der Stadtrat Scholle einen Rundgang durch das Heim machen wolle.

Die Jugendlichen reagierten sofort: Sie malten Transparente und Schilder mit Aufschriften wie "Wir gehen hier nicht raus, dies ist unser Haus!" "Oh, tun mir die Augen weh, wenn ich CDU-Clemens seh'", "Die Zeitung spinnt!" usw. Außerdem bastelten sie eine lebensgroße Puppe, die ein Schild mit der Aufschrift "Stadtrat Clemens" um den Hals hängten. Diesen "Clemens" hängten die Jugendlichen vor dem Haus an einem Galgen auf.

All dies fanden Melzer und Scholle vor, als sie am späten Nachmittag anrückten. In einer Diskussion mit den Jugendlichen und anwesenden Sozialarbeitern konnte Stadtrat Scholle dem Protest gegen die Verleumdungen in der "Braunschweiger Zeitung" nur zustimmen; ein anschließender Rundgang durch das Heim bestärkte bei allen nur noch einmal die Meinung, daß es sich bei den "Tatsachen", die Herr Clemens zu berichten weiß, um Seifenblasen handelt.

Nachdem Scholle und Melzer gegangen waren, wurde die Clemens-Puppe mit großem Trara auf dem Hof verbrannt. Anschließend versammelten sich alle im Haus zur Vollversammlung, auf der eine Gegendarstellung beschlossen wurde, die sofort an die "Braunschweiger Zeitung" ging. Außerdem wollen die Jugendlichen noch einen Leserbrief an die "Braunschweiger Zeitung" schreiben, in dem sie auf Clemens' Forderung, ihnen die Mittel zu streichen, eingehen. Ihre Forderung bezüglich Finanzen ist klar: Sie wollen einen eigenen Etat haben, über den sie selbst bestimmen können, um nicht wegen jeder kleinen Reparatur zur Stadt rennen und um jeden Pfennig betteln. Sie werden sich in den nächsten Tagen zusammensetzen und ausrechnen, wieviel Geld sie jährlich brauchen, um ihr Jugendheim für ihre Zwecke nutzen zu können, und werden dieses Geld vom Stadtrat fordern. Insgesamt haben sie gezeigt, daß sie sich nicht einfach verschaukeln lassen, daß der Stadtrat mit ihrem Widerstand rechnen muß, wenn er ihr Heim schließen will.

Das jetzt klarzumachen, ist auch wichtig. Denn in der letzten Zeit verstärken sich Gerüchte über Äußerungen von Herrn Skupin, Vorsitzender des Jugendwohlfahrtsausschusses der Stadt. In einigen Gesprächen hat er durchblicken lassen, daß es Pläne gibt, die städtischen Jugendheime an freie Träger (Caritas u.ä.) abzugeben. Für die Jugendlichen bedeutet das, daß sie im Heim noch mehr gegängelt werden, daß sie praktisch jede Möglichkeit verlieren, ihr Heim in ihrem Sinne zu gestalten und für ihre Zwecke zu nutzen.

Die Stadt will einen weiteren Feldzug unternehmen, um im sozialen Sektor einzusparen. Geld für die Belange der Arbeiterjugend hat sie nicht. Aber Geld für die Kapitalisten, ihre Profite und ihre Kultur gibt es anscheinend genug. Verteilt sie doch Investitionshilfen, baut Horten eine Extra-Straßenbahnlinie, und damit sich die bessere Gesellschaft des Abends nicht langweilt, gibt es auch bald ein neues Theater. Es ist dem Stadtrat noch nicht genug, daß er den Werktätigen durch ständig steigende Preise für Strom, Wasser, Gas, öffentliche Verkehrsmittel und Bäder die Taschen leert, daß die Zustände in Schulen und Krankenhäusern durch Kosteneinsparungen sich ständig noch mehr verschlechtern; jetzt soll auch noch das letzte in Braunschweig offene Jugendheim "eingespart" werden.

Dieser Angriff muß zurückgeschlagen werden, und dazu sind die betroffenen Jugendlichen auch bereit. Sollte der Stadtrat seine Pläne wirklich in die Tat umsetzen wollen, wird er mit ihrem Widerstand rechnen müssen.

Aus: Ortsbeilage Braunschweig zur KVZ Nr. 30

Haftbefehle aufrechterhalten

Justizministerium muß Existenz eines Isoliertrakts im Gefängnis Bruchsal eingestehen

Keine Lumperei ist dem "Rechtsstaat" zuviel, damit er zur Verurteilung der im Stammheimer RAF-Prozeß Angeklagten kommen kann.

Am 23. Juni waren die Rechtsanwälte Croissant und Ströbele verhaftet worden unter dem Vorwand der Unterstützung einer "kriminellen Vereinigung". Inzwischen nun wurde der Rechtsanwalt Ströbele wieder aus der Haft entlassen, und kurz darauf wieder mit einem Haftbefehl bedacht.

Folgenden Hintergrund hat diese Art der Anwendung des bürgerlichen Rechtes. Der am 23. Juni erlassene Haftbefehl gegen Ströbele war bereits Tage zuvor ausgestellt worden. Der zuständige Richter am Amtsgericht Berlin-Tiergarten hatte sich aber geweigert, ihn zu unterzeichnen, da er die Haftgründe für nicht mit dem bestehenden Recht vereinbar hielt.

Was macht in einer solchen Lage die bürgerliche Justiz, wenn sie ihr Recht nicht schnell genug ändern kann? Sie sucht sich einen anderen Richter aus, der den Schandtaten des bürgerlichen Staates gegenüber aufgeschlossener ist.

Kaum war der amtierende Richter in Urlaub gegangen, fand sich ein solcher auch in Gestalt von dessen Stellvertreter, der den Haftbefehl unterzeichnete. Aus dem Urlaub zurückgekehrt, hob der amtierende Amtsrichter den Haftbefehl alsbald wieder auf (Heidelberger Tageblatt vom 29. Juli), und Ströbele wurde freigelassen, wogegen die Staatsanwaltschaft Beschwerde einlegte.

Obzwar vom Standpunkt des bürgerlichen Rechts betrachtet allen Hausdurchsuchungen, Bürodurchsuchungen und allem Brieföffnen zum Trotz die Justiz gegen den Rechtsanwalt Ströbele weiterhin keinen Haftgrund ins Feld führen konnte, wurde daraufhin, wohl von einem anderen Richter, abermals Haftbefehl erlassen. Dabei kam die Justiz nicht daran vorbei, zu zeigen, daß sie es mit der Wahrheit hält, grad so wie sie es braucht. Sie ließ Rechtsanwalt Ströbele trotz Haftbefehl mit der Auflage einer Meldepflicht in Freiheit, da nunmehr Fluchtgefahr nicht mehr drohe. Eben aber mit dem Argument der Fluchtgefahr war er zuvor festgenommen worden.

Das kann nur heißen, daß die Justiz jetzt eingesteht, daß es ihr im Moment nicht gelingt, dem Rechtsanwalt Ströbele etwas vorzuwerfen, mit dem sie ihn wie beabsichtigt verurteilen kann. Und das heißt weiter, daß sie Haftbefehle aufrechterhält, wann immer sie das braucht. Gebraucht hat sie den neuen Haftbefehl jetzt, damit der Richter Prinzing im Stammheimer Prozeß begründen konnte, warum man den Rechtsanwalt Ströbele, obwohl kein "dringender Tatverdacht" mehr besteht, nicht als Verteidiger zum Prozeß zuläßt. Denn eben dies hatten die Wahlverteidiger gefordert.

Man weiß jetzt auch, warum der Rechtsanwalt Croissant immer noch in Untersuchungshaft gehalten wird. Weil die Stuttgarter Justiz die Schwierigkeiten mit einem Amtsrichter nicht hatte, die sich aufs geltende bürgerliche Recht beschränkt, wie das in Berlin-Tiergarten geschah.

Abgelehnt wurde inzwischen auch ein Antrag von Croissants Verteidiger Schily, den Haftbefehl gegen Croissant aufzuheben. Vielmehr hat man den Rechtsanwalt Croissant zuvor noch von der Haftanstalt Heilbronn nach Heidenheim verlegt, und zwar mit dem Zweck, Besuche seines Verteidigers zu erschweren.

Zu dieser Verlegung erklärte Croissant: "Die Staatsanwaltschaft hat darauf hingewiesen, daß ich nicht nach Stammheim komme, weil ich dort zuviel Bekannte habe. Natürlich: Heidenheim liegt weit ab. Die Verlegung nach Heidenheim ist gegen meinen ausdrücklichen Protest und trotz einer laufenden Beschwerde meiner Verteidiger durchgeführt worden." (Gefangenenzeitschrift der Vollzugsanstalt Heilbronn 11/75).

So scheut der Staatsapparat kein Mittel, der gerechten Forderung nach freier Verteidigung der RAF-Angeklagten dadurch entgegenzutreten, daß er deren Verteidiger ausschließt und mit Haftbefehlen belegt und in Untersuchungshaft sperrt. Beide, der Haftbefehl für Ströbele und die Untersuchungshaft für Croissant, müssen weg.

Abgelehnt hat inzwischen das Gericht einen Antrag des Verteidigers Heldmann, den Prozeß zu vertagen, bis Gutachten über die Verhandlungsfähigkeit der RAF-Mitglieder vorliegen. Abgelehnt hat das Gericht diesen Antrag, weil es nicht zugestehen will, daß die Justiz die RAF-Mitglieder jahrelang in Vernichtungshaft gehalten hat.

Ans Licht gekommen ist inzwischen aber genauer, daß die Justiz besondere Gefängnistrakte für die Isolations- und Vernichtungshaft errichtet hat. Dieses war von dem baden-württembergischen Justizministerium bestritten worden. *"Allerdings"*, so wurde mitgeteilt, *"gebe es in Bruchsal einen Trakt mit 'schallgedämpfter' Decke für lebenslängliche 'aufrührerische' Gefangene, die politisch agitieren. Diese Zellen seien von anderen 'abgesondert', aber keineswegs isoliert."* (Mannheimer Morgen, 30.7.)

Offensichtlich will die Justiz die Vernichtungshaft der RAF-Mitglieder nach deren Verurteilung fortsetzen. *"Es wurde nicht ausgeschlossen, daß Baader-Meinhof-Häftlinge nach ihrer Verurteilung in die Strafanstalt Bruchsal kommen."* (Mannheimer Morgen, 30.7.)

-e.r.

Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit!

Stellungnahme des Soldaten– und Reservistenkomitee Braunschweig zur Frage der Wehrsolderhöhung

Welche Forderung müssen die Soldaten in ihrem Kampf um die Erhöhung des Wehrsolds stellen? Diese Frage wird in den Kasernen heftig diskutiert. Der unter dem Einfluß der Offiziere stehende Bundeswehrverband hat 1 DM mehr pro Tag gefordert. Die "Aktion Demokratischer Soldaten", die von der DKP beeinflußt wird, forderte 800 DM monatlich. Auf den Demonstrationen des DGB zur Jugendarbeitslosigkeit und auf den 1. Mai-Demonstrationen beteiligten sich zahlreiche Soldaten in Uniform mit der Forderung nach "Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit". Im folgenden die Begründung, warum allein diese Forderung für den Kampf der Soldaten taugt und weshalb die Kommunisten hinter dieser Forderung stehen.



Für ihre Forderungen eintretende Soldaten auf der DGB–Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Hannover

Die antimilitaristische Bewegung ist in der BRD erstarkt. Insbesondere der Widerstand gegen den Hungerlohn, der sich Sold nennt, hat unter den Soldaten zugenommen. Reformen sind notwendig! tönt es jetzt aus den Reihen der bürgerlichen Politiker. Wahrlich. Aber während die bürgerlichen Politiker nach Reformen suchen, die Ruhe ins Land bringen, sucht die Arbeiterklasse und das Volk die Reformen, die die gesellschaftlichen Zustände radikal verändern, das Unterste zuoberst kehren.

In der Situation des vermehrten Aufruhrs über die entrechtete politische und soziale Lage der Soldaten im bürgerlichen Heer haben die Kommunisten die Forderung nach Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit aufgestellt. Die politische und soziale Entrechtung der Soldaten kommt ja nicht von ungefähr. Sie ist Ausdruck der bürgerlichen Klassengesellschaft, in der die Kapitalistenklasse die Macht über die Arbeiterklasse, unter anderem in Form kasernierten Militärs, in den Händen hält.

Der Kapitalisten sind nicht viele, und so wird die Armee aus den Reihen der Arbeiterklasse und des Volkes gebildet. Der bürgerliche Militärapparat ist somit gezwungen, die einfachen Soldaten in eine besondere Entrechtung zu zwingen, will er nicht Gefahr laufen, die Armee auf der Seite des eigenen Volkes zu sehen, gegen das sie gerichtet ist.

Solch eine Armee ist eine hinderliche Sache für die Entfaltung der Volksdemokratie. Alle Kämpfe in und außerhalb der Bundeswehr müssen also mit dem Ziel geführt werden, die bewaffneten Formationen des kapitalistischen Staates zu zerschlagen. So auch die Forderung nach Lohnfortzahlung.

Wenn die Kommunisten die Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit fordern, so trennen sie das nicht von der Forderung nach Volksmiliz. Notwendig zum Sieg der Revolution und zum Aufbau des Sozialismus ist es, daß das Volk das Waffenhandwerk erlernt und vor allem unter Waffen steht. Hierbei sind zwei Dinge wichtig: Erstens das ganze Volk muß das Waffenhandwerk erlernen und zweitens nicht das ganze Volk steht ständig unter Waffen.

In der Volksmiliz steht immer ein Teil des Volkes unter Waffen und übernimmt alle Aufgaben der Ordnungshaltung bis hin zu gesundheitspolizeilichen Tätigkeiten. Lenin entwickelt dazu: "... Es bleiben 750 000 Menschen, die, wenn sie z. B. jeden 15. Tag in der Miliz arbeiten (und in dieser Zeit vom Unternehmer ihren Lohn weiter erhielten), eine Armee von 50 000 Menschen bilden würden." (Lenin, Werke Bd. 23, S.340–344) Der Charakter der Volksmiliz besteht also darin, daß der ansonsten seiner beruflichen Tätigkeit nachgehende Mensch, eine bestimmte Zeit (wie lange und in welchen Abständen, legen wir nicht heute fest) im öffentlichen Dienst der Miliz arbeitet. Jeder, auch Frauen, erlernt dabei den Umgang mit Waffen, verrichtet in Abständen immer einige Tage Dienst in der Miliz, ohne dabei durch Kasernierung vom Volk getrennt zu sein. Daraus folgert auch, warum man schon heute die Forderung nach Lohnfortzahlung stellt.

Die Revolution muß die Reform leiten

Die Kommunisten haben ja nicht die Forderung nach 800 DM Sold oder einer anderen x-beliebigen Summe aufgestellt. Dies tut die DKP-nahe "Aktion Demokratischer Soldaten" (ADS) (100 DM mehr im Monat) oder der Bundeswehrverband (1 DM mehr am Tag). Zumindest der Bundeswehrverband nimmt nicht für sich in Anspruch, revolutionär zu sein, er ist schlicht gezwungen, dem wachsenden Widerstand in den Kasernen ein Stück Speck vorzuwerfen. Die ADS aber hat das Ziel, die Bundeswehr zu "demokratisieren" und das Leben für die Soldaten in der Kaserne menschlich erträglich zu machen. Daß diese Armee eine Armee gegen das Volk ist, daß jeder Kampf um Demokratie so geführt werden muß, diese volksfeindliche Armee zu beseitigen, propagiert die ADS nicht. So können auch Forderungen, die keine politische Perspektive für das Volk aufweisen, diesen Klassenstaat zu beseitigen, allenfalls der Bewegung die Spitze abbrechen und den Versuch darstellen, die Gemüter zu beruhigen. Uns geht es darum, die Spaltung zwischen Armee und Volk zu beseitigen, die Einheit zwischen Arbeitern in Blaumann und Arbeitern in Uniform herzustellen. Die Forderung nach Lohnfortzahlung ist ein wichtiger Schritt dahin. Dem jungen Arbeiter, der seine Arbeitskraft an Hoechst verkaufte und nun in die Bundeswehr gepreßt wurde, wird bei einem Lohnstreik der Hoechst-Arbeiter sehr schnell klarwerden, wer sein wirklicher Feind ist, sollte er gegen seine Kollegen ins Feld geführt werden. Er wird sich nicht mehr unter der Losung des Allgemeinwohls als Streikbrecher oder billige Arbeitskraft einsetzen lassen. Sind es nicht seine Klassenbrüder, die um ihren, und auch seinen, Lohn kämpfen? Die Forderung nach Lohnfortzahlung ist darauf ausgerichtet, die finanzielle Misere der Soldaten so zu verbessern, daß die Front der Arbeiterklasse und des Volkes gegen den bürgerlichen Staat gestärkt wird.

Durch wen soll die Lohnfortzahlung geleistet werden?

In einer Auseinandersetzung zwischen Soldaten und einem Leutnant in der Leutnant-Müller-Kaserne Braunschweig versuchte der Leutnant die Soldaten zu verunsichern: "Wenn nun der Sohn eines Unternehmers [illegible] zum Bund muß und es gibt die Lohnfortzahlung, dann wird der Unternehmer seinen Sohn ein oder zwei Monate bei sich einstellen, vielleicht mit einem Gehalt von 10 000 DM, und der Staat, also wir, muß das dann bezahlen!" Antwort eines Soldaten: "Soll der Unternehmer doch! Nicht der Staat, sondern die Kapitalisten müssen die Lohnfortzahlung leisten." Genau, die Kapitalisten müssen die Lohnfortzahlung leisten. Nun sind wir zwar nicht bemüht, dem bürgerlichen Staat wohlgemeinte Ratschläge über die Verwaltung seiner Finanzen zu geben. Wir zielen darauf hin, alle Staatsausgaben, die nun mal zur Erhaltung der kapitalistischen Klassengesellschaft notwendig sind, nicht dem Volk, sondern den Kapitalisten anzulasten. Das ist der eine Aspekt. Der andere: Die Kapitalisten kaufen zwangsmäßig, mittels des bürgerlichen Staates, männliche Teile des Volkes zu einem Taschengeld, um sie für ihre Interessen auszubilden und einzusetzen. Wir fordern: Die Kapitalisten sollen den Preis der Arbeitskraft bezahlen, sowohl jetzt als auch später in der Volksmiliz, sofern es die Kapitalisten noch gibt. So ist es mit der Forderung nach Lohnfortzahlung keineswegs so, daß wir heute fordern: Der Staat soll bezahlen!, und morgen, in der zweiten Etappe unseres Kampfes gegen den bürgerlichen Militärapparat, im Kampf um die Volksmiliz selbst, fordern: Die Kapitalisten sollen bezahlen! Eine solche Kampfesführung verwischt das Ziel und stiftet Verwirrung in den Reihen des Volkes.

Lohnfortzahlung muß als allgemeingültiges Recht erkämpft werden

Der Kampf um Lohnfortzahlung muß vom ganzen Volk gegen den Staat geführt werden. Wenn auch die große Mehrheit aller Soldaten aus der Arbeiterklasse rekrutiert wird, so werden auch Teile der Intelligenz gezogen, um sie gegen das Volk einzusetzen. Die Hauptseite jedoch ist, daß sich die bürgerliche Armee gegen das ganze Volk richtet und daß breite Teile des Volkes ein historisches Interesse am Sturz dieser bewaffneten Einheiten der Bourgeoisie haben. Um die Kräfte, die vor ihrer Einberufung nicht berufstätig waren, nicht von der Arbeiterklasse abzuspalten, wird gefordert: für diejenigen, die vorher nicht berufstätig waren, Zahlung in Höhe des Zeitsoldatensoldes. Diese Forderungen müssen an den Staat gerichtet und gegen ihn erkämpft werden. Der Kampf um die Durchsetzung der Lohnfortzahlung würde zur Farce, müßten die Werktätigen diese Forderung jeweils gegen ihre eigenen Kapitalisten durchsetzen. Die Lohnfortzahlung muß alle Menschen betreffen, die zur Armee gezogen werden. Dies fordert die Verankerung in Form eines allgemeingültigen Rechts, es muß gesetzlich festgelegt werden, der Adressat ist also der Staat.

Die Forderung nach Lohnfortzahlung ist die Antwort auf die sich immer mehr verschlechternde Lage der Arbeiterjugend, die auf Grund ihrer Arbeitslosigkeit in die Verpflichtung als Zeitsoldat für mindestens vier Jahre getrieben wird. Es gibt bereits jetzt harte Kämpfe um diese Forderung. Am 14.6. demonstrierten in Hannover auf der DGB-Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit hundert Soldaten in Uniform unter der Forderung nach Lohnfortzahlung und der Forderung: Kündigungsrecht für Zeitsoldaten. DGB-Ordner versuchten die Transparente mit diesen Forderungen zu kassieren und entrissen einem Soldaten einen Stoß Flugblätter zu diesen Forderungen. Es wird eine schwere Auseinandersetzung um diese Frage in den Gewerkschaften und mit anderen Parteien geführt werden müssen. Hier wird sich deutlich zeigen, wer gegen den Kapitalismus Front macht, wer gegen das Volk. Die Bourgeoisie ist schon jetzt gezwungen, (siehe Bundeswehrverband) Zugeständnisse in Form von einigen Märkern zu machen. Wir werden das Geld nicht zurückweisen. Es wird uns aber nicht dazu bewegen, auch nur einen Millimeter von unseren Forderungen abzustreichen:

Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit!

Für diejenigen, die vorher nicht berufstätig waren, Bezahlung in Höhe des Zeitsoldatensoldes!

Kündigungsrecht für Zeitsoldaten!

Soldaten- und Reservistenkomitee Braunschweig

Prozeß gegen "Delmenhorster Kasernenzeitung"

Von der Staatsanwaltschaft beanstandet:



Der Soldat blickt seinem Feind immer ins Auge



Was starren Sie mich mich so an ?

Gegen den presserechtlich Verantwortlichen der "Delmenhorster Kasernenzeitung", Peter Schreiber, beginnt am Donnerstag, 7.8.1975, 9 Uhr, Landgericht Oldenburg, ein politischer Prozeß.

Die Staatsanwaltschaft wirft dem Verantwortlichen der Zeitung der "Antimilitaristischen Gruppe Delmenhorst" folgendes vor:

- planmäßiges Einwirken auf Bundeswehrangehörige, um deren "pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutze der BRD oder der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben";
- Aufstellung bzw. Verbreitung von unwahren Behauptungen, die Bundeswehr in der Erfüllung ihrer Aufgaben der Landesverteidigung zu behindern.

Durch Anwendung von sogenannten Staatsschutzparagrafen soll ein Musterurteil gegen die Delmenhorster Kasernenzeitung erreicht werden, das eine breite Anwendung auch auf andere antimilitaristische Zeitungen zuläßt.

Die politische Friedhofsruhe wollen die Kapitalisten und der Staat in den Kasernen herstellen. Zweifellos wird sich an dem Prozeß der Meinungskampf in den Kasernen verschärfen.

Zuckerbrot und Peitsche

Montabaur. In der Ausbildungskompanie 3/III hat sich der Kompaniechef etwas Besonderes einfallen lassen. Er tüftelte ein Punktesystem aus, nach dem die Soldaten eine bestimmte Punktzahl erreichen mußten, um Wochenendausgang zu bekommen. Das sah dann so aus, daß man von 35 (pro Tag 7) erreichbaren 18 Punkte haben mußte. Gewertet wurde alles vom Schuhputz über den Spind bis zum G 3 Auseinander- und Zusammenbauen. Wenn nun ein Soldat krank oder msg (marsch-, sport- und geländebefreit) war und an der Ausbildung nicht teilnehmen konnte, bekam er keine Punkte.

Natürlich schaute jeder, daß er auf seine Punkte kam, und mancher ging nicht zum Arzt, weil das bedeuten konnte, daß er am Wochenende nicht heimfahren konnte. Denn jeder wollte am Wochenende weg und sich erholen vom Fick der Woche.

Der Leser hat recht!

Warum die VR China die Rüstungskosten senkte

Die Notiz "Senkung der Militärausgaben in der Volksrepublik China" in der KVZ 29/75, Seite 2, enthält in ihrer Stoßrichtung einen opportunistischen Fehler in der Frage von Krieg und Frieden. Darauf weist uns ein Leser hin.

Unbestreitbar ist die Tatsache, daß der chinesische Staat die Rüstungsausgaben gesenkt hat, wie der CIA zu berichten weiß. Die KVZ-Notiz fährt fort: "Ungewollt muß diese Organisation der Konterrevolution damit Zeugnis ablegen von der Tatsache, daß die Volksrepublik China tatsächlich abrüstet, während die Imperialisten, allen voran die Supermächte USA und UdSSR in ihrem Streben nach Hegemonie, nur davon reden, pompöse Konferenzen mit großem Theater abziehen, in Wahrheit aber unaufhörlich aufrüsten und sich auf den Krieg vorbereiten."

Hat die Volksrepublik China die Rüstungsausgaben gesenkt, um abzurüsten? Nein, das hat sie nicht. Die einseitige Abrüstung eines sozialistischen Landes in einer Situation, wo die imperialistischen Mächte, allen voran die beiden Supermächte, von Abrüstung reden und in ihren Taten den Krieg vorbereiten, das wäre für die Volksrepublik China fatal. Sie würde so nämlich sich der nicht zu leugnenden Bedrohung durch den Imperialismus, vor allem durch den Sozialimperialismus der Sowjetunion, in der Tendenz wehrlos ausliefern. Das tut die Volksrepublik China aber zweifellos nicht.

Weshalb konnte die Volksrepublik China die Rüstungskosten senken, ohne ihre Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft gegenüber dem Imperialismus aufs Spiel zu setzen? Das liegt am Klassencharakter des chinesischen Staates, der sich auch im Militärwesen ausdrückt; **"Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht."** (Verfassung der Volksrepublik China) Diese Tatsache ermöglicht es dem chinesischen Staat, sich in der Militärfrage auf die Arbeiterklasse und die Volksmassen zu stützen, was sie einerseits durch den Charakter der Armee und zweitens vor allem durch den Aufbau und Ausbau der Volksmilizen tut. So schafft sich das chinesische Volk eine Verteidigungsmacht, die erstens unbezwinglich ist und zweitens auch weit weniger kostet als die Kriegsmaschinerie der imperialistischen Länder, die auf Aggression gegen andere Staaten und die Unterdrückung des eigenen Volks ausgerichtet ist und sich deshalb nicht auf die Volksmassen stützen kann.

Die Volksrepublik China hat also die Rüstungskosten gesenkt, nicht weil sie abrüstet, sondern weil sie auf die Bewaffnung und Mobilisierung des Volks zur Sicherung des Sozialismus setzt, was unter anderem auch die Senkung der Kosten ermöglicht. (. . .)

–We, Kommunistische Gruppe Offenburg–

Ganz Afrika wird frei sein!

12. Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) erfolgreich abgeschlossen

Auf der 12. Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) haben die 46 Staats- und Regierungschefs Afrikas bzw. ihre Vertreter eine Reihe von Resolutionen gefaßt und Maßnahmen beschlossen, die dem gemeinsamen Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus, Neokolonialismus und Zionismus dienen und der Verstärkung der Einheit unter den afrikanischen Völkern nützen.

Neben den Delegationen der Mitgliedsländer nahmen als Beobachter die Vertreter der nationalen Befreiungsbewegungen jener Länder teil, die noch unter der Herrschaft des Kolonialismus stehen.

Nach der Eröffnung der Konferenz in der ugandischen Hauptstadt wählten die Staats- und Regierungschefs zunächst – gemäß ihrem Brauch – das Oberhaupt des Gastgeberlandes, den ugandischen Staatschef Idi Amin, zum Präsidenten der OAU.

Gemeinsamer Fonds zur Sicherung der Unabhängigkeit der neuen afrikanischen Staaten

Dann beschlossen sie die Aufnahme von fünf Staaten, die seit der letzten Gipfelkonferenz der OAU die Unabhängigkeit erreicht hatten: Guinea Bissau, Mozambique, die Kapverdischen Inseln, Sao Thome und Principe sowie die Komoren. Die Zahl der selbständigen Staaten Afrikas hat sich damit im Lauf von 30 Jahren auf 46 erhöht. Am Ende des Zweiten Weltkrieges waren erst drei Staaten in Afrika unabhängig. Alle 46 Staaten sind in der OAU organisiert. Schon das ist ein Beweis dafür, wie sehr die Völker danach streben, sich zusammenzuschließen, um die erreichte Unabhängigkeit von den Kolonialherren zu schützen und gemeinsam zu verteidigen. Um die Unabhängigkeit der fünf neuen Mitglieder vor dem erneuten Zugriff des Kolonialismus wirksam zu schützen, hat deshalb die OAU-Konferenz einen gemeinsamen Hilfsfonds beschlossen, an dem sich alle afrikanischen Staaten beteiligen wollen.

Verabschiedet haben die Staats- und Regierungschefs verschiedene Resolutionen, die von den Außenministern bereits vorbereitet waren – u.a. zum Befreiungskampf im südlichen Afrika, zur Unterstützung des palästinensischen Volkes und zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung.

Unterstützung des bewaffneten Kampfes gegen die rassistischen Siedlerregimes

In der Resolution über Südafrika und Namibia, die beide von dem rassistischen Vorster-Regime stellvertretend für die Imperialisten beherrscht werden, hatten die Außenminister gefordert, die Mitglieder der OAU sollten ihre ganze Unterstützung dem Volk von Südafrika geben "zur Intensivierung des bewaffneten Kampfes". Sie sollten bekräftigen, daß der "bewaffnete Kampf legitim ist als Mittel zur Ergreifung der Macht durch das Volk von Südafrika" (Hsinhua, 28. Juli). Während am bewaffneten Kampf festzuhalten sei, schloß die Gipfelkonferenz zugleich die Möglichkeit von Verhandlungen nicht aus, allerdings könnte dabei nur verhandelt werden, wie die Macht an die Mehrheit der Bevölkerung übergeben wird (Le Monde vom 2. August).

In einer weiteren Resolution wird das Volk von Zimbabwe, das den bewaffneten nationalen Befreiungskampf gegen das rhodesische Siedlerregime führt, aufgerufen, seine Einheit zu bestärken, damit es seinen bewaffneten Kampf schnell intensivieren und seine Erfolge sichern kann (Hsinhua, 28. Juli). Die OAU übernimmt die Finanzierung und Ausbildung einer einheitlichen Befreiungsarmee, die in den Camps der FRELIMO aufgebaut wird.

Aufforderung an die angolanischen Befreiungsbewegungen, den Kampf gegeneinander aufzugeben und die Einheit herzustellen

Begrüßt wurde, daß Angola bald vom portugiesischen Kolonialismus befreit und ein politisch unabhängiges Land sein wird. Debattiert wurde die Lage in Angola, wo sich die Befreiungsorganisationen untereinander bekämpfen. Nachdem zwei der angolanischen Befreiungsbewegungen der Einladung der Außenminister der OAU-Staaten zur Teilnahme an der Gipfelkonferenz nicht gefolgt sind, wurde von den Staats- und Regierungschefs der OAU-Staaten ein Ausschuß gebildet, der zwischen den angolanischen Befreiungsorganisationen vermitteln soll. Die Befreiungsorganisationen von Angola wurden aufgefordert, ihre Kämpfe untereinander einzustellen und die Einheit herzustellen.

Verschärfung des Drucks gegen den Zionistenstaat

Zur Unterstützung des palästinensischen Volkes und des Kampfes der arabischen Völker hatten die Außenminister in ihrem Resolutionsvorschlag "ihre vollständige und wirksame Unterstützung den am Kampf beteiligten Ländern und dem palästinensischen Volk versichert". Weiter heißt es, daß der Kampf, der mit allen Mitteln geführt werde, um die von Israel besetzten Gebiete zurückzuerhalten und um die geraubten Rechte wiederherzustellen, legitim sei. In der Resolution wird vorgesehen, Maßnahmen zu ergreifen, um "Israel seiner Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen zu entheben und die Teilnahme Israels an allen internationalen Konferenzen, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stattfinden, zu verhindern", solange wie es "verweigert, die arabischen besetzten Gebiete zu räumen und alle nationalen Rechte des palästinensischen Volkes auf sein Vaterland vollständig anzuerkennen" (Hsinhua, 28. Juli).

Arafat, der Vorsitzende der PLO, der einzigen legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes, der stürmisch von den Delegierten begrüßt wurde, forderte die Delegationen auf, sich hinter die Forderung der Konferenz der islamischen Staaten zu stellen, Israel aus der UNO auf der nächsten Vollversammlung auszuschließen. Der ägyptische Präsident Sadat erklärte, Israel solle solange seiner Mitgliedschaft in der UNO enthoben werden, wie es die verschiedenen Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates nicht auszuführen bereit sei. Die Delegation von Zaire sprach sich überhaupt gegen eine derartige Resolution aus. Die Delegationen einigten sich schließlich auf die "allseitige Verstärkung des Drucks auf Israel" (Le Monde vom 3./4. August). Nachdem alle afrikanischen Staaten seit dem Oktoberkrieg 1973 ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen haben, sollen die teilweise noch bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel abgebrochen und der Zionistenstaat international weiter isoliert werden.

Ohne die wirtschaftliche Unabhängigkeit kann die politische Unabhängigkeit eines Landes auf Dauer nicht gesichert werden

Diesen Grundsatz bekräftigten die Delegationen im weiteren Verlauf der Konferenz. Um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit von den ehemaligen Kolonialherren und den imperialistischen Ländern zu stärken, haben afrikanische Staaten in den vergangenen Jahren zunehmend die ausländischen Unternehmen nationalisiert oder eine Mehrheitsbeteiligung an ihnen angestrebt. Diese Politik wollen die afrikanischen Staaten fortsetzen. Die Ölländer des Nahen Ostens werden sie dabei durch Kredite und Hilfsfonds im Rahmen der arabisch-afrikanischen Zusammenarbeit unterstützen, das versicherten ihre Vertreter vor den Delegationen.

Die Gipfelkonferenz bekräftigte die Forderung der Länder der Dritten Welt nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, wie sie auf der 6. Sonderkonferenz der UNO im April letzten Jahres erhoben und beschlossen worden ist. Sie stellte sich hinter die "Erklärung von Daressalam", in der Vertreter der afrikanischen Staaten bereits im Frühjahr eine gemeinsame Haltung zur Durchsetzung dieser Forderung in den Verhandlungen über Energie- und Rohstoffragen sowie für die im September stattfindende Fortsetzung der UNO-Sonderkonferenz festgelegt hatten.

Die Imperialisten wollen Zwietracht säen

Noch ehe die OAU-Konferenz am Freitag letzter Woche beendet war, waren sich die bürgerlichen Korrespondenten in ihrer Beurteilung einig: Es habe sich "wachsende Uneinigkeit" unter den afrikanischen Staaten gezeigt, schrieb zum Beispiel die Pariser Tageszeitung "Le Monde" in einem Kommentar. Hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Konferenz hat zu allen wichtigen Fragen des Kampfes der Völker gegen Kolonialismus, Imperialismus, Neokolonialismus und Zionismus wichtige Beschlüsse gefaßt, die der Einheit nicht nur der afrikanischen Völker nützen, sondern allen unterdrückten Völkern. Wohl bestehen Differenzen und unterschiedliche Auffassungen unter den einzelnen Delegationen.

Aber die Konferenz hat auch gezeigt, daß diese Differenzen durch Verhandlungen geklärt werden können. Sie können deshalb geklärt werden, weil der entscheidende Interessengegensatz verläuft zwischen den afrikanischen Ländern und den Ländern der Dritten Welt insgesamt auf der einen Seite und den Imperialisten, insbesondere den Supermächten, auf der anderen. Deren Interesse ist es, den Keil der Spaltung in die Einheitsfront der Völker zu treiben und Zwietracht zu säen, um im Trüben fischen zu können. g.j.

Griff nach den Reichtümern fremder Völker

Fieberhafte Reiseaktivität der Vertreter des westdeutschen Imperialismus

Die weltweite Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt hat die Konkurrenz der kapitalistischen Länder um Einfluß in den Entwicklungsländern verschärft. Dabei entwickeln die westdeutschen Imperialisten eine fieberhafte Reiseaktivität, um sich Rohstoffe und Absatzmärkte in der Dritten Welt zu erobern. Verstärkt gehen sie dazu über, den größten Reichtum dieser Länder, der in der Arbeitskraft des Menschen liegt, direkt für ihre Gewinne auszubeuten.

Mit den Regierungen von sechs Ländern, Algerien, Zaire, Indien, Iran, Venezuela und Brasilien, führte Staatsminister Wischnewski vom Auswärtigen Amt letzte Woche Gespräche über "Rohstoffragen". Anschließend reiste er nach Saudi-Arabien.

Gleichzeitig hielt sich Wirtschaftsminister Friderichs zur Eröffnung der deutsch-iranischen Handelskammer in Teheran auf. Dort unterzeichnete er ein Abkommen über deutsch-iranische Investitionen im Iran in einer Höhe von 14 Milliarden Mark (Frankfurter Rundschau vom 1. August).

Vorbereitet worden war die Reise Wischnewskis durch eine Arbeitsgruppe, die "ganz konkret die Lage von 22 Rohstoffen untersucht" hat. Gedient haben seine Gespräche nach Angaben der Bundesregierung der Vorbereitung der Weltenergiekonferenz, denn diese sechs Staaten und Saudi-Arabien werden als Vertreter der Erdöl- und Entwicklungsländer an der Vorbereitung der Weltenergiekonferenz teilnehmen.

Offenbar setzt die Bundesregierung alles daran, eine führende Rolle auf der Vorbereitungskonferenz zur Weltenergiekonferenz zu spielen, an der neben den Staaten der Europäischen Gemeinschaft die USA und Japan auftreten werden. Gegenüber den Staaten der Dritten Welt verhandelt sie als Vertreter der imperialistischen Interessen. Gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten will sie schon getroffene Absprachen mit den Ländern der Dritten Welt ins Feld führen.

Nicht nur im Kampf um die Rohstoffe der Entwicklungsländer mischt der westdeutsche Imperialismus an vorderster Front mit. Verstärkt geht er dazu über, durch Kapitalexport die Arbeitskraft dieser Länder direkt auszubeuten. Nicht nur über billige Preise für die Rohstoffe sollen diese Länder ausgeplündert werden, sondern auch indem aus deren Bewohnern billige Arbeitssklaven für das westdeutsche Kapital gewonnen werden.

In der letzten Woche forderte die Deutsche Entwicklungsgesellschaft, die sich ganz in den Händen des Bundes befindet, die Kapitalisten auf ihrer diesjährigen Jahreshauptversammlung auf, "*das Ausland mehr als bisher als Produktionsstandort und weniger als Exportmarkt zu betrachten*" (Handelsblatt vom 31. Juli).

Versprochen hat sie den Kapitalisten, "*jedem Investor eine maßgeschneiderte Finanzierung und Beratung für ein Projekt in der Dritten Welt zu bieten*" (Mannheimer Morgen vom 31. Juli). Unverhohlen rühmte sich diese Bundesgesellschaft dabei gleich noch ihrer neokolonialen Umtriebe in den Ländern der Dritten Welt: "*Hinsichtlich der Risiken von Engagements in Entwicklungsländern sagte Sohn, die DEG habe in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien Nationalisierungen rückgängig machen bzw. schon im Vorfeld abblocken können.*" (Handelsblatt vom 31. Juli)

Schwerpunkt der Investitionstätigkeit der DEG ist dabei Afrika, auf das 58 Prozent der neugetätigten Investitionen der DEG 1974 entfielen. Der westdeutsche Imperialismus versucht dort in die Fußstapfen der ehemaligen englischen, französischen, belgischen und portugiesischen Kolonialisten zu treten.

Daß es hierbei um nichts anderes geht als um den Versuch der Ausplünderung und Ausbeutung des Reichtums der Entwicklungsländer, hat die DEG unverblümt so formuliert: "*Die Bundesrepublik werde einen wachsenden Anteil ihres Wohlstandes in Unternehmen außerhalb ihrer Grenzen erwirtschaften müssen.*" (Handelsblatt vom 31. Juli) e.r.

Widerstand gegen das Franco-Regime unter spanischen Offizieren

Am 30. Juli wurden sieben Offiziere der spanischen Armee festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, Mitglieder einer "demokratischen Militärvereinigung" zu sein, Zellen in der Armee gebildet und verbotene Versammlungen durchgeführt zu haben. Inzwischen sollen weitere acht Offiziere verhaftet und eine Liste mit 300 Namen von Offizieren erstellt worden sein, die der Vereinigung angehören. Den Offizieren, die zumeist dem unteren Offizierskorps angehören, soll es um eine schnelle Ablösung des Franco-Regimes gehen. Ihnen werden Kontakte zur portugiesischen "Bewegung der Streitkräfte" (MFA) nachgesagt. (nach: Le Monde, 3./4.8.75)

Südafrika: 5 500 afrikanische Minenarbeiter umgekommen

Nach einer im Juni veröffentlichten Statistik sind in den südafrikanischen Bergwerken während der vergangenen zehn Jahre insgesamt 5 500 afrikanische Bergarbeiter bei Unfällen ums Leben gekommen. (nach: Le Monde, 3./4.8.75)

US-Kongreß für 200 Meilen-Zone

Ein Gesetzentwurf, der die Erweiterung der Fischereizone der USA von 12 auf 200 Seemeilen vorsieht, wurde von dem für Fischereifragen zuständigen Unterausschuß des US-Repräsentantenhauses gebilligt. Der Kongreß soll die Vorlage noch vor Weihnachten verabschieden. Bei Island machen die westdeutschen Imperialisten großes Geschrei, bei den USA erscheint die Erweiterung selbstverständlich. (nach: Weser Kurier, 23. Juli)

UdSSR will 25 Millionen Tonnen Weizen kaufen

Wegen der dauernden Mißwirtschaft in der sowjetischen Landwirtschaft treten die sowjetischen Revisionisten derzeit wieder als Weizenkäufer auf dem Weltmarkt auf. Insgesamt haben sie bis jetzt 9,8 Millionen Tonnen der diesjährigen amerikanischen Ernte und 4,2 Millionen Tonnen von französischen Weizenhändlern gekauft. Nach amerikanischen Angaben will die UdSSR insgesamt 25 Millionen Tonnen kaufen. Nach einem Bericht der französischen Tageszeitung "Le Monde" geht es bei den Weizenkäufen offenbar nicht nur um den Ausgleich des durch Mißwirtschaft in der Landwirtschaft hervorgerufenen Weizenmangels, sondern die neuen Zaren im Kreml scheinen in dem Weizen ein günstiges Spekulationsobjekt zu sehen: "Die letzten sowjetischen Erklärungen (Le Monde vom 26. Juli) sprechen von einer besseren Ernte als 1974 (als sie 195 Millionen Tonnen betrug). Wenn man diese Vorausschätzungen in Betracht zieht, wie soll man dann die Käufe der UdSSR im Ausland erklären … wenn nicht in der Absicht, zu spekulieren?" (Le Monde, 2.8.75)

Aufruf des Pathet Lao

Der Radiosender des Pathet Lao forderte am 16.7.1975 das laotische Volk auf, sich zusammenzuschließen, um die Macht in denjenigen Regionen an sich zu reißen, wo sie noch nicht in seinen Händen ist. Zwar sei die revolutionäre Verwaltung des Volkes an vielen Orten und Provinzen eingerichtet, der Sieg durch den Kampf, die Machtübernahme sei jedoch in zahlreichen Regionen noch nicht vollendet. Der Radiosender rief die Bevölkerung auf, sich zu erheben, um diese Aufgabe in einem kurzen Zeitraum zu erfüllen, dem Feind keine Zeit zu lassen und keine Gelegenheit, wieder angreifen zu können, ihm keine Gelegenheit zu geben, Gerüchte zu verbreiten, Unordnung unter der Bevölkerung zu stiften und Schwierigkeiten bei der Wirtschaftsordnung zu schaffen. Die Bevölkerung soll die Erben der Neokolonialisten und der reaktionären Verräter beseitigen und das alte soziale System ersetzen durch eine neue fortschrittliche Gesellschaft, eine nationale Kultur und die ausgezeichneten nationalen Traditionen. (nach: Hsinhua, 18.7.75)

Keine "Verfassungsgespräche" über Namibia

Der Plan des rassistischen Vorster-Regimes von Südafrika, die weiße Herrschaft und die Politik der Rassentrennung in Namibia (Südwestafrika) zu verewigen, ist an dem Widerstand der von ihm selber ausgesuchten und eingesetzten "Vertreter" der schwarzen Bevölkerung Namibias gescheitert. Sie lehnten die "Gespräche" mit Vorster ab und forderten, daß Verhandlungen über eine Verfassung Namibias unter "internationaler Kontrolle" stattfinden müßten und die Weißen davon solange ausgeschlossen werden sollten, wie sie an ihrer südafrikanischen Staatsbürgerschaft festhalten. In einem Brief an den UNO-Generalsekretär Waldheim wird darauf hingewiesen, "daß diese Gespräche nicht das Ziel der Freiheit und Unabhängigkeit für Namibia verfolgen, sondern im Gegenteil die Aufspaltung des Territoriums zur Folge haben. Die Zukunft des Landes kann nur mit der UNO diskutiert werden' (U., Hdbg.)

Der Anklage gegen Indira Gandhi den Boden entzogen

Indira Gandhi, die indische Ministerpräsidentin, wird nicht mehr vor Gericht gestellt werden wegen Wahlkorruption. Im Juni hatte sie ein Gericht der Korruption im Wahlkampf 1972 für schuldig befunden und ihr unter anderem das Parlamentsmandat aberkannt. Der Prozeß war der Auslöser für die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und umfassende Verhaftungs- und Repressionsmaßnahmen gegen die politische Opposition, die den Rücktritt der Präsidentin forderte. Der angekündigte Revisionsprozeß in Neu Delhi vor dem Obersten Bundesgericht kann nun nicht mehr stattfinden, nachdem der Kongreß, in dem nur noch Gandhi-hörige Abgeordnete sitzen, auf Vorschlag von der Präsidentin ein Gesetz verabschiedete, das rückwirkend in Kraft tritt und die offengelegte Korruption im Wahlkampf 1972 erlaubt. (nach: Le Monde, 29.7.75 und Süddeutsche Zeitung, 31.7.75).

Interview über den Befreiungskampf in Oman

„Die PFLO und die Revolution in Oman sind nicht geschlagen"

Die Redaktion der 'Kommunistischen Volkszeitung' hatte Gelegenheit, ein Interview mit einem leitenden Genossen der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) durchzuführen. Wir freuen uns, unseren Lesern die Information über die aktuelle, durch massive Intervention ausländischer Truppen bestimmte Entwicklung des Befreiungskampfes mitteilen zu können.

Frage: In der westdeutschen Presse ist in den letzten Wochen eine Hetzkampagne gegen das Volk von Oman und gegen die Revolution in Dhofar festzustellen. Was sind Deiner Meinung nach die Gründe für diese Hetze?

Antwort: Diese Hetzkampagne ist nicht nur auf Westdeutschland beschränkt, sondern erstreckt sich auf alle kapitalistischen Länder. Alle Beiträge, ob es Zeitungsartikel, Fernsehfilme oder Rundfunksendungen sind, haben alle den gleichen Inhalt: nicht vorhandene Siege der britisch-jordanisch-iranischen Truppen zu propagieren. Sie bildet einen Teil der politischen, militärischen und propagandistischen Angriffe auf die Revolution in Dhofar und geht nicht nur vom Sultan aus, weil er allein gar nicht in der Lage ist, solch eine Kampagne durchzuführen. Sie wird in der Hauptseite vom Iran und von den imperialistischen Mächten getragen und finanziert. Hauptziel dieser Kampagne ist es, die Front zu zwingen, den bewaffneten Kampf aufzugeben und von der Position der Schwäche aus mit dem Qabus-Regime zu verhandeln. Auch einige arabische Staaten beteiligen sich an dieser Hetze. Sie üben ebenfalls Druck aus auf die PFLO, damit sie mit dem Sultan verhandelt, mit den fadenscheinigsten Argumenten wie z.B., daß die Hauptschlacht zur Zeit in Palästina geschlagen würde, daß deswegen die 'Standpunkte am Golf und besonders in Oman einander nähergebracht werden' und ähnliches. Sie versuchen die iranische Intervention damit zu rechtfertigen, daß die PFLO und das Volk in Dhofar den bewaffneten Kampf führen, daß wir den Sultan 'gezwungen' hätten, ausländische Truppen ins Land zu holen.

Bei dieser Hetze spielt das ägyptische Regime eine große Rolle. Es hat ausgedehnte Kontakte mit dem Iran, mit Qabus und mit den reaktionären Golfemiraten. Innerhalb der arabischen Liga repräsentiert ihr ägyptischer Generalsekretär, Mahmud Riad, diese Position. Als Vorsitzender der Untersuchungskommission, die auf unseren Antrag hin und unter dem Druck der fortschrittlichen und nationalen Regimes in der arabischen Welt nach Dhofar geschickt worden ist, unterdrückt er alle Berichte, die unseren Standpunkt schildern, und gibt nur die Positionen des Regimes in Maskat wieder, das versucht, den Kampf des omanischen Volkes als ausländische Intervention seitens der Demokratischen Volksrepublik Jemen gegen Oman darzustellen. Bis jetzt konnte die PFLO all diese Versuche, sie zu Verhandlungen zu zwingen, zerschlagen durch ihren bewaffneten Kampf.

Den letzten militärischen Angriffen ging eine politische Kampagne des Regimes in Maskat voraus, um den arabischen Völkern vorzugaukeln, daß die iranischen Truppen sich aus Oman zurückgezogen hätten. Es verlangte arabische Truppen an ihrer Stelle, so z.B. auf der Pressekonferenz, die der Außenminister des Sultans für die arabischen Diplomaten und Journalisten in Beirut abgehalten hat, und in verschiedenen Appellen an die arabischen Staaten.

Auf die besonderen Interessen, die die BRD mit dieser Kampagne verfolgt, können wir noch eingehen.

Kannst Du uns einen Überblick über die jetzige militärische Lage in Dhofar geben, zumal hier berichtet wurde, daß die PFLO große Verluste erlitten hat und daß der Kampf zugunsten der Imperialisten und des Sultans entschieden wird?

Antwort: In dieser Atmosphäre fanden die massiven militärischen Angriffe gegen die Revolution statt. Der Angriff vom Dezember 1974 ist einer der schwersten, den wir je erlebt haben. Dem folgte eine ganze Serie von Angriffen, die ihre Höhepunkte jeweils im Februar und März hatten. Der Angriff vom Dezember konzentrierte sich auf die westliche Region, der Februar-Angriff auf den Korridor und der Angriff im März auf den östlichen Teil der befreiten Gebiete. Hauptziel all dieser Angriffe war und ist, das Rückgrat der Revolution, die Volksbefreiungsarmee, zu vernichten, um die politische Kontrolle leichter über die befreiten Gebiete erlangen zu können.

Hand in Hand mit den militärischen Angriffen ging übrigens eine Verhaftungswelle durch den besetzten Teil Omans. Hunderte von demokratischen und nationalen Kräften und nicht nur Mitglieder und Sympathisanten der Front fielen ihr zum Opfer, darunter viele religiöse Würdenträger, unabhängige Persönlichkeiten, die sich aus Nationalgefühl gegen die ausländische Intervention ausgesprochen haben. Man kann sagen, daß die Verhaftungswelle durch alle Schichten und Klassen des Volkes geht.

Die militärische Kampagne ist nicht ganz erfolgreich gewesen. Zwar hat sie ihre Ziele nicht erreicht, aber trotzdem entstand eine sehr schwierige Lage, weil die Mittel, die der Feind einsetzt, sehr groß sind. Außerdem hat der Feind volle Bewegungsfreiheit und unterliegt keinerlei militärischen, politischen oder wirtschaftlichen Restriktionen. Es ist aber eine Lüge, wenn die Presse hier behauptet, daß die PFLO und die Revolution in Dhofar geschlagen worden sind.

Der Dezemberangriff im westlichen Teil Dhofars hatte als Ziel den Bau einer elektronischen Grenzlinie mit Selbstschußanlagen, die diesen Teil spalten sollte, um ihn somit vom Rest der befreiten Gebiete zu isolieren. Sie sollte sich vom Norden bis zum Süden durchziehen. Aus Dokumenten, die wir den getöteten britischen und iranischen Offizieren abnehmen konnten, ging hervor, daß 25 Militärstützpunkte allein in diesem Gebiet errichtet werden sollten, sieben davon unmittelbar an der Grenze zur Demokratischen Volksrepublik Jemen (DVRJ), um die befreiten Gebiete von ihrem revolutionären Hinterland zu trennen. Die restlichen Stützpunkte sollten im Inneren des Landes errichtet werden, vor allem an strategischen Punkten und an den Hauptstraßen, ja sogar im Inneren der DVRJ selbst.

Die Siegesparade war in Hauf in der DVRJ geplant. Die gleiche Taktik war für den "Korridor" und für die östliche Region: Stützpunkte aufbauen, Kontrolle über Straßen und strategische Punkte sichern.

Wenn diese Phase erfolgreich beendet worden wäre, dann wäre der zweite Teil des Plans in die Tat umgesetzt worden: Angriffe nach dem Vorbild der US-Imperialisten in Vietnam – Suchen und Vernichten. Zwischen den aufgebauten Linien, also z.B. der Roten Linie und der von den iranischen Truppen angestrebten Damarvand-Linie, die Befreiungsarmee aufspüren und vernichten. Schon die erste Phase der Operationen ist nicht wie erwartet verlaufen. Schon zu Beginn waren die Verluste unter den iranischen Offizieren sehr hoch. Im westlichen Teil allein haben wir 150 tote Offiziere gefunden. Ebenfalls wurden hohe englische Offiziere der Söldnerarmee des Sultans getötet. Pläne für mehrere Stützpunkte mußten aufgegeben werden. Auch mußten einige schon errichtete Stützpunkte nach kürzester Zeit – manchmal schon nach vier Tagen – wieder geräumt werden. Von den geplanten 25 Stützpunkten konnten lediglich sieben gehalten werden. Die Söldnerarmee mußte schon nach einem Monat aus dem Kampf abgezogen werden. Mehrere englische Offiziere haben sich nach den schweren Verlusten im Offizierskorps geweigert, weiterzukämpfen. In der westlichen Region befinden sich fünf unter der Kontrolle der iranischen Armee.

Bei dem Angriff auf den Korridor war eine breite Konfrontation mit der Volksbefreiungsarmee geplant. Es gelang uns nach vier Tagen, die Bewegungsfreiheit der Invasionstruppen einzuschränken und sie zu umzingeln. Sie mußten mit Hubschraubern abtransportiert werden.

Hier haben die Angriffe ihr Ziel eindeutig nicht erreicht: Weder die Einheiten der Volksbefreiungsarmee noch die Depots und Waffenlager der PFLO konnten zerstört werden.

Im östlichen Teil des befreiten Gebietes hatten wir schon länger mit dem Angriff gerechnet. Schon während der ersten zwei Tage gelang es uns, drei Hubschrauber, darunter einen mit hohen britischen Offizieren, abzuschießen. Das mußte sogar der offizielle Sprecher des englischen Kriegsministeriums zugeben.

Zusammenfassend können wir sagen, daß wir es zur Zeit mit sieben Stützpunkten des Feindes zu tun haben, fünf davon in der westlichen Region. Aber weder die geplante Damarvand-Linie noch gar die Hornbeam-Linie, von der der "Stern" behauptet hat, sie wäre schon errichtet, im Korridor sind vom Feind gebaut worden. Es ist jedoch keineswegs so, daß wir die Gefährlichkeit der feindlichen Pläne unterschätzen. Aber zu behaupten, die Revolution sei geschlagen, das ist eine Lüge. Man kann im Moment keine Trennungslinie zwischen den feindlichen Truppen und unseren ziehen. Wir sind im Westen vorgestoßen, und wir haben Einheiten, die im Osten, an der Grenze zum besetzten Teil, kämpfen. Wir rechnen fest damit, daß es uns während der Regenzeit, die im Juni begonnen hat und mit der der Feind erfahrungsgemäß nicht fertig wird, gelingen wird, die meisten Stützpunkte zu zerstören.

Welche Rolle spielen die jordanischen Truppen im Kampf?

Antwort: Die jordanischen Truppen sind entlang der Roten Linie stationiert. Sie hatten von Anfang an die Aufgabe, die iranischen Truppen dort abzulösen, damit diese in den direkten Kämpfen eingesetzt werden. Sie befinden sich seit Ende Februar dort. Parallel dazu verstärkten sich die Luftangriffe durch die zusätzlichen 31 Kampfflugzeuge, die Jordanien geliefert hat. Es wurden zugleich Flottenverbände der iranischen Marine entlang der Küste eingesetzt. Eines der Ziele dieser Angriffe ist, die Bewohner und ihre Lebensgrundlage, das Wasser, das Vieh und die Felder, zu vernichten oder sie wenigstens aus den befreiten Gebieten zu vertreiben.

Sieben militärische Stützpunkte der Feinde des omanischen Volkes von geplanten 25 sind genau sieben zuviel. Wie kommt dieser Teilerfolg?

Antwort: Wie bei jeder Revolution, so sind wir mit einer vorübergehenden Veränderung des Kräfteverhältnisses konfrontiert. Früher standen wir nur der britischen und der Söldnerarmee des Sultans gegenüber. Wir kämpfen seit Dezember jedoch zusätzlich noch gegen die stärkste Militärmacht im Nahen Osten, gegen den Iran, unterstützt von jordanischen Truppen und von Truppen aus der Föderation der Arabischen Emirate. Alle sind ausgerüstet mit Waffen aus den USA. Sogar Saudi-Arabien liefert einen Teil der Waffen, die es vom US-Imperialismus bekommt, an den Sultan.

Diese Änderung im Kräfteverhältnis hat uns gezwungen, unsere Taktik zu ändern. Das kostet Zeit, bis man sich solch einer neuen Situation angepaßt hat. Es ist natürlich, daß die Streitkräfte der Revolution vorübergehend die völlige Kontrolle verlieren.

Zugleich aber erzeugt diese massive ausländische Intervention großen Unmut bei breiten Schichten der Bevölkerung, auf lange Sicht gesehen. Damit wird die Basis der Revolution verbreitert und mehr Kräfte werden für den Kampf gewonnen. Wir sind allerdings der Meinung, daß nicht wir allein die Verantwortung tragen sollten für den Kampf gegen die Invasoren, sondern daß es sich hier um eine nationale arabische Aufgabe handelt, und fordern die arabischen Staaten auf, ihre Unterstützung für das Regime in Maskat einzustellen bzw. ihr Schweigen zu brechen und mit allen Kräften unseren Kampf zu unterstützen.



Die Damarvand- und die Hornbeam-Linie seien Stützpunktketten der iranischen und jordanischen Interventionsarmeen in der befreiten Provinz Dhofar, zwischen denen die Volksbefreiungsstreitkräfte zerrieben würden, meldete der "Stern", als er diese Karte abdruckte. Richtig ist, daß gerade diese Stützpunktlinien nicht aufgebaut werden konnten.



Versammlung der Volksbefreiungskämpfer mit Angehörigen der Miliz.

Auf welche Kräfte stützt sich der Sultan im besetzten Teil Omans, nur auf die ausländischen Truppen oder auch auf eine Kompradorenbourgeoisie?

Antwort: Als die Briten den Qabus-Putsch 1970 inszenierten, gab es keine einheimischen Kräfte, auf die sich das Regime des Sultans hätte stützen können. Seitdem wird die Unterstützung des Regimes auf zweierlei Wegen gesichert: einmal durch die ausländischen Truppen – das ist immer noch der entscheidendste Faktor –, zum anderen aber auch durch einheimische Kräfte, die von der Anwesenheit der Imperialisten profitieren und von ihr abhängig sind. Früher war nur Großbritannien da.

Heute hat sich die Front der Imperialisten vergrößert, zusammen mit ihren lokalen Verbündeten: Es sind jetzt neben Großbritannien die USA, der Iran, Jordanien, die Golfemirate und Saudi-Arabien. Und alle verfolgen das gleiche Ziel: die Revolution zu zerschlagen. Es gibt gemeinsame britisch-amerikanische Stützpunkte wie z.B. Masira und Salala. Die iranischen Stützpunkte haben wir schon erwähnt.

Bei seinem Besuch in Saudi-Arabien im vergangenen Juni hat Qabus 100 Millionen Dollar als Kredit erhalten, um die katastrophale Wirtschaft zumindest teilweise zu sanieren. Saudi-arabische "Berater" sind in Oman. Ohne diese ausländische und arabische Unterstützung könnte das Regime keinen Tag länger existieren. Solch ein Regime muß jedoch versuchen, sich eine einheimische Basis zu schaffen. Schon Großbritannien hatte angefangen, andere Großfamilien neben der herrschenden Familie der Abu Saids an der Ausbeutung der Reichtümer Omans zu beteiligen. Vom Öl allein verfügt das Sultanat über Einnahmen in Höhe von eineinviertel Milliarden Dollar im Jahr. Die Öffnung der omanischen Märkte für die ausländischen Konzerne begünstigt die Entstehung einer Kompradorenschicht. Daneben profitieren natürlich die Armee, der Geheimdienst, die Polizei und die hohen Beamten der Verwaltung vom Regime.

Im Volk selbst hat das Regime überhaupt keineMassenbasis. Es stützt sich auch auf keine politischen Parteien, weil jede Form der politischen Betätigung verboten ist.

Einen Teil der Hetzkampagne gegen die Revolution in Dhofar bildet das angebliche Reformprogramm des Sultans. Wie sieht dieses Reformprogramm aus?

Antwort: Jedes Regime, und wenn es noch so reaktionär ist, muß ein Minimum an Reformen durchführen unter dem Druck der Volksmassen. Ich will hier nur einen Zahlenvergleich machen: Oman hat ein jährliches Einkommen von eineinviertel Milliarden Dollar, die DVRJ hat einen Staatshaushalt von zwanzig Millionen Dollar jährlich. Die Zahl der Schüler in Oman beträgt 60 000, in der DVRJ 170 000 (nach den Statistiken der UNO). Wenn man wirklich objektiv ist und auf der Seite des Volkes steht, dann kann man viele Vergleiche dieser Art ziehen!

Die westlichen Journalisten, auch diejenigen, die das Reformprogramm preisen, mußten zugeben, daß das Regime von Korruption zerfressen ist. Die britische Zeitschrift "Middle East Economic Review" mußte sogar noch weiter gehen: Angesichts der hohen Militärausgaben und der Verschuldung des Sultanats, die zum Teil auch entstanden ist durch die sinnlose Verschwendung, die Qabus mit dem Geld des Volkes treibt, mußten alle Entwicklungsprojekte gestrichen werden. Die Projekte, die bis jetzt durchgeführt worden sind, sind für das Volk ziemlich wertlos. Das Straßennetz dient ausschließlich militärischen Zwecken. Die sogenannten Siedlungsprojekte sind entweder Luxuswohnungen, die pro Wohnung 20 000 Englische Pfund kosten, oder aber Ghettos und Konzentrationslager für die aus ihren Dörfern in Dhofar vertriebenen Bauern, was die Zerstörung der sozioökonomischen Struktur der ländlichen Gebiete bedeutet. Diese Ghettos sind in und um die Städte gruppiert.

Manche Projekte sind völlig sinnlos und werden nur durchgeführt, weil Minister oder höhere Beamte bestochen worden sind, wie z.B. das Süßwasserprojekt: Es ist bekannt, daß Oman sehr reich an Grundwasser



Britische Offiziere auf dem Stützpunkt Thamarit Das Bild wurde im 'Stern' veröffentlicht. Die britischen Offiziere führen die Söldnertruppen des Sultans von Oman, die dieser in aller Welt über Mittelsmänner und lockende Zeitungsanzeigen anheuert. Diebritischen Offiziere sind nach dem offiziellen Abzug der britischen Kolonialarmee dem Sultan von der britischen Armee ausgeliehen, die nach wie vor die Stützpunkte Masira und Salala zusammen mit dem US-Imperialismus hält.

und an Brunnen ist. Trotzdem hat der Verkehrsminister eine französische Firma damit beauftragt, Süßwasser aus dem Meer zu gewinnen, ein Projekt, das 60 Millionen Dollar kostet und von dem nur der Minister profitiert, genauer gesagt: von der Bestechungssumme, die er für die Durchsetzung des Projekts erhalten hat.

Keines dieser Projekte steht im Dienste des Volkes. Das Volk wird in einer unproduktiven Existenz gehalten, gerade was die vertriebenen Bauern aus Dhofar betrifft.

Wie sieht der Aufbau in den befreiten Gebieten unter den Bedingungen dieser massiven Angriffe aus?

Antwort: Ein Ziel dieser Angriffe ist die Zerstörung dessen, was die Revolution und die Massen in den letzten zehn Jahren aufgebaut haben. Der Schah hat sich nach seinen eigenen Worten das Ziel gesetzt, "die Revolutionäre in die Höhlen zurückzubomben". Das ist sein Wunsch, der jedoch nie in Erfüllung gehen wird. Aber er geht nach diesem Prinzip vor. Das Ergebnis sind tatsächlich ausgedehnte Zerstörungen in den befreiten Gebieten. Ganze Dörfer sind ausgelöscht worden. Sie existieren nicht mehr. Ihre Bewohner sind zum Teil tot, zum Teil sie gezwungen worden, in den Gebirgshöhlen zu leben. Wege und Straßen, die das Volk gebaut hatte, sind zerstört worden, ebenso der größte Teil der Wasserquellen; die Ernten werden mit Brandbomben beworfen, die Felder können teilweise überhaupt nicht mehr bebaut werden. Der Viehbestand ist um über ein Drittel gesunken. Die Fischerboote werden ebenfalls regelmäßig bombardiert.
falls regelmäßig bombardiert.

Die Gesundheitszentren sind ebenfalls nicht mehr vorhanden. Die zwei Schulen der Revolution sind viermal bombardiert und neuaufgebaut worden. Die Volksmassen und die PFLO setzen den Aufbau fort.

Wir können natürlich nicht alles sofort wieder aufbauen, weil der Feind schneller zerstören kann. Seine Möglichkeiten der Zerstörung sind größer als unsere Möglichkeiten des Aufbaus.

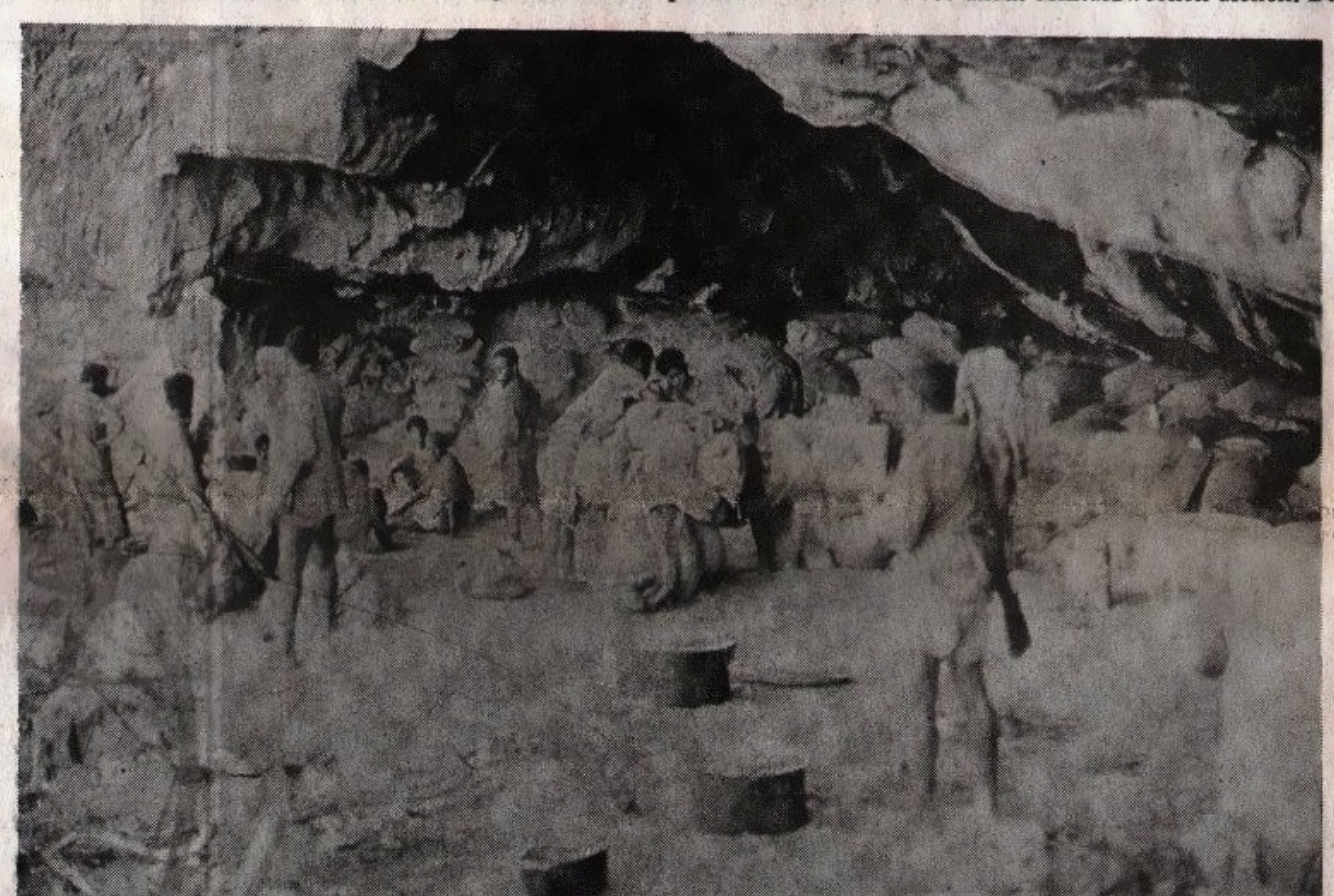
Es sind aber wichtige qualitative Veränderungen in den befreiten Gebieten vor sich gegangen; der Kampf gegen das Analphabetentum geht weiter. In der Volksbefreiungsarmee ist es fast ausgerottet worden. Die Schulen haben sich entwickelt. Wir haben in diesem Jahr die ersten Absolventen der neunjährigen Hauptschule in die DVRJ zum Besuch der höheren Schule geschickt. Wir haben jetzt gut entwickelte Lehrpläne. Auch in der Gesundheitsfürsorge haben wir Fortschritte gemacht. Wir haben jetzt gut ausgerüstete Kliniken.

Auf politischem Gebiet haben wir auch Fortschritte erzielt. Der Aufbau der Massenorganisationen schreitet voran. Am 18. Juni dieses Jahres fand der 1. Kongreß der Organisation omanischer Frauen statt. Zum ersten Mal haben die Frauen in unserem Land eine Kampforganisation, die ihre Kräfte zusammenfaßt für den gemeinsamen Kampf und auch ihre besonderen Probleme löst. Auch die Organisation omanischer Jugend ist aufgebaut worden, um auch die Jugendlichen um das Programm der PFLO zu scharen. Wir haben auch Fortschritte in bezug auf die Entfaltung der Demokratie unter den Massen gemacht. Überall, wo sich die Massen unseres Volkes befinden, entstehen Volksräte.

Wie sieht diese Form der Volksherrschaft konkret aus in den befreiten Gebieten?

Antwort: Die Massen in den befreiten Gebieten haben jahrhundertelang nur Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Tyrannei erlebt seitens der Feinde des Volkes. Die PFLO konnte also niemals so vorgehen, daß sie nach und nach die koloniale und Feudalherrschaft zerschlägt, ohne zugleich und von vornherein sie durch Organe der Volksherrschaft zu ersetzen. Deswegen war es unbedingt nötig, daß in jedem befreiten Teil Dhofars das Volk seine Angelegenheiten in die Hand nimmt. Nur so ist Dhofar ein Vorbild geworden, das die Reaktionäre und Imperialisten fürchten. Das Volk kann selber den Unterschied zwischen der breiten Demokratie, die durch die bewaffnete Revolution unter der Führung der PFLO errungen wurde, und dem reaktionären Kolonial- und Feudalregime erkennen. Gerade der Aufbau der Volksherrschaft muß unter allen Umständen auch unter den Bedingungen des bewaffneten Kampfes aufgebaut und verteidigt werden.

Die Volksräte bestehen ungefähr zur Hälfte aus Mitgliedern der Miliz und der Volksbefreiungsarmee. Die andere Hälfte der Mitglieder stellt die Bevölkerung, so daß die Mitglieder aus der Bevölkerung immer allein eine Mehrheit bilden können. Sie führen gemeinsam den Kampf gegen den Feind und versuchen, die Lebensbedingungen in den befreiten Gebieten zu entwickeln und alle Angelegenheiten des Volkes zu regeln. Das Experiment wird dahingehend vertieft, daß den Volksräten immer mehr Verantwortung übertragen wird, so daß jetzt
wortung übertragen wird, so daß jetzt
alles, was das tägliche Leben betrifft, von ihnen kontrolliert wird: das Schul- und Gesundheitswesen, die Versorgung, die Politik. Sie fassen Beschlüsse über alle Fragen mit Ausnahme der rein militärischen.



Ein Versorgungslager in einer Felsenhöhle in den befreiten Gebieten.

Wie sieht die Beziehung zwischen den Volksmassen und der PFLO einerseits und zwischen Leitung und Basis der PFLO andererseits aus?

Antwort: Die PFLO ist nichts von den Volksmassen getrenntes, auch die Leitung der PFLO ist eng mit den Massen und der Basis verbunden. Ihre Beschlüsse, alle Fragen, die die Revolution betreffen, werden breit diskutiert unter den Mitgliedern und in der Basis beschlossen. Es finden regelmäßige Massenversammlungen statt, auf denen die Lage diskutiert wird und die Beschlüsse und die Politik der PFLO ebenfalls. Es ist so, daß die Einschätzung der Massen sich nicht unterscheidet von der der PFLO, weil sie gemeinsam leben und kämpfen.



Jugendliche Angehörige der Miliz. In der Volksbefreiungsarmee ebenso wie in der Miliz kämpfen auch Frauen. Bereits daran kann man den großen Fortschritt in den befreiten Gebieten sehen. Die Angehörigen der Miliz sind für die Verteidigung des Gebiets zuständig, in dem sie leben. Sie üben neben dieser Tätigkeit ihre normale Arbeit als Bauern oder Hirten aus.

Sind die Angehörigen der Miliz und der Volksbefreiungsarmee zugleich Mitglieder der PFLO?

Antwort: Die Angehörigen der Miliz sind Mitglieder der PFLO, ebenso wie die Angehörigen der Volksbefreiungsarmee. Beide nehmen keinen Sold. Allerdings sind die Angehörigen der Miliz nur für die Verteidigung des Gebiets zuständig, in dem sie und ihre Familien leben, und üben neben dieser Tätigkeit ihre normale Arbeit als Bauern oder Hirten aus. Aber auch Nichtmitglieder der Front können selbstverständlich Waffen erhalten und Verteidigungsaufgaben übernehmen, solange ihre politische Zuverlässigkeit erwiesen ist.

Die Hebung des politischen Bewußtseins der Massen ist eine wesentliche Aufgabe in der Arbeit der PFLO. Wie sieht das Schulungsprogramm aus und in welcher Form verlaufen die Schulungen?

Antwort: Wir müssen natürlich von den konkreten Bedingungen ausgehen, nämlich das immer noch vorherrschende Analphabetentum in den Reihen unseres Volkes. Deswegen ist die wichtigste Form der Schulung die Massenversammlung, auf der Schulungsleiter oder politisch bewußte Elemente des Volkes die politischen Fragen mit den Massen diskutieren. Ein weiteres Mittel ist der Sender der Revolution "Saut al-Thaura", der für ganz Oman sendet. Die Grundlage bilden die Veröffentlichungen der PFLO. In den befreiten Gebieten sind die Schulungen öffentlich und allen zugänglich. Im besetzten Oman, unter den Bedingungen der Illegalität, verlaufen sie über Flugblätter und über den Sender der Revolution.

Wir haben das Nationale Arbeitsprogramm der PFLO, das vor einem Jahr verabschiedet wurde, als einen bedeutenden Schritt für den Aufbau der nationalen Einheitsfront gegen die Feinde des omanischen Volkes betrachtet. Ist diese Einschätzung richtig?

Antwort: Jedes Programm, das sich nicht in der Praxis bewährt, ist gerade so viel wert wie das Papier, worauf es geschrieben worden ist. Seit der Verabschiedung des Programms kämpft die PFLO für die praktische Umsetzung des Programms. Daß dieser Kampf erfolgreich ist, zeigt die Terrorwelle, die das Regime in Maskat entfesselt hat gegen das Volk: Verhaftungen, Kollektivstrafen, Morde auf offener Straße. Alles Aktionen, die sich nicht etwa nur gegen sogenannte "linke Atheisten" richten. Davon sind breite Teile der Bevölkerung betroffen: religiöse Würdenträger, Richter, ja sogar Staatsbeamte. Aber der Aufbau der nationalen Einheitsfront schreitet voran. Wir haben Kontakte zu allen Kräften, die gegen die ausländische Intervention sind.

Wir können noch nicht behaupten, daß es uns gelungen ist, das Programm voll und ganz in die Praxis umzusetzen. Wir kämpfen noch darum. Wir haben auch wiederholt erklärt, daß wir die Front, wie sie jetzt ist, nicht als endgültige Form der Organisation betrachten. Ein breiter Zusammenschluß der Massen um das Programm kann andere Formen der Organisation hervorbringen.

Wie stark mischt sich die BRD in Oman ein?

Antwort: Oman war lange Zeit für die westdeutschen Monopole geschlossen, nämlich solange Großbritannien dort ungestört herrschen konnte. Nach den Plänen der Imperialisten, Oman für alle kapitalistischen Länder zu öffnen, damit sie auch alle ein Interesse am Weiterbestehen der Qabus-Herrschaft haben, ist auch der westdeutsche Imperialismus sehr stark vertreten. Er hat auch seine Vertreter innerhalb der herrschenden Clique; nämlich die Gruppe um Tarek bin Taimur, den ehemaligen Ministerpräsidenten.

Die meisten Konzessionen, die die deutschen Konzerne zu erhalten haben, stammen aus der Zeit, als er noch Ministerpräsident war, für die er auch eine Menge Bestechungsgelder kassiert hat.

Die Gelsenberg AG hat Bohrkonzessionen im Arabischen Meer erhalten. Siemens hat das Farbfernsehnetz aufgebaut, dessen Wartungskosten allein 15 Millionen Dollar jährlich betragen. Obwohl nur zehn Prozent des Volkes sich ein Gerät leisten können, muß jeder Fernsehgebühren zahlen. Die Programme sind alle importiert und haben mit der Wirklichkeit nichts zu tun.

Die StraBAG baut alle Straßen, die vor allem Militärzwecken dienen. Das Interesse an Oman ist sehr groß, weil die Kapitalisten sehr hohe Profite erzielen können. Ein Beispiel: Für eine 30 Kilometer lange Straße zwischen Maskat und dem Vorort Matrah hat die StraBAG sechs Millionen US-Dollar kassiert. Mercedes-Benz beliefert das Sultanat sowohl mit Staatskarossen für die Minister und die höheren Beamten als auch mit Unimogs.

Wie schätzt Du die Solidaritätsbewegung in Westdeutschland ein?

Antwort: Dem Bündnis zwischen dem westdeutschen Imperialismus und dem Marionettenregime in Oman steht die breite Front aller fortschrittlichen, demokratischen und ehrlichen Menschen in Westdeutschland gegenüber, die es ablehnen, daß sich die BRD neben dem US- und dem britischen Imperialismus an der Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes in Oman beteiligt. Sie sieht ihre Aufgabe darin, das omanische Volk in seinem Kampf entlang der Ziele des nationalen Arbeitsprogramms der PFLO zu unterstützen. Diese Solidaritätsbewegung ist sehr stark. Ihr führender Kern sind die Komitees mit ihrer breitgefächerten Massenarbeit. Sie haben eine große Bedeutung für uns. Es geht uns dabei nicht nur um die politische und materielle Unterstützung, sondern auch um die Entlarvung der Machenschaften des westdeutschen Imperialismus und seines Bündnisses mit den anderen imperialistischen Mächten bei der Unterstützung des Marionettenregimes in Oman und der Unterdrückung des omanischen Volkes. Alle Kräfte, die gegen den westdeutschen Imperialismus kämpfen, müssen nach größtmöglicher Vereinheitlichung streben, weil eine Vereinheitlichung auf der Grundlage einer klaren politischen Grundlage eine Stärkung der Solidaritätsbewegung bedeutet.

Die „Naturkatastrophe" von Hannover und die Kali-Chemie AG

Im Kaliwerk "Ronnenberg" der Kali-Chemie AG brach Ende Juni im Schacht "Albert" so heftig Grundwasser ein, daß das Bergwerk aufgegeben wurde. Wegen "Unwirtschaftlichkeit" wird auch der Rohsalze verarbeitende Übertage-Betrieb stillgelegt. 400 Arbeiter werden arbeitslos.

In der Folge dieses Wassereinbruchs gab es vier Wochen später starke Erdsackungen und heftige Bodeneinbrüche, wodurch zahlreiche Gebäude, Straßen und Felder so schwer beschädigt wurden, daß man von der "größten Katastrophe im deutschen Kali-Bergbau" spricht.

Das Werk "Ronnenberg" war die letzte Grube, die Kali im "Benther Salzstock" abbaut. Die Werke "Hansa" bei Empelde und "Deutschland" bei Weetzen wurden vor Jahren schon geschlossen. Die Salzlager werden seit etwa 80 Jahren bergmännisch ausgebeutet. Zusammen mit der Landwirtschaft sind sie die wirtschaftliche Grundlage der Menschen in den Ortschaften am Rande des Salzstocks. Schon immer war der Kaliabbau durch das Grundwasser in diesem Gebiet gefährdet. Durch Auflösung von Salz im Untergrund senkte sich das gesamte Gebiet ständig, in den letzten Jahren immer schneller. Bis vor einigen Jahren war es untersagt, Häuser höher als eineinhalb Stockwerke zu bauen; die Baukapitalisten setzten später eine Änderung durch, um Wohnhochhäuser zu errichten. In Erwartung von Erdbewegungen verkaufte die Kali-Chemie Werkswohnhäuser nur mit einer Klausel, die die Haftung für Schäden durch den Salzabbau ausschloß.

Jetzt kam es zu unerwartet heftigen Erdsackungen. Innerhalb weniger Tage wurden Hunderte von Häusern beschädigt, teilweise so schwer, daß sie sofort geräumt werden mußten. Einige davon können nicht mehr repariert werden. Zeitweilig waren mehr als 250 Menschen obdachlos. Unter dem Galvanisierungsbetrieb Bunte & Co. brach der Boden mehrere Meter tief ein und brachte die Werkshalle zum Einsturz. 38 Arbeiter wurden fristlos entlassen, der Betrieb wird aufgegeben. Straßen sanken ein, Bürgersteige rissen auf, Kanaldeckel verschoben sich um Viertelmeter über dem Schacht, Laternen und Straßenschilder kippten. Auf Äckern entstanden bis zu zehn Meter tiefe Krater. Es kann nicht abgeerntet werden, weil weitere Einbrüche durch das Gewicht der Maschinen befürchtet werden müssen. Einige dieser Krater liegen unmittelbar neben der großen Wasserleitung aus dem Harz, die Bremen mit Trinkwasser versorgt. Seit Wochen hat es kaum mehr geregnet, heftige Niederschläge können die vorhandenen Schäden verschlimmern und neue hervorrufen.

Zwar kamen Menschen nicht zu Schaden, aber Millionenwerte wurden vernichtet, das Arbeitslosenheer Hannovers ist um Bataillonsstärke gewachsen.

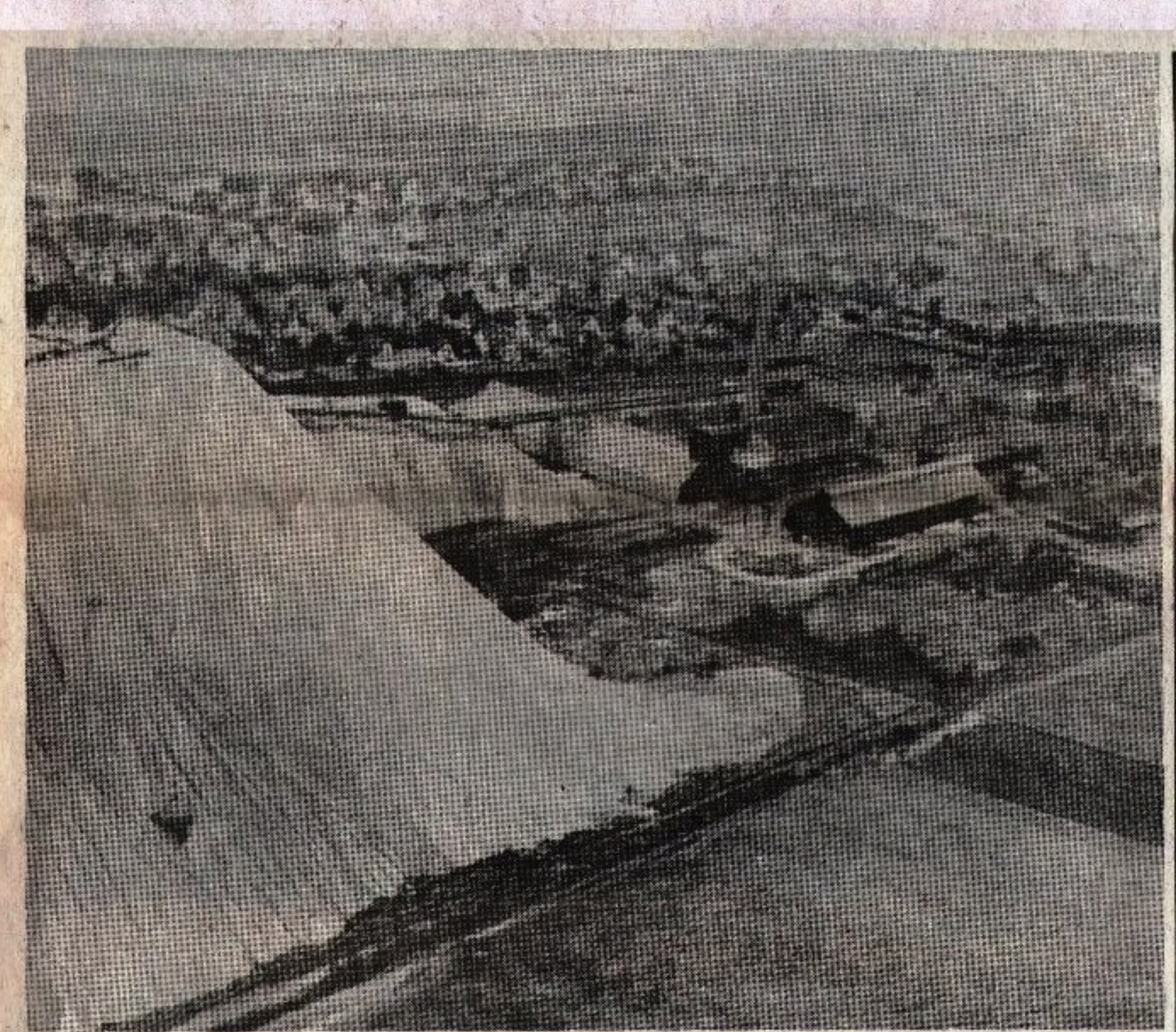
Nach Ursache und Schuld wird jetzt gefragt; von den Geschädigten, die ihren Schaden ersetzt haben wollen, und von der Kali-Chemie und dem Staatsapparat, die ihn möglichst nicht bezahlen wollen. Nach dem, was bekanntgeworden ist, scheint festzustehen:

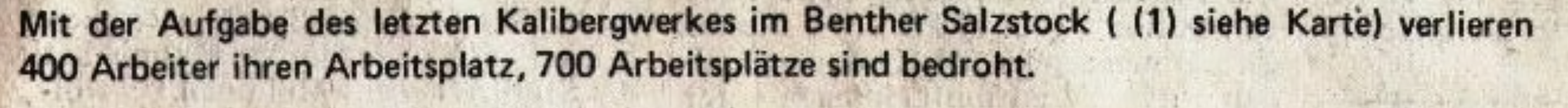
Als der Wassereinbruch im Schacht "Albert" nicht mehr eingedämmt werden konnte, beschloß die Kali-Chemie, das Bergwerk zu fluten. Dazu wurden mit Genehmigung der zuständigen staatlichen Bergbaubehörden an verschiedenen Stellen über den Bergwerksstollen Bohrungen niedergebracht, damit auch andere Grundwasserströme die 7 Millionen Quadratmeter große Schachtanlage füllen helfen, um *"einen gleichmäßigen Wasserzufluß und damit eine geringfügige gleichmäßige Absenkung der Oberfläche herbeizuführen"*. (Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) vom 29.7.75) Andernfalls, so heißt es, wenn nur der erste Wassereinbruch die Grube gefüllt hätte, wäre der Ortskern von Ronnenberg vom Absacken bedroht gewesen. In Benthe wollten Bauern die "Entlastungsbohrung" verhindern, weil sie Folgen befürchteten. Mit der Autorität des Oberbergamtes und der Drohung von gerichtlichen Verfügungen wurde ihr Einspruch zurückgewiesen.

Keine zwei Stunden nach Öffnung des Bohrlochs in die Grube sackten 300 Meter davon Häuser ein und die ersten Menschen mußten evakuiert werden. Durch die Bohrlöcher strömte rasend schnell Wasser in die Schachtanlage, so daß sie statt in vorgesehenen vierzehn Tagen in vier weitgehend gefüllt war.

Läßt man die schmückenden Beiworte weg, daß ergibt sich, daß Erdsackungen in jedem Fall von der Kali-Chemie und ihren Gutachtern erwartet wurden. Für sie war die Frage nur, ob in Ronnenberg oder auch anderswo. Dr. Roth vom Vorstand der Kali-Chemie sagt: *"Keiner der Experten, mit denen wir engsten Kontakt hatten und haben, hat uns vorher gesagt, daß bis nach Davenstedt hinein Schäden auftreten könnten* (HAZ, 30.7.75). Das ist erstens auch kein Wunder bei Leuten, die dem Konzern hörig sind und beim Zusammenruch des Galvanisierungsbetriebes jubeln: *"Geologische Sensation"*; zweitens sehr aufschlußreich, denn in geringerer Entfernung zum Schacht (Davenstadt liegt etwa sieben Kilometer entfernt) hatte man offenbar mit Schäden gerechnet.

Wenn der Kapitalist mit was gerechnet hat, dann heißt das, er hat die Kosten kalkuliert, und wenn er sich verrechnet hat, dann kann ihn das teuer zu stehen kommen, zumal die Kali-Chemie nicht gegen Bergschäden versichert ist. Der Konzern und seine Gutachter verkünden deshalb ihre Ursachentheorie: *"Das Unglück (ist) unvorhersehbar gewesen."* (HAZ, 30.7.75) Sie behaupten, das ganze sei eine *"Naturkatastrophe"* gewesen, höhere Gewalt. Den Schaden sollen also die Betroffenen selbst tragen, denn wer in der Nähe eines Kalibergwerks baut, der muß halt damit rechnen, daß Mutter Natur ihm das Häuschen im Erdboden versinken läßt.




Mit der Aufgabe des letzten Kalibergwerkes im Benther Salzstock ((1) siehe Karte) verlieren 400 Arbeiter ihren Arbeitsplatz, 700 Arbeitsplätze sind bedroht.

Die Bevölkerung kennt die Verantwortlichen

Weil die Bevölkerung hier weiß, daß das so nicht ist, und der Herr Dr. Roth weiß, daß ihm nicht geglaubt wird, dem Konzern vielmehr heftige Empörung entgegenschlagen wird, wenn er seine Hände in Unschuld waschen will, macht der Konzern eine großzügige Geste und leistet *"schnelle und unbürokratische Hilfe"* für die Betroffenen in Höhe von 500 000 DM. Das macht sich bei Katastrophen immer gut und dämpft den Unmut, denkt er.

Die betroffenen Hausbesitzer haben sich inzwischen in einer "Interessengemeinschaft Berggeschädigter" zusammengeschlossen, um den mit Gutachten gewappneten Kali-Kapitalisten beizukommen. In dem Verein haben die auch betroffenen Bourgeois und redegewandte Juristen rasch die Führung ergriffen und die Linie vorerst durchgesetzt, auf dem Verhandlungswege und notfalls vor Gericht der Kali-Chemie Schadensersatz abzuringen. Das wird ein schweres Geschäft, denn schon zeigt sich, daß sich kaum ein Gutachter für die Geschädigten finden wird. Fast alle in Frage kommenden stehen oder standen im Dienst des Konzerns und gelten als befangen. Sollte sich dennoch einer finden, so würden seine Mühen, die Schuld der Kali-Chemie zu belegen, bis zu 90 000 Mark kosten.

Die Kali-Chemie kommt aber dem Verein entgegen, macht großzügige Angebote, will juristischen Streit vermeiden. Einmal, weil Kompromisse billiger sind, vor allem aber, um die Autorität der Führer der "Interessengemeinschaft" zu stützen und so nicht mit den Massen direkt in Konflikt zu geraten. Denn die könnten sehr schnell die Frage stellen, warum die Ausbeutung des Kali immer schon und bis zuletzt ohne Rücksicht auf die Konsequenzen betrieben wurde; da würde die Frage nach den Ursachen der Erdbrüche ganz neu gestellt. In diese Front würden sich auch die Bergarbeiter einreihen können.

Eine abgesackte Straße in Benthe, in der Mitte der zerstörte Kanalschacht. Auf den Feldern mußten die Bauern die Arbeit einstellen, weil weitere Absinkungen drohten.

Die Arbeiter, die bei dem ganzen ihre Existenzgrundlage, ihren Arbeitsplatz, verloren haben, sind bei dem Streit zwischen Hausbesitzern und Kaligrubenbesitzern nicht mehr gefragt. Außer den 400 Arbeitern des Kaliwerks sind jetzt 700 weitere Arbeitsplätze durch die Stillegung mittelbar gefährdet (HAZ, 31.7.75). Der Sozialplan für die Bergarbeiter sieht bei Kündigung vor, daß pro geleistetem Arbeitsjahr im Betrieb erbärmliche 25 % eines Monatslohns gezahlt werden. Eine Übernahme in andere Teile des Konzerns *"hängt von umfangreichen technischen und wirtschaftlichen Überprüfungen ab"* (so das Kündigungsschreiben, so daß erst mal "vorsorglich" gekündigt wird).



Mit der Übernahme in andere Werke, zum Beispiel in die Kaligrube Sehnde, hat das so seine Bewandtnis. Derselbe Herr Roth, der die Zerstörung vieler Häuser der Natur in die Schuhe schieben will, schlägt vor, alte Arbeiter in den anderen sieben Gruben der Kali-Chemie vorzeitig in Pension zu schicken, *"um die jüngeren Mitarbeiter aus Ronnenberg weiterbeschäftigen zu können"*. Welch profitträchtiger
zu können". Welch profitträchtiger
Edelmut! Alte, von schwerer Arbeit gezeichnete Kumpel gegen frische, kräftige auszutauschen! Aber auch nur *"mit einer Beihilfe des Landes ... werde diese Aufgabe ... zu bewältigen sein"*.

Ähnlich bei Bunte & Co. Der Besitzer, Eigentümer von 2 Millionen DM Grundkapital, läßt sich als Opfer des Bergunglücks trösten und wird beklatscht, wenn er gegen die Kali-Chemie im Streit um die Ursachen in die Schranken tritt, während die Arbeiter, die ihm das Grundkapital und all seine Einkünfte und Investitionen erarbeitet haben, im Arbeitsamt Schlange stehen.

Aus der Sicht der Arbeiterklasse stellt sich die Frage nach der Ursache der Ereignisse ganz anders: Wenn die Kali-Chemie jammert von "Unglück" und "Naturkatastrophe", dann wird sie sich die Frage stellen, wie denn bisher produziert worden ist und für wen. Herr Roth vom Vorstand sagt, es sei *"ordnungsgemäßer Bergbau betrieben worden"*, auch die Bergbehörde bestätige das, und man habe *"um den Wasserfluß unter Kontrolle zu bringen ... Millionen im Laufe der Jahre investiert"*. Dies hat man keineswegs getan, um Arbeitsplätze zu erhalten oder die Menschen, die über der Grube wohnen, vor Erdbrüchen zu bewahren, sondern um von den Arbeitern Kali fördern zu lassen und dadurch Profit zu machen.

Der Wassereinbruch im Schacht "Albert" war tatsächlich ein "Unglück": für die Kali-Kapitalisten, denn die verlieren einen profitablen Schacht. Als das klar war, hat man sich nur noch viel Mühe gemacht, Maschinen im Wert mehrerer Millionen aus dem Schacht zu zerren; die Folgen für die Menschen im Betrieb und über dem Salzstock waren egal. Man habe *"dauernd durch Beobachter kontrolliert"* und in Ronnenberg und Benthe *"Handzettel verteilt"*, um Schäden frühzeitig festzustellen, sagt die Kali-Chemie. Wie lächerlich, wenn ohnehin alles zu spät ist.

"Von allen Dingen sind die Menschen das wichtigste"

Natur ist für den Menschen die Umwelt, mit der er sich auseinandersetzt, um von ihr zu leben. Natur und Produktion lassen sich nicht voneinander trennen. Die Produktion wird im Kapitalismus bestimmt vom Profit, den sie den Besitzern der Produktionsmittel bringt. Der Abbau von Kalisalzen und die Weise, wie das geschieht, richtet sich danach, ob das profitabel ist. Dem wird alles andere untergeordnet: die ständigen Senkungen über dem Benther Salzstock, das Risiko, Menschen und Häuser und Arbeitsplätze zu gefährden, die sorgfältige Untersuchung, ob und wie der Schacht zu fluten ist. In allem fragen die Kapitalisten: Kostet es was? und wenn ja: wieviel? Die Arbeiter fragen aber: Nützt es uns was? Ihnen ist klar, daß die Aufwendungen gegen Erdrutsch viel wichtiger sind als die Dividende der Kali-Chemie, denn **"von allen Dingen in der Welt sind die Menschen das wichtigste"** (Mao Tsetung).

–D., Hannover–